

DRESDNER

HEFTE

91

Beiträge zur Kulturgeschichte



Im Selbsthilfeprinzip

Genossenschaftswesen in Dresden

MEIN BEITRAG FÜR FRIEDEN,
WOHLSTAND UND GLÜCK
DES VOLKES

Ich erkläre mich bereit, 

der

der LPG Typ I "Rosental"

Gemeinde Conradsdorf Ortst. Falkenberg

so weit es meine Kräfte erlauben
beizutreten.

Conradsdorf, den 29.4. 1960

Felix Richter
Unterschrift

33/11/A. Kgr 151/60 100 46 F

Urkunde über einen LPG-Eintritt

Im Selbsthilfe- prinzip

Genossenschaftswesen
in Dresden

Dresdner Hefte

25. Jahrgang, Heft 91, 3/2007

Herausgegeben vom
Dresdner Geschichtsverein e.V.

Gesamtredaktion
Hans-Peter Lühr

Inhalt

- | | |
|--|---|
| <p>3 Vorbemerkung</p> <p>4 Torsten Lorenz
Die Entstehung des europäischen
Genossenschaftsgedankens</p> <p>14 Maike Günther
Genossenschaftliche Prinzipien
im Spätmittelalter und in der Frühen
Neuzeit</p> <p>22 Dieter Hofer
Gegenstand des Unternehmens
ist der Betrieb einer Spar- und Darlehns-
kasse ...
Zur Geschichte Dresdner Genossenschafts-
banken</p> <p>32 Karl-Heinz Löwel
Beispiele des genossenschaftlichen
Wohnungsbaus im ersten Drittel
des 20. Jahrhunderts in Dresden</p> <p>41 Günter Schmiechen
Die Handelsgenossenschaft KONSUM</p> <p>50 Mario Janello
LPG und GPG im Dresdner Umland</p> <p>60 Gisela Lincke
Die Dresdner Künstlergenossenschaft
KUNST DER ZEIT</p> <p>67 Barbara Biesold
Städtische Handwerksgenossenschaften
und ihre Wurzeln in Sachsen</p> | <p>76 Werner Orbanz
Wohnungsbaugenossenschaften und
Stadtentwicklung heute</p> <p>84 Markus Hanisch
Potentiale der Genossenschaft für
Wirtschaft und Gesellschaft</p> <p>90 Liste aktiver Genossenschaften in Dresden</p> <p>92 Neuerscheinungen zur Dresden-Literatur</p> <p>96 Gesamtverzeichnis Dresdner Hefte</p> <p>99 Autorenverzeichnis</p> <p>99 Bildnachweis/Fotonachweis</p> <p>100 Impressum</p> |
|--|---|

Vorbemerkung

Gemessen am Interesse der Medien hat das Thema Genossenschaften heute nur marginale Bedeutung, gemessen an der Statistik freilich ist die genossenschaftliche Idee überraschend aktuell: 140 Millionen Menschen gehörten 2004 zu einer der 300 000 registrierten Genossenschaften in der EU. Auf unspektakuläre Art beweist das Modell also noch nach 150 Jahren seine Funktionstüchtigkeit. Vielleicht gerade wegen der Anonymisierung in der Gegenwart ist das Mitte des 19. Jahrhunderts aus der Not gewachsene Selbsthilfeprinzip von Gemeinschaftseigentum, Selbstverwaltung und demokratischer Mitbestimmung in überschaubaren Gruppen ein ideales Bindeglied zwischen Wirtschaftlichkeit und Bedürfnis nach Identifikation.

Angeregt durch ein Jubiläum der Dresdner Volksbank Raiffeisenbank (10 Jahre neue Villa Eschebach), untersucht das vorliegende Heft die Entwicklung des Genossenschaftswesens im Dresdner Umfeld seit der englischen Initialzündung der »redlichen Pioniere« von Rochdale im Jahr 1843. Hermann Schulze-Delitzsch wurde nach dem Scheitern der 48er Bewegung mit seinen sozialreformerischen Projekten zum Pionier der Bewegung in Deutschland. 1876 erließ der Reichstag auch auf seine Initiative hin das erste Genossenschaftsgesetz. In großer Zahl entstanden ab dieser Zeit Kredit-, Bedarfs- und Konsumgenossenschaften; 1914 waren es mehr als 34 000, 1935 schon 53 000. Zu den markanten Gründungen in Dresden gehören 1858 die erste Genossenschaftsbank, der erstaunliche weitere 75 Banken folgten, und 1888 die KONSUM-Genossenschaft. Von sozialer wie städtebaulicher Bedeutung waren die über 60 Wohnungsbaugenossenschaften, die Dresden seit 1890 hatte. Die aus der Reformbewegung gewachsene berühmte Baugenossenschaft Hellerau wurde schon oft beschrieben, in diesem Heft werden nun vor allem innerstädtische Bauprojekte der zwanziger Jahre vorgestellt. Sie entsprachen kommunaler Förderpolitik und prägten in einer Zeit großer Wohnungsnot auf fundamentale (bisher kaum untersuchte) Weise das Bild der wachsenden Stadt. Und attraktiv ist das genossenschaftliche Baumodell bis heute geblieben.

Auch DDR-Sonderformen werden hier vorgestellt: die auf Zwangsvereinigung basierenden LPG, die Vielfalt der Handwerksgenossenschaften und die Selbstorganisation bildender Künstler in der Verkaufsgenossenschaft KUNST DER ZEIT. Eingebunden werden diese Aufsätze zur regionalen Situation in den Zusammenhang europäischer Entwicklung, in Betrachtungen zur Herausbildung des Genossenschaftsgedankens im 19. Jahrhundert wie zu den Potentialen des Modells in einer globalisierten Welt. In solchem kulturgeschichtlichen Panorama hofft dieses Heft den lebendige Ursprung genossenschaftlichen Handelns vor Augen zu führen, die Idee solidarischer Selbsthilfe. Hans-Peter Lühr

Die Entstehung des europäischen Genossenschaftsgedankens

An einem kalten, feuchten Abend im November 1843 fanden sich in einer ärmlich eingerichteten Wohnung in der nordenglischen Industriestadt Rochdale bei Manchester einige notleidende Arbeiter ein. Nachdem sie erfolglos mit den Fabrikbesitzern über höhere Löhne verhandelt, Protestkundgebungen und Streiks durchgeführt hatten, waren sie der Verzweiflung nahe. Ihre letzte Hoffnung sahen sie darin, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und in einer gemeinsamen Anstrengung die Lebensumstände ihrer Familien zu bessern. Die Anwesenden verpflichteten sich, wöchentlich einen Betrag von zwei Pence in eine Gemeinschaftskasse einzuzahlen, aus der ein Gemeinschaftsunternehmen finanziert werden sollte. Zwar schien der Betrag gering, doch hatte die Mehrzahl der Anwesenden Schwierigkeiten, selbst solch geringe Summen an Bargeld aufzubringen. So verging noch beinahe ein Jahr, bis die Rochdaler Flanellweber die ersten Früchte ihrer Anstrengungen ernten und am 24. Oktober 1844 mit der »Rochdale Society of Equitable Pioneers« die erste moderne Genossenschaft registrieren lassen konnten.¹

In ihrem utopisch anmutenden Programm verkündeten die »redlichen Pioniere«, »Einrichtungen für das materielle Wohl und die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage« der Genossenschaftsmitglieder schaffen zu wollen. Zu diesem Zweck wollten sie z. B. eine Siedlung gründen, in der die Mitglieder selbst Produktion, Verteilung und Erziehung regelten. An konkreteren Schritten sahen sie vor: Die Gründung eines Ladens, der Grundbedürfnisse der Arbeiter befriedigen und dazu Lebensmittel, Kleidung und Bedarfsartikel zu günstigen Preisen an die Arbeiter verkaufen sollte, den Ankauf oder Bau von Häusern, um Mitgliedern Wohnraum zu geben, die Produktion von Gütern bzw. Kauf oder Pacht von Boden, um arbeitslosen Genossen ein Einkommen zu verschaffen, sowie schließlich die Errichtung eines Gasthauses, in dem nur alkoholfreie Getränke ausgeschenkt werden sollten. Atmete das Programm den Geist der Ideen Robert Owens (1771–1858), eines utopischen Sozialisten und Sozialreformers, der zwei Jahrzehnte zuvor mit der Gründung egalitärer Kolonien experimentiert hatte, so knüpften die praktischen Schritte an die Aktivitäten William Kings (1786–1865) an, der bereits in den 1820er Jahren einen Konsumverein in Brighton gegründet und der entstehenden Genossenschaftsbewegung mit der Zeitschrift »The Cooperator« ein Bindeglied gegeben hatte.



Die Pioniere von Rochdale im Jahr 1865

Nachdem die Pioniere unter den anfangs 40 Mitgliedern 28 Pfund gesammelt hatten, mieteten sie das Erdgeschoss eines Lagerhauses an und eröffneten am 21. Dezember 1844 einen Laden, in dem sie bescheidene Mengen von Mehl, Butter, Kaffee, Zucker, Haferflocken und Kaffee verkauften. Zu Anfang von den konkurrierenden Kaufleuten mit Spott überzogen, entwickelte sich der genossenschaftliche Laden allen Erwartungen zum Trotz gut; da die Preise realistisch kalkuliert waren, warf er einerseits Gewinn ab, andererseits brachte er dem Verein neue Mitglieder. Hatte die Genossenschaft Ende 1845 noch 74 Mitglieder und ein Kapital von 181 Pfund gehabt, so waren zwei Jahre später bereits 100 Personen und ein Kapital von 286 Pfund in den Büchern verzeichnet. Zu Beginn der 1850er Jahre hatte sich die Genossenschaft konsolidiert und begann – nachdem sie zuvor bereits das Warenangebot schrittweise erweitert hatte – zu expandieren und z.B. eine genossenschaftliche Mühle zu bauen.

Neben der Besserung der materiellen Verhältnisse widmeten sich die Rochdaler Pioniere der Bildung ihrer Mitgenossen, um diese in die Lage zu versetzen, sich selbst aus ihrer Not zu befreien. Nachdem bereits 1850 eine Bücherei und ein Leseraum eingerichtet worden waren, wurden seit 1853 stets 2,5 Prozent des Ertrags in die Bildungseinrichtungen investiert und neben Büchern andere Lehrmittel wie Landkarten sowie Zeitungen angeschafft. Da die Genossenschaft mit ihrem Angebot nicht nur materielle, sondern auch soziale Bedürfnisse befriedigte, stieg die Zahl der Mitglieder bis 1864 auf 4747 und das Kapital auf 62 000 Pfund. Die »Rochdale Society of Equitable Pioneers« war damit ein bedeutender Handelsbetrieb geworden, der zahlreichen Menschen in

Rochdale und Umgebung nicht nur günstige Waren anbot, sondern auch Arbeit gab, und die erste Konsumgenossenschaft, die sich dauerhaft behaupten konnte.

Worauf beruhte der Erfolg der Rochdaler Pioniere? War es die geglückte Kombination bekannter wirtschaftlicher Grundsätze, war es das Engagement der Genossenschafter oder bloßer Zufall? Sicher trug jeder der drei Faktoren auf seine Weise zum Gelingen des Rochdaler Experiments bei. Die Genossenschaftshistoriographie betonte – nicht ganz uneigennützig – das Demokratieprinzip nach dem Grundsatz »ein Mann – eine Stimme«. Es war der direkte Gegensatz zum altliberalen, bei Wahlen und in Kapitalgesellschaften gültigen Prinzip, wonach sich das Stimmrecht nach dem eingebrachten Vermögen bemaß. In der Genossenschaft hingegen besaß jedes Mitglied, egal ob reich oder arm, ob Mann oder Frau, unabhängig von der Höhe seiner Anteile nur eine Stimme in der Generalversammlung, welche das oberste Organ der Genossenschaft war. In der Tat wies das Demokratieprinzip in die Zukunft, denn es verankerte Gleichheitsgrundsatz, Partizipation, Mehrheitsentscheidung und das Prinzip der demokratischen Kontrolle in Wirtschaft und Gesellschaft, in der Perspektive aber auch in der Politik.

Ebenfalls gegen eine Dominanz der Besitzenden richtete sich der Grundsatz der offenen Mitgliedschaft: Ihm zufolge konnte jeder Interessierte der Genossenschaft zu den gleichen Bedingungen beitreten wie die bisherigen Genossen. Auf diese Weise unterstrich man den egalitären Charakter der Genossenschaft und suchte zu verhindern, dass ihre Erträge nur dem Kreis der Mitglieder zugute kamen. Dem diente auch der Grundsatz, wonach auf die Mitgliedsanteile nur ein fester Zinssatz und keine Gewinnbeteiligung gezahlt wurde. Letztere erfolgte stattdessen über eine Rückvergütung auf die Einkäufe des Mitglieds: Je mehr ein Genosse einkaufte, desto größer sollte seine Überschussbeteiligung sein. Dieser Grundsatz wurde zum Charakteristikum der Genossenschaften: Nicht die Kapitalbeteiligung, sondern der Güterbezug entschied über den Anteil am Ertrag, der einem Mitglied zufiel. Auf diese Weise wurde die Treue des Mitglieds gegenüber »seiner« Genossenschaft honoriert. Auf die Erziehung der Mitglieder zu sparsamem Wirtschaften zielte der konsequent eingehaltene Grundsatz der Barzahlung, der angesichts der seinerzeit gängigen Praxis des »Anschreibens« eine Revolution der Sitten versprach. Nicht weniger revolutionär war angesichts der weit verbreiteten Warenverfälschung auch der Grundsatz, nur unverfälschte Ware bei vollem Gewicht zu liefern.

Schließlich verschrieben sich die Rochdaler Pioniere schon gut zwei Jahrzehnte vor Einführung der allgemeinen Schulpflicht in England der Bildung ihrer Mitglieder und versuchten durch den Grundsatz religiöser und weltanschaulicher Neutralität Konflikte von ihrer Genossenschaft fernzuhalten. Die Rochdaler Prinzipien wurden zum Vorbild für Genossenschaftsgründungen in ganz Europa, vor allem im konsumgenossenschaftlichen Sektor. Sie gaben nämlich eine konkrete Handreichung dafür, wie engagierte Menschen in solidarischer Selbsthilfe ihre Not lindern konnten, und konkretisierten ein Modell, in dem nicht der Mensch der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft dem Menschen dienen sollte.

Die Rochdaler Genossenschaft war die prominenteste, aber keineswegs die einzige genossenschaftliche Initiative in Europa um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Die stockende

Erste englische Konsumgesellschaft, Aquarell von Thomas Wakeman



Errichtung kapitalistischer Verhältnisse schuf nämlich überall ähnliche Problemlagen, die engagierte Menschen mit Hilfe genossenschaftlicher Vereine zu überwinden suchten. Bauern, Handwerker und das ungeliebte Kind der Industrialisierung – das Proletariat – kämpften mit der wirtschaftlichen Not und dem drohenden sozialen Abstieg. Die alten Sicherungssysteme von Gutsherrschaft und Zünften waren abgeschafft, die moderne Sozialversicherung aber noch nicht entstanden. Seitdem die Hungerkrise auf dem Kontinent 1846 die Probleme verschärfte, entstanden vielerorts in Europa kleine Vereinigungen, die auf solidarischer Grundlage nach der Linderung der Not strebten. Sie knüpften an die überkommenen genossenschaftlichen Formen an, wie z. B. die dörfliche Wald- und Weidenutzung, aber auch an städtische Gilden und Zünfte. Von diesen unterschieden sich die modernen Genossenschaften aber vor allem darin, dass sie sich als marktwirtschaftlicher Akteur verstanden und danach strebten, ein Gegengewicht zu der in den Händen weniger Menschen konzentrierten Angebots- und Nachfragemacht zu bilden.

Einig in diesem Zweck, unterschieden sie sich jedoch in Form, ideellem Hintergrund und Zielgruppe: Während der 1845 in Chemnitz errichtete »Spar- und Konsumverein Ermunterung« und die 1850 im sächsischen Eilenburg gegründete »Lebensmittel-Assoziation« sich an Arbeiter richteten und zu den ersten Konsumgenossenschaften auf deutschem Boden gehörten, hatte die »Rohstoffgenossenschaft für Tischler und Schuhmacher« des Liberalen Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883) die von der wirtschaftlichen Transformation gebeutelten Angehörigen des Handwerks als Zielgruppe. Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888) wiederum, der im Hungerjahr 1846 den »Weyerbuscher Hilfsverein« gründete, richtete sich an Landwirte und vertrat christlich-soziale Ideen.

Neben der sozialen Frage erhielt die entstehende Genossenschaftsbewegung durch das Scheitern der Revolution von 1848 einen zusätzlichen Impuls. Nachdem ihre Hoffnungen auf einen politischen Wandel gescheitert waren, wandten sich namentlich Schulze-Delitzsch und Raiffeisen stärker als zuvor ihrem sozialreformerischen Projekt zu, initiierten zahlreiche Genossenschaftsgründungen und formten die lokalen Initiativen zu einer sozialen Bewegung. Vordergründig unpolitisch, barg diese Bewegung gleichwohl einigen Sprengstoff für die politischen Verhältnisse: Indem sie demokratische und solidarische Werte in wachsenden Bevölkerungsschichten verankerte, drohte sie das undemokratische politische System von unten auszuhebeln.

Es ist daher kaum überraschend, dass sich seit den 1860er Jahren auch die staatlichen Behörden für die Genossenschaften zu interessieren begannen und auf Initiativen von Schulze-Delitzsch eingingen, der 1864 in Berlin den »Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften« ins Leben gerufen hatte und als Abgeordneter des preußischen Abgeordnetenhauses für die Verabschiedung eines Genossenschaftsgesetzes kämpfte. Die 1867 in Preußen, 1868 in Sachsen und dem Norddeutschen Bund erlassenen und 1871 auf Deutschland ausgedehnten Genossenschaftsgesetze trugen der bisherigen Entwicklung des genossenschaftlichen Sektors Rechnung und erkannten das Genossenschaftswesen als wichtigen Faktor in Wirtschaft und Sozialpolitik an. Zugleich versuchten die Behörden, die Genossenschaften in ein Programm konservativer Modernisierung einzubauen und einerseits die Fortentwicklung der Wirtschaft zu betreiben, andererseits aber die sozialen Strukturen zu bewahren. Dies sollte über die indirekte Förderung der von der Transformation bedrohten Schichten wie Handwerker und Bauern sowie die Fortschreibung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse erfolgen und Unsicherheit und Unruhe in diesen Schichten ableiten.

Das Genossenschaftswesen wuchs, da es wirtschaftliche Grundbedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten befriedigte und die Kooperative eine flexible Form darstellte, die sich an unterschiedlichste Bedürfnisse anpassen ließ. Dementsprechend differenzierte sich der genossenschaftliche Sektor aus: Kreditgenossenschaften gewährten ihren Mitgliedern Betriebskredite, Konsumgenossenschaften boten ihnen Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs zu wohlfeilen Preisen an, Bedarfsgenossenschaften erwarben Saatgut, Düngemittel oder handwerkliche Grundstoffe und verkauften sie an ihre Mitglieder, während Molkereigenossenschaften die Milch der angeschlossenen

Hermann Schulze-Delitzsch,
Stich um 1875



Betriebe abnahmen und sie weiterverkauften bzw. zu Käse o. ä. verarbeiteten. Auf diese Weise trugen sie zur Integration ihrer Mitglieder in die entstehende Marktwirtschaft bei. Dies wurde auch auf einem zweiten Weg angestrebt: Indem die Genossenschaften ihre Mitglieder in betrieblichen und allgemeinwirtschaftlichen Dingen berieten, förderten sie ökonomisch rationales Handeln und damit mittelbar die Anpassung an das im Wandel begriffene wirtschaftliche Umfeld. Charakteristisch war die hilfswirtschaftliche Funktion der Genossenschaft gegenüber ihren Mitgliedern bzw. deren Betrieben: Diese wirtschafteten weiterhin eigenständig, griffen aber auf das Kredit- bzw. Warenangebot ihrer Genossenschaft zurück. Produktivgenossenschaften – Vollgenossenschaften, bei denen die Mitglieder ihre Betriebe zu einem gemeinsam produzierenden Betrieb zusammenschlossen – hatten in Deutschland keinen dauerhaften Erfolg.

Triebkräfte der Entwicklung des genossenschaftlichen Sektors in Deutschland waren bis in die 1880er Jahre die von Schulze-Delitzsch propagierten gewerblichen Wareneinkaufs- und Kreditgenossenschaften sowie Raiffeisens landwirtschaftliche Universalgenossenschaften; von ihnen gingen die Verbands- und Zentralkassenbildungen der 1860er und 1870er Jahre aus. Die Konsumgenossenschaften blieben demgegenüber im Rückstand. Zwar entstanden in Süddeutschland und Sachsen einzelne Konsumgenossenschaften und sogar regionale Verbände, doch wurden sie bis in die späten 1880er Jahre zu keinem breiteren Phänomen. Denn einerseits waren die mit der Arbeiterbewegung assoziierten Konsumgenossenschaften dem einflussreichen Liberalen Schulze-Delitzsch und seinen Nachfolgern suspekt und wurden in den Zentralverbänden marginalisiert:

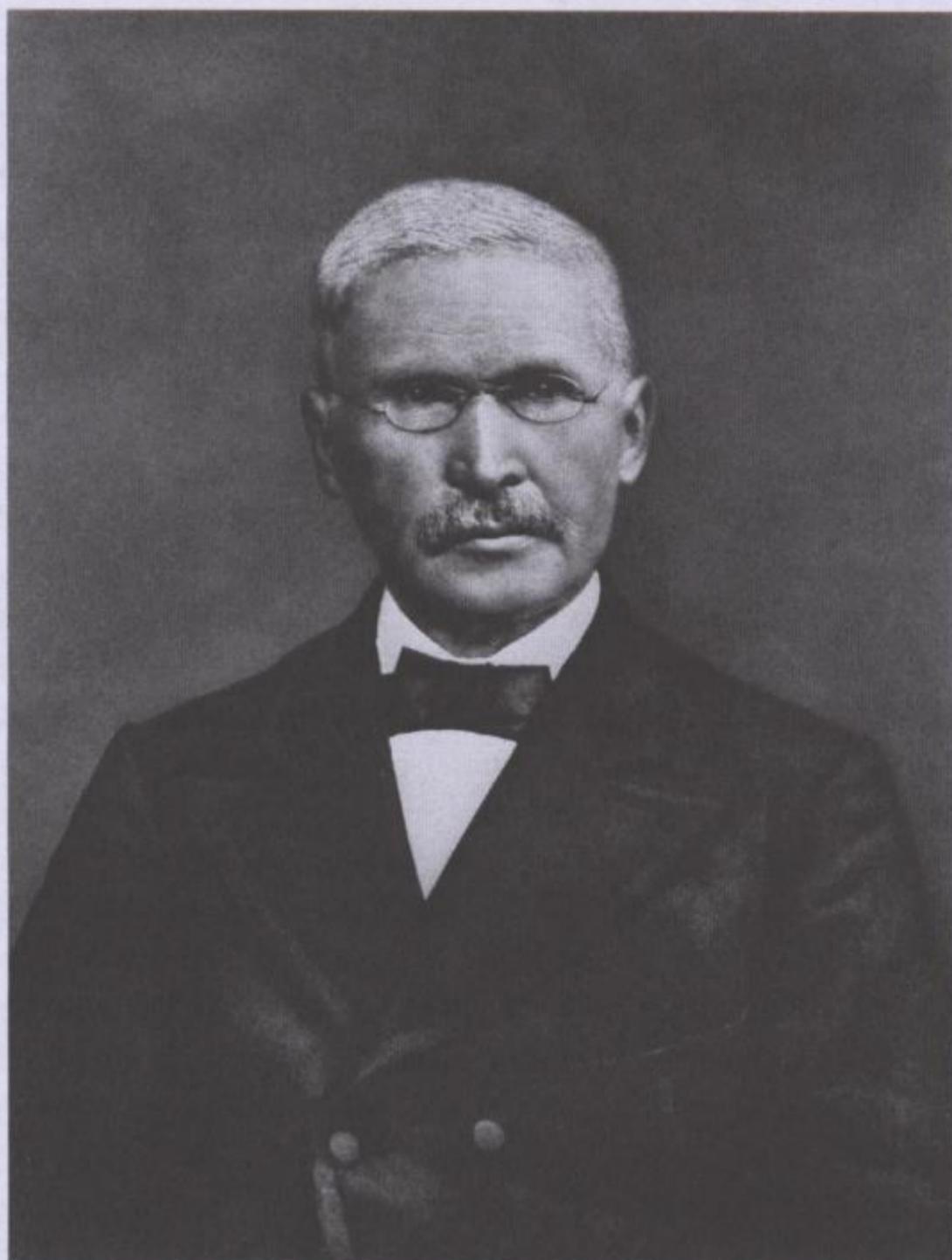
Bei der Gründung des Allgemeinen Verbands waren unter den 392 beigetretenen Genossenschaften gerade einmal 15 Konsumvereine.² Andererseits wirkte auch die in den Genossenschaftsgesetzen verankerte unbeschränkte Haftpflicht der Mitglieder einer Entfaltung der Konsumvereinsbewegung entgegen. Erst als die Sozialdemokratie die Reserviertheit ihrer Überväter Karl Marx und Ferdinand Lassalle gegenüber marktorientierten Kooperativen aufgegeben und eine Gesetzesnovelle 1889 die unbeschränkte Haftpflicht der Mitglieder für ihre Genossenschaft aufgehoben hatte, wurden die Konsumgenossenschaften zu einer breiteren Bewegung. Die Gründungen zweier Arbeiterkonsumvereine in Sachsen – 1885 in Leipzig-Plagwitz und 1888 des Konsumvereins »Vorwärts« in Dresden – waren Vorboten einer Entwicklung, welche die Konsumvereine bald zu einer Massenbewegung anschwellen ließ.

In stetigem Wachstum begriffen, vollzogen nun auch die Konsumgenossenschaften einen Schritt, den die gewerblichen und landwirtschaftlichen Genossenschaften bereits unternommen hatten: Sie bildeten eigene Regionalverbände, wie die 1894 gegründete sächsische Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG). Zum Anlass für die Gründung eines nationalen Verbands der Konsumgenossenschaften wurden weltanschauliche Differenzen, die 1902 auf dem Allgemeinen Genossenschaftstag in Bad Kreuznach zum Ausschluss der GEG und weiterer 98 Einzelgenossenschaften aus dem Allgemeinen Verband geführt hatten. 1903 gründeten 302 Genossenschaften in Dresden den Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften, der seinen Sitz in Hamburg nahm und bis 1933 die Mehrzahl der deutschen Konsumvereine zusammenschloss. Neben ihm trat 1905 der Reichsverband Deutscher Konsumvereine, der anders als der sozialdemokratische Zentralverband christlich-national orientiert war. Die Bedeutung der Verbandsbildung ging im Falle der Konsumgenossenschaften über die Konzentration von Nachfragepotential hinaus. Die Verbände verknüpften die Einzelgenossenschaften zu einem dichten Handelsnetz, das in der Lage war, breite Schichten mit Lebensmitteln und Bedarfsgütern zu versorgen. Im Zeichen des »Burgfriedens« während des Ersten Weltkriegs griffen die Behörden daher für die Versorgung auf die Distributionskanäle der Konsumgenossenschaften zurück und nutzten deren Produktionskapazitäten. Ihre Rolle im Krieg ließ die Bedeutung der Konsumgenossenschaften weiter steigen.

Bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs hatte das Genossenschaftswesen in Deutschland einen hohen Organisationsgrad erreicht: Es umfasste 34 568 Einzelgenossenschaften. Unter ihnen bildeten die etwa 19 000 Genossenschaftsbanken die bei weitem größte Gruppe. Ihnen folgten die landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie die Konsumgenossenschaften. Die Zahl der Wohnungsbaugenossenschaften lag bei 1342. Hatte die Gesamtmitgliederzahl 1889 noch bei 1 150 000 gelegen, so betrug sie nun 6 250 000. Auch hier stellten die Kreditgenossenschaften den Löwenanteil mit 2 900 000 Mitgliedern. Die Primärgenossenschaften waren 134 regionalen Revisionsverbänden angeschlossen, die ihrerseits fünf nationalen Verbänden angehörten.³

Solche Dimensionen sowie die sich wandelnden Aufgaben erlaubten es nicht mehr, das Genossenschaftswesen und seine Glieder ehrenamtlich zu führen, so wie dies insbesondere Raiffeisen vorgesehen hatte. Die Leitung größerer Einheiten und das verän-

Friedrich Wilhelm Raiffeisen,
Fotografie um 1880



derte wirtschaftliche Umfeld erforderten nämlich Kompetenzen, die über Ortskenntnis und Fähigkeiten in der Buchführung hinausgingen – die Kenntnis regionaler und nationaler Märkte sowie Verwaltungs- und Führungskompetenz. In den Verbänden machte sich die Notwendigkeit der Anstellung einschlägig ausgebildeten, hauptamtlich beschäftigten Personals daher am frühesten bemerkbar. Bald erfasste diese Professionalisierung auch die größeren und schließlich die kleineren Einzelgenossenschaften. Da sich zudem nach dem Ersten Weltkrieg der Wettbewerb verschärfte, entwickelten sich die Genossenschaften zunehmend zu »normalen« Unternehmen: Während die Verbände in der Weimarer Republik eine weitere Konzentration und Effizienzsteigerung vollzogen, manipulierten die örtlichen Genossenschaftsleiter die Generalversammlungen häufig in ihrem Sinne oder schalteten sie vollends aus. Ungeachtet solcher Verstöße gegen das Prinzip innergenossenschaftlicher Demokratie stieg die Zahl der Genossenschaften bis 1935 auf 53 348 und die der Mitglieder auf gut neun Millionen.⁴

Seit der Machtergreifung Hitlers wurden die Genossenschaften zusehends in das System der nationalsozialistischen Kommandowirtschaft integriert; da sie zu mächtig

waren, ließen sie sich aber nicht einfach auflösen. Sie wurden stattdessen der Deutschen Arbeitsfront unterstellt und ihre Zentralverbände aufgelöst. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften blieben in ihrer Revisionstätigkeit weitgehend autonom, ihre Verbände wurden hingegen in den Reichsnährstand eingegliedert und unterlagen seitdem strikter staatlicher Kontrolle. Im Zweiten Weltkrieg führten die Nationalsozialisten dann den entscheidenden Schlag gegen die Konsumgenossenschaften: 1941 wurden sie in das Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt und ihre Organisationen aufgelöst; ihre Läden wurden in die staatliche Lebensmittelversorgung integriert.

Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg ging von den Besatzungszonen aus, in denen sich bald erste Verbände formierten, die sich ihrerseits im Zuge der Integration der westlichen Zonen bald zu Spitzenverbänden zusammenschlossen; bis 1949 hatten alle Zweige des wiederentstehenden Genossenschaftswesens ihre zentralen Verbände. In diesem Jahr wurde mit der Deutschen Genossenschaftskasse eine Zentralkasse geschaffen, welche den Wiederaufbau des Genossenschaftswesens mitfinanzieren sollte. Indem sie ihren Standpunkt als »Jenseits von Individualismus und Kollektivismus« bestimmten, fügten sich die bundesdeutschen Genossenschaften in das Konzept einer Marktwirtschaft mit sozialer Komponente ein.

Auch in der sowjetischen Besatzungszone war der Neuanfang verheißungsvoll: Die Behörden erlaubten 1945 den Raiffeisengenossenschaften die Wiederaufnahme ihrer Arbeit und trugen damit zu einem raschen Wachstum auf über 6000 Einzelgenossenschaften bis 1949 bei. Doch angesichts des Kalten Kriegs und der Gründung zweier deutscher Staaten änderten die Behörden ihre Politik gegenüber dem genossenschaftlichen Sektor bald. So wurden die Genossenschaften unter anderem mit der Kontrolle der Ablieferungspflicht der örtlichen Landwirtschaftsbetriebe beauftragt – schon dies eine Aufgabe, die dem klassischen Genossenschaftsgedanken zuwiderlief. Dasselbe galt auch für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), die zwischen 1952 und 1960 aus der Zwangsvereinigung landwirtschaftlicher Betriebe entstanden. Bei ihnen handelte es sich um Produktivgenossenschaften, die durch Spezialisierung und großbetriebliche Organisation Produktivitätsgewinne erreichen sollten. Anders als die Genossenschaften, die dem »klassischen« Modell entsprachen, waren die Genossenschaften in der DDR alleine den Zielen der staatlichen Wirtschaftspolitik untergeordnet.

Erlebte der genossenschaftliche Sektor in der Bundesrepublik eine neuerliche Blüte, so gerieten die dortigen Konsumgenossenschaften angesichts der Expansion der Supermarktketten in eine Krise; einige bildeten sich daraufhin zu Aktiengesellschaften um, ohne allerdings den weiteren Niedergang abwenden zu können. Andere blieben bei der Rechtsform der Genossenschaft und konnten sich auf dem Markt behaupten. Die ostdeutschen Konsumgenossenschaften gerieten ihrerseits nach dem Ende der DDR in eine Krise, und viele gingen in Konkurs. Andere passten sich erfolgreich den eingetretenen Marktverhältnissen an und sind, wie die Konsumgenossenschaft Sachsen-Nord, die an die Tradition des Eilenburger Konsumvereins anknüpft, heute erfolgreiche Wirtschaftsunternehmen.

Lagerhaus der Firma Raiffeisen
in Altmorschen, Hessen



Trotzdem nimmt die Öffentlichkeit heute wenig Notiz von den Genossenschaften, und es scheint, als hätten die Genossenschaften ihre beste Zeit hinter sich. Hoffnungen, die Transformation der osteuropäischen Wirtschaftssysteme nach dem Ende des Kommunismus auf genossenschaftlichem Wege sozialer gestalten zu können, wurden enttäuscht, die Globalisierung nutzt vor allem den weltumspannenden Großkonzernen und hat den Neoliberalismus zum dominanten Diskurs erhoben. Hat die Genossenschaftsidee damit eine Niederlage erlitten? Kaum. Nach Angaben der Europäischen Kommission waren 2004 in der Europäischen Union einschließlich Beitrittsländern 140 Millionen Menschen Mitglied einer der 300 000 Genossenschaften. Außerdem gibt es verheißungsvolle Ansätze, die Genossenschaftsidee bei der Existenzgründung kleiner Unternehmen ins Spiel zu bringen, die ein beträchtliches Entwicklungspotential besitzen. Das deutsche Gesetz über die Einführung der »Europäischen Genossenschaft« aus dem Sommer 2006 gibt Anlass zur Hoffnung. Die Genossenschaftsidee ist flexibel genug, um sich auch den aktuellen Bedingungen anzupassen.

Anmerkungen

- 1 Zu der im Folgenden erzählten Geschichte der »Rochdaler Pioniere« sowie der Geschichte des Genossenschaftswesens insgesamt vgl. Faust, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Ursprung und Weg der Genossenschaftsbewegung im deutschen Sprachraum. Frankfurt a.M. ³1977, insbesondere S. 103–113.
- 2 Aschhoff, Gunther/Eckart Henningsen: Das deutsche Genossenschaftswesen. Entwicklung, Struktur, wirtschaftliches Potential. Frankfurt a.M. ²1995, S. 25.
- 3 Aschhoff/Henningsen, S. 30.
- 4 Ebd., S. 35.

Literatur

- Aschhoff, Gunther / Eckart Henningsen: Das deutsche Genossenschaftswesen. Entwicklung, Struktur, wirtschaftliches Potential. Frankfurt a.M. ²1995.
- Faust, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Ursprung und Weg der Genossenschaftsbewegung im deutschen Sprachraum. Frankfurt a.M. ³1977.
- Mändle, Eduard / Swoboda, Walter (Hg.): Genossenschafts-Lexikon. Wiesbaden 1992.

Genossenschaftliche Prinzipien im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit

Auch wenn das deutsche Genossenschaftsgesetz auf 1898 datiert, sind genossenschaftliche Prinzipien nicht an das Industriezeitalter gebunden, sondern in allen Gesellschaften zu beobachten.¹ Schon die im Althochdeutschen und im Neuhochdeutschen gebrauchten Begriffe »ginōzscraft« und »Genoßschaft« meinen in ihrer Grundbedeutung die Begriffe: Vereinigung, Gemeinschaft und Kameradschaft.² Trotzdem können heutige Begriffsdefinitionen zum Genossenschaftswesen nicht problemlos auf die mittelalterliche und frühneuzeitliche Gesellschaft übertragen werden, die nicht auf dem Prinzip der Egalität, sondern auf Standesunterschieden beruhte. Vielmehr erfuhr das genossenschaftliche Prinzip in dieser Zeit eine besondere Ausprägung, die der freien Einung. Diese Verbände beruhten auf der Gleichordnung der Mitglieder und vereinten in ihrer Grundstruktur soziale Gruppen, in denen eine paritätische Ordnung dominierte. Sie erwuchsen aus gemeinsamen wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen und gründeten auf einer vertraglichen Übereinkunft, die mit einem Eid beschworen wurde. Das zeigte sich im städtischen Bereich am deutlichsten im gemeinsam geleisteten und oft alljährlich wiederholten Bürgereid, prägte aber auch die Statuten der Gilden und Zünfte.³

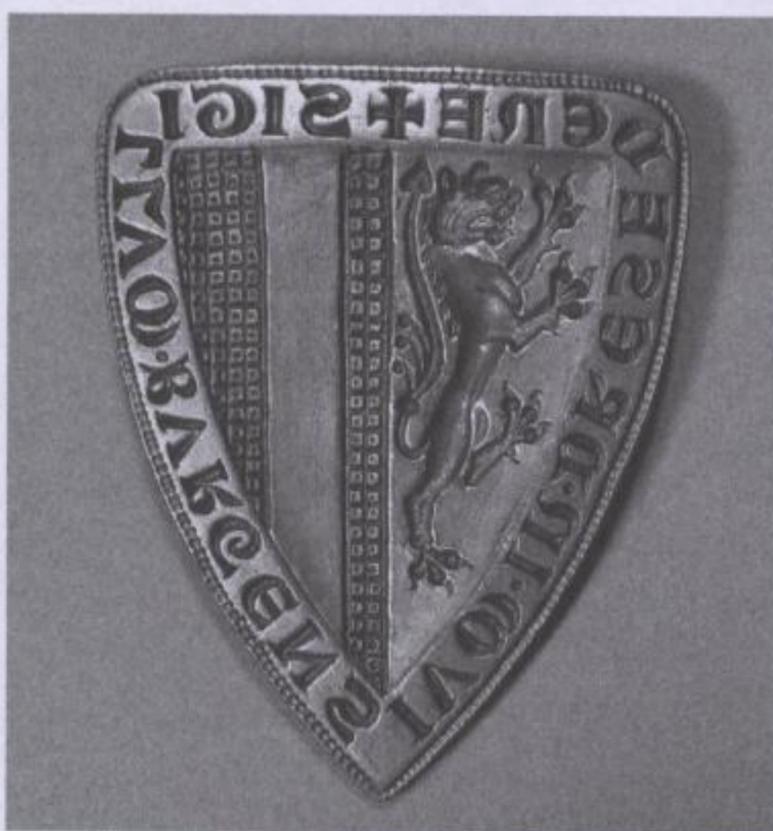
Das vorherrschende Prinzip dieser Vereinigung wurde seit dem 19. Jahrhundert von den Vertretern der deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte⁴ als ein genossenschaftliches angesehen. Es funktionierte nie als allein bestimmendes Merkmal, sondern immer in Wechselwirkung mit anderen Grundsätzen. Herrschaft war immer der direkte Gegenspieler, der auf dem Verhältnis von Über- und Unterordnung basiert. Mit dem Begriffspaar Herrschaft und Genossenschaft werden bis heute grundlegende Organisationsprinzipien der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Ständegesellschaft beschrieben.⁵

Auch die Genesis der Stadt Dresden beruht auf dem Wechselspiel von Herrschaft und Genossenschaft. Sie ging verfassungsmäßig aus einer Gemeinschaft von Kaufleuten und später auch Handwerkern hervor. Die Rede von der Verleihung von Stadtrechten durch einen Herrschaftsträger hatte zu der irrigen Annahme geführt, dass die Stadtherren auch ihre Urheber gewesen sein müssen.⁶ In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts ließen sich Kaufleute in verkehrsgünstiger Lage im Bereich des heutigen Altmarktes nieder und gründeten eine Siedlung mit einer Nikolaikapelle.⁷ Auf der Grundlage eines Marktprivilegs des Markgrafen von Meißen oder des Burggrafen von Dohna⁸, das zugleich Schutz gewährte, konnten die Kaufleute eine Gemeinschaft gleichen Grund-

besitzes und gleicher persönlicher Rechtsstellung bilden. Zur Verfassung der Dresdner Kaufmannssiedlung selbst existieren keine Zeugnisse. Der Übergang von der Kaufmannssiedlung zur Rechtsstadt hatte eine topografische Komponente, die des gewaltigen Anstiegs von bebauter Fläche und Einwohnern, und zugleich eine verfassungsrechtliche, die der stufenweisen Verleihung städtischer Freiheiten.⁹ Förderlich für den Zuzug von Handwerkern waren sicher der Bau der Brücke, der Burganlage und der Stadtbefestigung, gekoppelt mit den Möglichkeiten einer sich ausdifferenzierenden Arbeitsteilung und des Geldumlaufs.¹⁰

Die Entwicklung eines sich etablierenden Dresdner Bürgerverbandes auf der Grundlage des gemeinsamen Eides sowie Anhaltspunkte eines wachsenden städtischen Selbstbewusstseins gegenüber den Markgrafen von Meißen hat Jörg Oberste in seinem Artikel zur Städtischen Erinnerungsarbeit im Dresdner Heft »Deutung und Ideologie« bereits dargelegt. In der Urkunde von 1309, der Eventualhuldigung des Dresdner Bürgermeisters und der Geschworenen gegenüber dem Wettiner Friedrich dem Freidigen kommt dies in doppelter Hinsicht zum Ausdruck: Das gewachsene politische Gewicht und städtische Selbstbewusstsein zeigt sich nicht nur in der Eventualhuldigung durch die Vertretung der Bürgerschaft gegenüber dem möglicherweise nächsten Stadtherrn Dresdens, sondern vielmehr in der erstmaligen Verwendung eines eigenen Siegels, des Symbols ihrer errungenen Autonomie als Rechtsverband.¹¹

Genossenschaftliche Prinzipien auf der Grundlage der Einung lassen sich auch innerhalb der Stadt auf vielfältige Art und Weise zeigen: Am Beginn standen die Kaufmannsgilden, denen seit dem 13. Jahrhundert alsbald gleichartige Vereinigungen der Handwerker auf der Grundlage der Bruderschaften und später die der Handwerksgesellen folgten. Als Bruderschaften werden Gemeinschaften bezeichnet, deren Zusammenhalt über Statut und gemeinsame Mahlzeiten hinaus von religiösen oder karitativen Zielen



Ältestes Dresdner Ratssiegel



Dresdner Büttensiegel

geprägt war, getragen von Grundsätzen wie kollektiver Selbsthilfe und Selbstverantwortung sowie gemeinsamer Identität. Sie konnten Geistliche und Laien gleichermaßen umfassen.¹² Aber nicht die Prinzipien der Bruderschaft allein bestimmten den Kreis zunftmäßiger Vereinigung, sondern das ausgeübte Handwerk, der Beruf, das Amt. Hinzu traten Rechte und Pflichten zur Ordnung des Gewerbebezweiges im Rahmen der städtischen Wirtschaft: Zwangsrechte zur Ordnung des Gewerbes, das Recht der einigungsrechtlichen Organisation mit Eintrittsgeldern, Meisterwahl, Rechtsetzung. Der Begriff INNUNG kann diese verschiedenen Rechte und Funktionen bezeichnen.¹³

Da sich diese Funktionen nur ausüben ließen, wenn die Innung das alleinige Recht zur Ausübung des jeweiligen Gewerbes innehatte, entstand eine ähnliche Privilegierung wie bei den Kaufleuten, die sich aber nicht mehr von Freiheiten und Privilegien des Herrschers ableitete, sondern allein aus der Rechtssituation Stadt entstand. Den Zugang zur Stadtherrschaft, den zuvor die Kaufleute allein im Verbund mit dem Stadtherrn innehatten, erhielten die Innungen/Zünfte nur über politische Auseinandersetzungen. Diesem Aspekt kann hier nicht nachgegangen werden, aber in Dresden bestimmten erst Ratsordnungen nach 1470, dass von den 21 zu wählenden Ratsherren sechs aus den Handwerksinnungen kommen mussten und davon wieder drei im regierenden Rat vertreten sein sollten.¹⁴ Trotz Eigenständigkeit und Privilegierung unterlag die genossenschaftliche Ordnung immer der Kontrolle des Rates und des Landesherrn, was auch das Recht auf Auflösung der Innung einschloss. Ergänzend sei angemerkt, dass auch die städtischen Unterschichten Einungen oder Bruderschaften bilden konnten, etwa die aus dem Spätmittelalter bekannten Bettlergilden, für die es in Dresden bisher keine Anhaltspunkte gibt. Genossenschaftliche Prinzipien lassen sich zudem in den Sondergemeinden, den Nachbarschaften, innerhalb einer Stadt sowie in den Städtebünden des hohen und späten Mittelalters beobachten. Prominente Beispiele dafür sind die Hanse oder der Oberlausitzer Sechsstädtebund. Das Prinzip der freien Einung war auch nicht auf die Stadt begrenzt: Städtebünde, Adelsbünde, Landfriedensbünde beruhten praktisch auf demselben Prinzip.¹⁵

Das Wechselspiel von Herrschaft und Genossenschaft soll nachfolgend noch an Beispielen Dresdner Innungsordnungen beschrieben werden. Die Entstehung der ersten Vereinigungen von Handwerkern kann in Dresden in Analogie zu anderen Städten für die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts angenommen werden, selbst wenn die schriftliche Überlieferung erst später einsetzt. Im Geschossregister von 1407 werden mit den Tuchmachern, Schustern, Bäckern, Kürschnern, Schneidern und Schmieden die Handwerke benannt, die bei Kriegszügen Mannschaften zu stellen hatten. Es spricht vieles dafür, dass eine solche Zuweisung nicht vor dem zunftmäßigen Zusammenschluss der Gewerke erfolgte.¹⁶ Gestützt wird diese Annahme durch einen ersten sicheren Nachweis einer Innungsordnung aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zu den Tuchmachern.¹⁷ Im Stadtbuch von 1404 befinden sich weitere Ordnungen zu den Schuhmachern und den Schneidern.¹⁸

Generell verliehen die Handwerke ihrem Zusammenschluss mit dieser Ordnung einen rechtlichen Rahmen. Zugangsvoraussetzungen wurden schon Mitte des 14. Jahrhunderts

Der Schlosser,
Kupferstich um 1770



genau definiert: Der Landesherr hatte zusammen mit dem städtischen Rat und den Handwerkern bestimmt, dass das Gewandschneiden nur denen erlaubt sei, die auch eine Gewandbank haben, und das Tuchmachen niemandem, der nicht einen Mindestbeitrag an die Innung gegeben habe: »... her verschose funf marg offenbar und gebe sine inunge...« Zudem müsse er einen Bürgen dafür aufbringen, dass: »... er ein jare in der stait (Stadt) blibe und gewant mache und der stait rechtis phlege...« Die Schuhmacherordnung benannte folgende Bereiche: Jährlich haben drei Innungsversammlungen (Morgensprachen) stattzufinden. Dabei lesen immer die Franziskanermönche, die die Schuster und Schneider in ihre geistliche Bruderschaft aufgenommen haben, im Kloster eine Messe, wofür jeder Meister zwei Heller spendet. »...Czu iczlicher morgensproche geben sy den monchen iczlicher 2 hll.« Wer das Meisterrecht erwerben will, muss durch Zeugnisse glaubhaft seine ehrliche Geburt nachweisen.¹⁹ »...der selbe sal sich vertigen und briefen, das her elrch(!) geborn ist.« Während der Kandidat im Jahr 1404 neben der Naturalabgabe Wachs für religiöse Zwecke noch zehn Groschen für das Meisterrecht zu bezahlen hatte, waren es nach der Ordnung von 1551 schon zwölf Gulden.²⁰

Diesen Legitimationshinweisen auf den Landesherrn oder den Stadtrat sowie den Zugangsvoraussetzungen folgte die Aufschlüsselung weiterer Rechte und Pflichten. Eine solche Struktur entsprach dem städtischen Gemeinwesen. Die Innung überwachte die Ausbildung der Lehrlingen und die Betreuung durch den Lehrmeister. Eine systematische Ausbildung gab es nicht, auch wenn in solchen normativen Quellen zumeist auf eine gewissenhafte Unterweisung orientiert wurde, um Kontrollmechanismen aufzubauen. Dem Lehrling sollten keine Belastungen auferlegt werden, die außerhalb des Handwerks lagen. Vergleiche mit anderen Städten zeigen jedoch, dass die Wirklichkeit eine andere war. Viele Ordnungen legten zudem Probezeiten fest, die je nach Gewerbe 14 Tage bis vier Wochen betragen konnte, um den Jungen zu prüfen, ob er für das Handwerk geeignet war und ob Meister und Lehrlinge gut miteinander auskamen. Glückte die

Probezeit nicht, schützte sich die Innung. Die Ordnung der Schuster Dresdens bestimmte 1555, dass ein Lehrling ein ganzes Jahr bei keinem Handwerker aufgenommen werden soll, wenn er es erfolglos bei einem anderen schon probiert hatte. Bei den Dresdner Lohgerbern durfte kein Meister bei Androhung des Gewerbeverlusts einen Jungen aufnehmen, der zuvor bei einem anderen Meister die Probezeit nicht bestanden hatte.²¹ Nach erfolgreicher Lehrzeit wurden die Gesellen auf Wanderschaft geschickt, die ihnen handwerkliche Geschicklichkeit, »Weltkenntnis« und Selbstständigkeit bringen sollte.

Soziale Fürsorge und soziale Disziplinierung wurden auch gegenüber den Meistern gezeigt: Einerseits sicherte die Zunft dem Meister in gewisser Weise das Recht auf Arbeit und Aufträge, denn der Zunftzwang, der eigentliche Lebensnerv der Innungen, verbot Nichtangehörigen der Zunft die Ausübung des Handwerks. Die im Stadtbuch von 1404 aufgeführte Innungsordnung der Schneider legte das Recht der Bannmeile in der Ausübung des Handwerks fest: »...Ouch sal keyn snider erbeiten by eyner myle wegis den snidern zcu schaden.« Im gleichen Zusammenhang, nämlich dem Schutz des Marktes und der Handwerksmeister, steht ein Absatz aus der Schneiderordnung des Jahres 1454: »Item wenne under en eyn meister eynen leerjungen uffnympt, so sal en der meister verbinden, das er gelobe, wenn er das hantwergk gelernet, das er sie mit syner erbeyt bynnen eyner myle wegis nicht bedrangen noch uber sie erbeyten welle bie vier pfunden wachß, als offte er das tete.«²²

Im Gegenzug forderten die Artikel der Innung vom Meister Gehorsam und Betragen gegenüber dem Zunftmeister und den Zunftgeboten. Ungehorsam gegenüber Anordnungen der Zunftmeister wurde nach der Ordnung der Dresdner Schuhmacher von 1404 mit einem halben bis zwei Pfund Wachs bestraft. Ziel war die Erhaltung des internen Friedens, der zugleich rechtlich abgesichert werden sollte. Freundschaft, gemeinsame Ehre, Kult und Totenmemoria, gemeinsame Feste und soziale Hilfe bildeten den Kern eines solchen Genossenschaftslebens. Soziale Nähe sollte den Zusammenhalt und den sozialen Frieden unterstützen, in der Zeit einer stürmisch wachsenden und sich ausdifferenzierenden Bürgergemeinde.²³ Gerade bei den Versammlungen und dem gemeinsamen Essen bestand die Forderung an die Teilnehmer, innerhalb der Zunft, bei Tisch und beim gemeinsamen Trunk jedes ehrkränkende Schimpfwort und streitauslösendes Messerzücken zu unterlassen. Solche friedenssichernden Vorschriften gehören in den allgemeinen Kontext zünftischen Lebens. Verstöße gegen die Regeln konnten mit Bußgeldern belegt werden. Ein solches Verfahren diente der Sozialisation genauso wie dem Auffüllen der Getränkekeuse, denn der Übertreter konnte durch das gemeinsame Vertrinken der Bußen wieder in die Gemeinschaft einbezogen werden.²⁴ Eine solche Untersuchung der Zusammenkünfte in Dresdner Innungen steht allerdings noch aus.

Schlechte Arbeitsqualität wurde sowohl vom Stadtrat als auch von den Meistern gerügt, die von der Zunft beauftragt waren. Sie konnte je nach Schwere des Vergehens mit Natural- oder Geldstrafen und im besonders schweren Fall mit Körperstrafen und dem Ausschluss aus dem Handwerk bestraft werden.²⁵ Schon in einer Ratswillkür von 1308 wurden Vorschriften über den Wein- und Bierschank und das Handwerk der Büttner erlassen: Ihnen wurde bei hoher Geldstrafe und Verlust des Handwerks verboten,

Innungslade
Dresdner Tischler 1737,
Foto Möbius, 1935



die Gefäße und Becher kleiner zu machen, als die festgesetzten Maße bestimmen. Jeder Büttner hatte zudem seine Waren mit seinem Zeichen zu versehen, dem Siegel, welches gleichzeitig gegen Betrüger schützen sollte. Wer einem Fass den Rand, die Zarge, abhaute und es dadurch kleiner machte, sollte mit dem Abhacken des Daumens bestraft werden.²⁶ Die schon erwähnte Tuchmacherordnung aus der Mitte des 14. Jahrhunderts bestimmte, dass Tuch, welches durch Zusatz von Kuhhaaren oder Leinengarnen gefälscht oder durch schwarze Farbe gezogen worden ist, verbrannt werden sollte. Der Hersteller sollte mit einer Geldstrafe und dem Verweis aus der Stadt für ein Jahr bestraft werden.²⁷ Harmloser klingt dagegen eine Strafe bei schlechter Lederqualität oder minderwertigen Schuhen aus der Schuhmacherordnung des Jahres 1404: »By welchem man wandelbar leder vindet, den sullen sie bußen umbe 1 gr(oschen). Item vinden sie wandelbar schuh, den bußen sie vor 6 hll.«

Eine schlechte einheimische Qualität hätte nicht nur die Rufschädigung der Zunft, sondern auch die Gefahr der Auflösung durch den Stadtrat oder den Landesherrn zur Folge. Mit der wachsenden Zahl der Gewerke beauftragte der städtische Rat zunehmend auch die Zünfte, die Überwachung der Warenqualität, Rohstoffe und Preise bei den Berufsgenossen in die Hand zu nehmen.²⁸ Eine solche Qualitätssicherung musste auch immer im Interesse der Innung liegen. Zudem war der Käufer schließlich genötigt, seinen Bedarf bei den Innungsmeistern zu decken. Die bereits beschriebenen Bannmeilen verhinderten Konkurrenz. Außerdem konnten auswärtige Handwerksmeister ihre Ware nur zu den Jahrmärkten zum Verkauf in der Stadt anbieten.

Damit eine Verbindung ein Erfolgsmodell blieb, mussten ihre Strukturen auf gesellschaftliche Veränderung elastisch reagieren. War dies nicht der Fall, konnten verhärtete Strukturen zu Stagnation und Untergang führen. Der Innungszwang, verlängerte Lehrzeiten, erhöhte Kosten bei der Aufnahme in die Zunft verhinderten innovativen Nachwuchs. Beschränkungen beim Einkauf von Rohstoffen – das betrifft die Menge und

die möglichen Händler – oder in der Zahl der Lehrjungen und Gesellen bremsen den Wettbewerb, der wichtigste Anreize im Wirtschaftsleben setzen konnte. Hinzu tritt ein weiterer Gesichtspunkt, bei dem der Zunftzwang mehr negative als positive Wirkung hervorbrachte – die Produkttreue in der Herstellung: Es war dem Meister verboten, Dinge herzustellen, die anderen Handwerkern zukamen, selbst wenn er die Werkzeuge dafür besaß. Schon Mitte des 14. Jahrhunderts ist in der Tuchmacherordnung ein solches Verbot enthalten: »Iz sol ouch nymant kein tuch zcu mentelin noch zu rocken sniden und uf den marckit sendin zcu vorkoufin.« Solche Verbote konnten größere Schwierigkeiten mit sich bringen, als das Handwerk sich immer weiter ausdifferenzierte, vor allem wenn alle Zweige eigene Zünfte bildeten. Die eisenverarbeitenden Gewerke, die Huf- und Waffenschmiede, Schlosser, Sporer und Nagelschmiede betraf es genauso wie die lederverarbeitenden Handwerke, die Sattler und Riemer. Wer vermag die Unterschiede im Handwerk zu definieren, Grauzonen sind hier vorbestimmt. Es liegt auf der Hand, dass bei solchen artverwandten Innungen Streitigkeiten und Prozesse zum Geschäftsalltag gehörten.²⁹ Auch eine solche Untersuchung wäre für die Dresdner Verhältnisse in ihren Besonderheiten sehr lohnenswert.³⁰ Das betrifft zum einen die Frage nach dem Zusammenschluss von Altendresden und Dresden in den Reihen der Handwerksvereinigungen, der neue Ordnungen notwendig machte, und zum anderen das Nebeneinander von Handwerk für den täglichen Bedarf und einem sich etablierenden Kunsthandwerk.³¹

Unter welchen Voraussetzungen der zunftmäßige Zusammenschluss des Handwerks in Dresden erfolgreich war oder nicht, bedarf immer der Einzeluntersuchung und soll hier auch nicht beschrieben werden. Bestimmte Elemente zünftigen Zusammenlebens im Handwerk, wie das Meisterrecht, haben jedoch Kontinuität bis in die heutige Zeit. Wesentlich stärkere Kontinuität über die Frühe Neuzeit und das 19. Jahrhundert hinaus zeigen Verbände, die auf der Gleichordnung der Mitglieder beruhen und deren Rahmenbedingungen je nach gesellschaftlichen Voraussetzungen modifiziert werden. Die Balance zwischen festen Regeln für die Mitglieder zum Schutz der gemeinsamen Interessen und der Öffnung gegenüber neuen Anforderungen bildet sicher einen Schlüssel zum Erfolg, unabhängig von den verschiedenen Formen »genossenschaftlichen Mit-einanders«.

Anmerkungen

- 1 Grundlegend dazu: Otto von Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, Band 1: Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, (1868) Nachdruck Darmstadt 1954.
- 2 Gerhard Köbler, Etymologisches Rechtswörterbuch, Tübingen 1995, S. 154.
- 3 Gerhard Dilcher, Die genossenschaftliche Struktur von Gilden und Zünften, in: Gilden und Zünfte, Kauf-

- männische und Gewerbliche Genossenschaften im Frühen und Hohen Mittelalter (= Vorträge und Forschungen/Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte; Band 29), hrsg. v. Berent Schwineköper, Sigmaringen 1985, S. 71–111, hierzu S. 77 und 79,
- Gierke, Genossenschaftsrecht, (wie Anm. 1) S. 296 ff.
- 4 Gierke, Genossenschaftsrecht, (wie Anm. 1). Weitere Vertreter sind Otto Brunner, Sozialgeschichte Europas im Mittelalter, Göttingen 1978 und Max Weber, Die

- Stadt. Eine soziologische Untersuchung, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 47 (1920/21), S. 621–772, hierzu bes. S. 650–658. Auf den Ansätzen Gierkes und Webers aufbauend: Dilcher, *Gilden* (wie Anm. 3), S. 71–111.
- 5 Karlheinz Blaschke, *Herrschaft und Genossenschaft in der Frühzeit des mittelalterlichen Städtewesens – Beobachtungen aus Sachsen zur städtischen Rechts- und Verfassungsgeschichte*, in: *Sächsische Justizgeschichte*, Band 9, *Rechtbücher und Rechtsordnungen in Mittelalter und Früher Neuzeit*, Dresden 1999, S. 33–53.
- 6 Blaschke, *Herrschaft und Genossenschaft* (wie Anm. 5), hierzu S. 35 und 43.
- 7 Jörg Oberste, *Städtische Erinnerungsarbeit. Die Kanzlei- und Urkundenpraxis des Dresdner Rates im Mittelalter*, in: *Deutung und Ideologie. Wandlungen städtischer Geschichtsbilder* (Dresdner Hefte 85), Dresden 2006, S. 3–12. Zur Diskussion um die Entstehung der Stadt Dresden vgl. die Artikel von André Thieme, Karlheinz Blaschke und Norbert Oelsner in: *Geschichte der Stadt Dresden. Von den Anfängen bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges*, hrsg. v. Karlheinz Blaschke, Stuttgart 2005.
- 8 Für Dresden bleibt der eigentliche herrschaftliche Initiator ungeklärt.
- 9 Blaschke, *Dresden* (wie Anm. 7), S. 151.
- 10 Oberste, *Erinnerungsarbeit* (wie Anm. 7), S. 4.
- 11 Oberste, ebd.
- 12 In Dresden war die Ober- und Mittelschicht in solchen Bruderschaften organisiert: Adel, Geistlichkeit, Ratsmitglieder und Handwerker. Alle 26 Bruderschaften, die für 1495 festgestellt werden konnten, hatten ihren Altar in der Kreuzkirche, die aus der Nikolaikirche der Kaufleute hervorgegangen war. Alexandra-Katrin Stanislaw-Kemenah, *Kirche, geistliches Leben und Schulwesen im Spätmittelalter*, in: Blaschke, *Dresden* (wie Anm. 7), S. 198–246, hier S. 221 und 222 mit den entsprechenden Nachweisen.
- 13 Dilcher, *Gilden* (wie Anm. 3) S. 101.
- 14 Aufschluss darüber geben die bei Otto Richter gedruckten Urkunden aus dem Sächsischen Staatsarchiv / Hauptstaatsarchiv Dresden und dem Stadtarchiv Dresden zur Vorgeschichte der Ratsordnung von 1470 und der Abdruck der Ratsordnung von 1517. Otto Richter, *Verfassungsgeschichte der Stadt Dresden*, drei Bände, Dresden 1885–1891, Band 1, Dresden 1885, S. 351ff. und S. 364–367.
- 15 Zu den Adelsgesellschaften: Andreas Ranft, *Adelsgesellschaft: Gruppenbildung und Genossenschaft im spätmittelalterlichen Reich* (Kieler historische Studien, Bd. 38), Sigmaringen 1994, S. 30.
- 16 Otto Richter, *Die ältesten Innungsordnungen der Dresdner Schuhmacher und Schneider*, in: *Dresdner Geschichtsblätter* 2 (1893), S. 69f.
- 17 Gedruckt bei Otto Richter, *Verfassungsgeschichte* (wie Anm. 14), Band 2, S. 346f.
- 18 *Das älteste Stadtbuch von Dresden 1404–1436* (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, 1), Leipzig 1963, hier S. 193–195.
- 19 Zu den unehrlichen Leuten zählten nicht nur Kriminelle, alleinerziehende Frauen oder unehelich geborene Kinder, sondern auch solche Berufe wie Schäfer, Totengräber, Abdecker und auch das Handwerk der Leineweber. Zum Begriff der unehrlichen Leute vgl. Konstantin Hermann, »Unehrlische Leute« – Ausgrenzungen in der Frühen Neuzeit, in *Armut in der reichen Stadt* (Dresdner Hefte 89), Dresden 2007, S. 15–24.
- 20 Stadtarchiv Dresden, RA, A. CXXIV. 274b, *Aller Handwerker in der Stadt Dresden Innungsartikel und Ordnungen, 1542–1610*, Blatt 73–79.
- 21 Max Flemming, *Das Lehrlingswesen der Dresdner Innungen vom 15. bis zum Ende des 17. Jahrhunderts* (Programm der Annenschule zu Dresden-Altstadt), Dresden 1887, S. 11f.
- 22 Gedruckt bei Richter, *Verfassungsgeschichte* (wie Anm. 14), Band 2, S. 70.
- 23 Dilcher, *Gilden* (wie Anm. 3), S. 109.
- 24 Rudolf Wissel, *Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit*, 2 Bände, 1929, hierzu Band 1, *Die Ordnung in den Zusammenkünften*, S. 412ff.
- 25 Max Flemming, *Die Dresdner Innungen von ihrer Entstehung bis zum Ausgang des 17. Jahrhunderts*, in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte Dresdens*, 12–14 (1896), S. 1–308, hier S. 3.
- 26 CDS, II, 5, Nr. 23.
- 27 Gedruckt bei Richter, *Verfassungsgeschichte* (wie Anm. 14) Band 2, S. 346f.
- 28 Richter, *Verfassungsgeschichte* (wie Anm. 14) Band 2, S. 228.
- 29 Flemming, *Dresdner Innungen* (wie Anm. 25), S. 7.
- 30 Die Arbeit von Max Flemming (wie Anm. 25) kann sicher als Vorarbeit gesehen werden.
- 31 Ausführlicher dazu Igor Jenzen, *Handwerkskunst und Kunsthandwerk*, in: Blaschke, *Dresden* (wie Anm. 7), S. 596–602 und Sieglinde Richter-Nickel, *Handwerk, Manufaktur und Handel*, in: *Geschichte der Stadt Dresden*, Band 2, *Vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zur Reichsgründung*, hrsg. v. Reiner Groß, Stuttgart 2006, S. 69–103.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Spar- und Dar- lehnskasse ...

Zur Geschichte Dresdner Genossenschaftsbanken

Eine Darstellung zur Entwicklung genossenschaftlicher Banken in Dresden hat es bisher nicht gegeben. Obwohl zwischen 1848 und 1952 mehr als 70 derartige Banken in der Stadt gegründet wurden, ist dieses Kapitel der Dresdner Wirtschafts- und Sozialgeschichte bislang ausgeblendet gewesen. Das vorliegende Dresdner Heft gibt erstmals Gelegenheit zu einer zusammenhängenden Beschreibung.¹ Beispielhaft für eine Gesamtentwicklung wird in diesem Text vor allem auf die *Dresdner Volksbank Raiffeisenbank* und deren Geschichte eingegangen.

Genossenschaftliche Banken zwischen 1848 und 1890

Ein erster *Sparverein* wurde in Dresden am 17. Februar 1848 begründet, mit dem Zweck, »unbemittelten Personen Gelegenheit zu geben, kleine Ersparnisse wöchentlich zusammenzulegen u. dafür am Schlusse (...) ihre Einlagen, nach freier Wahl, in barem Gelde, Holz, Kohlen oder Kartoffeln zurückzunehmen«. ² Er wurde vermutlich als gemeinnütziger Verein gegründet, bevor er ab 1898 im Genossenschaftsregister des Dresdner Adressbuches erwähnt wird. Die erste Genossenschaftsbank war wahrscheinlich der *Spar- und Vorschuß-Verein zu Dresden*, der 1858 gegründet wurde.³ Die Kasse befand sich auf der Sophienstraße 7 in einer Privatwohnung. Im Entwurf der Verfassung (Satzung) aus dem Jahre 1862 heißt es: »Der Spar- und Vorschuß-Verein in Dresden ist eine von der Königl. Staatsregierung als Gesamtpersönlichkeit anerkannte Genossenschaft, welche als solche activ und passiv zur Sache legitimiert ist und das Recht nimmt vor dem Königl. Gerichtsam im Bezirksgericht Dresden.«⁴

In den folgenden drei Jahrzehnten bis 1890 werden 12 weitere Genossenschaftsbanken gegründet. Da diese ersten Gründungen nach dem Vereinsgesetz erfolgten, waren die Überlebenschancen nicht sehr groß, denn alle Mitglieder der Genossenschaft mussten bei eventuellen Konkursen oder Ausfällen gemeinschaftlich haften. Erst mit der Beschränkung der Haftpflicht ab 1889 wurde ein wichtiger Schritt für die Öffnung der Banken gegenüber breiteren Bevölkerungsschichten getan und damit ein Anreiz zur Gründung neuer Genossenschaften geschaffen.

Bankengründungen in der Zeit von 1891 bis 1932

Die Bautätigkeit in Dresden war zwischen 1880 und 1900 besonders ausgeprägt. Vor allem Großbauten entstanden, Eisenbahnanlagen, Brücken, öffentliche Gebäude. Die Finanzierungen wurden in der Regel durch Banken realisiert, die in jüdischer Hand waren u. a. *Bondi & Maron* (gegr. 1755), *M. Schie* (gegr. Anfang 19. Jh.), *Philipp Elimeyer* (gegr. 1829), *Gebr. Arnhold* (gegr. 1864). Der Mittelstand konnte kaum an dieser Entwicklung partizipieren, im Gegenteil, es verschwanden »bis zum Ausgang der 1880er Jahre ... etwa ein Drittel der Dresdner Handwerksbetriebe«. ⁵ Diese Umschichtungen beförderten einen latenten Antisemitismus. Der »Feind« war klar erkennbar jüdisches Kapital und dessen »Hintermänner« in Stadt und Land.

Um 1890 drängten nationalistische Kreise verstärkt darauf, mit jüdischen und ausländischen, besonders »slawischen« Banken und Unternehmen keinerlei Geschäfte mehr zu betreiben. Man gab sich betont vaterländisch. »Organisationen wie der Alldeutsche Verband, der Deutschbund, der Verein für das Deutschtum im Ausland, die Deutsche Kolonialgesellschaft ... hatten sich in Dresden fest etabliert. Sie versuchten mit sozialdarwinistischem, antisemitischem, rassistischem und nationalistischem Gedankengut auf das gesellschaftliche Leben in der Stadt Einfluß zu nehmen.« ⁶

Es lag aber für den Mittelstand aus vielen, nicht nur nationalistischen Gründen nahe, sich in den eigenen Reihen umzusehen und eigene Banken zu gründen. Unter anderem entstanden in diesen Jahren die *Handwerker-Genossenschaftsbank für das Königreich Sachsen eGmbH*, die *Dresdner Gewerbebank eGmbH*, die *Dresdner Privatbank* und die *Sächs. Spar- und Creditbank zu Dresden eGmbH*. Insgesamt sind in dieser Zeit vierzehn Bankengründungen nachweisbar, die vor allem der Finanzierung des Mittelstandes dienten.

Dass dabei auf die Rechtsform der Genossenschaft zurückgegriffen wurde, hatte u. a. folgende Gründe:

- Die Gründung einer Genossenschaft ist ein relativ einfacher Vorgang; insgesamt nur sieben Personen (Mitglieder) werden benötigt.
- Es ist kein Grundkapital notwendig, die Mitgliederanteile können niedrig sein und müssen nicht unbedingt sofort in voller Höhe eingezahlt werden.
- Die Kosten für den Geschäftsbetrieb können niedrig gehalten werden (keine eigenen Geschäftsraume notwendig, die Leitung der Genossenschaft konnte ehrenamtlich vorgenommen werden).
- Relativ schnell kann eine Dividende (Gewinn) ausgezahlt werden.
- Haftungsfragen waren klar geregelt.

In dieser »ersten Welle« von Bankengründungen zwischen 1891 und 1908 wurde am 29. September 1891 die *Volksbank zu Dresden – eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung* gegründet. Zum ersten Vorsitzenden des Aufsichtsrates wurde der Medinger Rittergutsbesitzer und Reichstagsabgeordnete Hofrat Dr. Paul Mehnert gewählt. Er war einer der oben angesprochenen Konservativen mit stark antisemitischer Prägung. ⁷ Die Bank existierte bis 1970 (ab 1933 als *Spar- und Kreditbank*, ab 1947 als *Spar- und*



Gebäude der Spar- und Kreditbank, Johannesstraße/ Ecke Johann-Georgen-Allee, um 1925

Kreditbank für Handwerk und Gewerbe Dresden e.G.m.b.H.) und wurde dann zwangs-fusioniert. Sie ist ein Vorgänger der heutigen *Dresdner Volksbank Raiffeisenbank*.

Eine starke »zweite Welle« von Bankengründungen beginnt 1910. Innerhalb von nur fünf Jahren werden 13 neue Genossenschaftsbanken gegründet. Im Vordergrund dieser Aktivitäten standen nun Institutionen, die sich der Finanzierung von Wohnungsbau und Häusern widmeten und damit deutlich zur Stärkung des Dresdner Mittelstandes beitrugen. Dazu gehörten die *Spar- und Hypothekendarlehns-Kasse der Hausbesitzer eGmbH*, der *Spar- und Wohnungsverein eGmbH* und die *Sächsische Bauvereinsbank eGmbH*.

Die »dritte Welle« von Bankengründungen ist aus quantitativer Sicht die erfolgreichste Zeit. Für die Genossenschaften waren die zwanziger Jahre tatsächlich ein »goldenes Zeitalter«. Innerhalb von zehn Jahren gab es 25 Gründungen, davon allein 13 zwischen 1923 und 1926. In diese Zeit fällt auch die Gründung der ersten deutschen evangelischen Genossenschaftsbank, die *Landeskirchliche Kreditgenossenschaft für Sachsen e.G.m.b.H.* (1925), die heute noch existiert.

Nunmehr entdeckten immer mehr Berufsgruppen und Vereine die »Genossenschaft« als sinnvolle Wirtschaftsform und gründen ihre eigene Bank. Beispiele dafür sind die *Spar- und Darlehnskasse des 14. Turnkreises Freistaat Sachsen eGmbH*, die *Spar- u. Darlehnskasse des Verbandes Sächsischer Polizeibeamter E.V. Sitz Dresden eGmbH*, die

Beamtenbank Dresden eGmbH und die *Jungdeutsche Spar- und Darlehnskasse eGmbH* in Dresden.

Eine absolute Besonderheit und ein mutiger Schritt in dieser Zeit war die Gründung der *Freimaurer Spar- und Darlehnskasse eGmbH* am 18.6.1926, obwohl die politische Situation alles andere als günstig war. Die Auflösung der Bank erfolgte dann auch schon am 4. Mai 1933, kurz nach Hitlers Machtübernahme. Für die Logen selbst gab es noch eine Gnadenfrist: Am 31. Juli 1935 kam das Totalverbot.

Die letzte in Dresden nachweisbare Gründung einer Genossenschaftsbank erfolgte 1946. Die *Reichsbahnsparkasse Dresden eGmbH* existierte jedoch nur bis 1952. Insgesamt wurden in rund hundert Jahren in Dresden mindestens 76 Banken gegründet.

Bankenschließungen nach 1930 und nach 1945

Wenn wir von Bankengründungen sprechen, müssen wir auch die Kehrseite der Entwicklung betrachten: Zwangsschließungen, Fusionen, Konkurse, Auflösungen. Die Schließungen 1930 bis 1932 gehen vor allem auf die Weltwirtschaftskrise zurück. Auslöser war der sogenannte »schwarze Freitag« in den USA (eigentlich Donnerstag, der 24. Oktober 1929). Innerhalb von zwei Stunden war der Wert der börsennotierten Unternehmen um elf Milliarden Dollar gefallen. Zwar versuchten Banken, mit Stützungskäufen diese Entwicklung aufzuhalten, aber die Baisse setzte sich in den folgenden Wochen unvermindert fort. Auch in Europa brachen daraufhin die Aktienmärkte zusammen. Das Vertrauen vor allem der Kleinanleger in die Geldmärkte war nachhaltig erschüttert. Viele Mitglieder traten aus ihren Genossenschaften aus und zogen Anteile und Spargelder zurück. Das wenige Ersparte wurde kaum noch zu den Banken gebracht. Das Geld »unter dem Kopfkissen« und der »Sparstrumpf« hatten Konjunktur. In Dresden schlossen in diesen Jahren zehn Genossenschaftsbanken.

Die nächste Zäsur für den Genossenschaftsgedanken war die Gleichschaltung in der Gesellschaft und die bedingungslose Einführung des »Führer- und Gefolgschaftsprinzips« nach dem Machtantritt von Hitler. Die Grundsätze von Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung standen nur noch auf dem Papier. Nach 1935 wurden die Satzungen vieler Genossenschaften auf die neue politische Situation ausgerichtet und entsprechend

Tabelle 1: Bankengründungen in Dresden
(1848–1946)

Zeitraum	Anzahl
1848–1889	14
1891–1908 (1. Welle)	14
1910–1914 (2. Welle)	13
1915–1922	4
1923–1932 (3. Welle)	25
1933–1946	6
Gesamt	76

Tabelle 2: Auflösungen von Banken
(1874–1970)

Zeitraum	Anzahl
1874–1889	6
1890–1929	15
1930–1945 (1. Welle)	23
1946–1952 (2. Welle)	20
1970	1
nicht zuordenbar	9
Gesamt	74



Schalterraum der Vereinsbank, 1935

den geltenden NS-Gesetzen neu formuliert. Mitglieder konnten nur noch »Einzelpersonen, die im Besitz bürgerlicher Ehrenrechte und nicht Juden im Sinne von § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (RGBL. I, S. 1333) sind«,⁸ werden. Vielfach wurden aber schon vor 1935 Juden und andere unerwünschte Personen aus den Genossenschaften ausgeschlossen, um den neuen Machthabern in vorauseilendem Gehorsam zu gefallen. Viele Genossenschaften lösten sich aber auch von allein auf, die bestehenden wurden nur noch geduldet.

Der letzte und einschneidendste Zeitraum von Bankschließungen folgte in den Jahren nach 1945, vor allem von 1949 bis 1952. In dieser Zeit wurden insgesamt 20 Banken geschlossen. Die Ursachen der Liquidierungen lagen klar im rigorosen Kurs der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in den Nachkriegsjahren sowie in der Politik der 1949 gegründeten DDR. Nach 1950 wurde auf die letzten bestehenden Banken innerhalb kurzer Zeit nochmals besonders Druck ausgeübt und die »Verordnung über die Gründung der Sächsischen Landesbank« vom 14. August 1945 restriktiv angewendet, in der die Schließung noch bestehender Banken zugunsten der Landesbank angeordnet worden war. Obwohl sich die DDR als ein souveräner Staat verstand, »versteckte« man sich hinter einem SMAD-Befehl aus dem Jahr 1945. Die Geschicke des Landes wurden unverändert von anderer Stelle aus gelenkt.

Das genossenschaftliche Bankenwesen stand in der gesamten DDR »auf der Kippe«. In Dresden existierten nach 1952 nur noch drei Banken. Neugründungen wurden, im Gegensatz zum gewerblichen Bereich und zur Landwirtschaft, nicht mehr zugelassen. In der nunmehr sozialistischen Wirtschaft wurden »Güter und Dienstleistungen zwar von einem Finanz- und Geldstrom begleitet, dieser kann aber allgemein als passiv charakterisiert werden. Denn das Finanzsystem erfüllte nur Verrechnungs- und Buchführungsfunktionen und hatte selbst keinen Einfluss auf die Wirtschaftsprozesse. Die

Werbung für die Vereinsbank,
um 1942



Der beste Baugrund

Ein Sparbuch!

Sparer!

Spart bei uns!

Der beste Baugrund

zur Dorflege für die heranwachsende Jugend,
(Ausbildung, Konfirmation, Aussteuer, Ferien-, AdS- und Wanderfahrten u/ä.)

zur Gründung eines eigenen Heims für junge Eheleute,

zur Sicherung des Alters,

zu Hausbau oder Hausverkauf sowie

zur Förderung der Arbeits- und Kreditbeschaffung

ift ein Sparbuch

Wer monatlich 10 RM spart, besitzt			
nach	aus Gesamt-Einzahlungen von RM	bei jährlicher Verzinsung mit 3% RM	was einen Zinsgewinn ergibt von RM
5 Jahren	500.-	646.65	146.65
10 "	1 200.-	1 396.30	196.30
15 "	1 800.-	2 265.35	465.35
20 "	2 400.-	3 272.81	872.81
30 "	3 600.-	5 794.68	2 194.68

Monatliche Einzahlungen von 5 RM ergeben die Hälfte, solche von 20 RM das Doppelte, 30 RM das Dreifache u/ä.

Finanz- und Bankinstitutionen spielten (...) keine wesentliche Rolle. Es entstand dadurch eine Vorherrschaft des Prinzips der Finanzhilfe durch den Staat und nicht der Selbsthilfe, welches die Grundlage eines genossenschaftlichen Bankensystems hätte bilden können.«⁹ Zudem war die Eigenkapitalausstattung zu gering und die Banken waren »instrumental in die staatliche Finanz- und Geldpolitik eingebunden. Die Geschäftspolitik der Banken war durch die Politik des Staates vorgegeben.«¹⁰

Hausbesitzer-Vereinsbank –

Vorläufer der heutigen Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

In die Zeit der »zweiten Welle« von Bankgründungen fällt die Gründung der *Hausbesitzer-Vereinsbank eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht* durch zwölf Hausbesitzer am 17. September 1910.¹¹ Der Bankbetrieb wurde am 15. Dezember gleichen Jahres aufgenommen. Erster Aufsichtsratsvorsitzender wurde Carl Schümichen, Vorsitzender des Dresdner Hausbesitzervereins und Reichstagsabgeordneter. Als Geschäftsräume konnten die Räume des Hausbesitzervereins in der Marienstraße 36 genutzt werden. Ein Jahr nach der Gründung wurden bereits 157 Mitglieder gezählt.¹² Am 7. Januar 1921 wurde die Bank in *Vereinsbank zu Dresden e.G.m.b.H.* umbenannt.

Die Entwicklung der Bank in den folgenden drei Jahren war turbulent. Am Ende der Inflationszeit betrug die Bilanzsumme 17,4 Milliarden, genau 17 450 421 584 000 000 Papiermark, das waren schließlich noch 336 000 Goldmark. Damit begann ein neuer Start. Nach einer kurzen Stagnationsphase um 1932 folgte eine fast zehnjährige Aufwärtsentwicklung. Das »Führer- und Gefolgschaftsprinzip« musste auch in der Vereinsbank eingeführt werden. Nur mit dieser Anpassung gelang das Überleben der Genossenschaft in den folgenden Jahren. Die Bilanzsumme stieg gleichwohl von 6,4 Mio Reichsmark 1933 auf über 21 Mio. Reichsmark am Jahresende 1944. Dass der ausbre-

chende Weltkrieg auch an der Bank nicht spurlos vorüber ging, zeigt der Bericht des Vorstandes 1940. »Die vermehrten Einberufungen von Arbeitskameraden zum Kriegsdienst und damit das Fehlen vieler langjährig geschulter Mitarbeiter haben wir durch Einstellung weiblicher Kräfte auszugleichen versucht ...«¹³

Die Zeit nach 1945

Am 13. Februar 1945 wurde die Zentrale der Bank zerstört. Die Geschäftstätigkeit konnte jedoch in einer der unzerstörten Filialen fortgeführt werden, bevor am 23. Juli 1945 durch den SMAD-Befehl Nr. 10 (Bankenschließungsverordnung) alle Bankguthaben beschlagnahmt und die Vereinsbank geschlossen wurde. Erst am 7. Dezember 1945 konnte die Geschäftstätigkeit, wahrscheinlich in der Georgenstraße 3, wieder aufgenommen werden. Eine Namensänderung in *Vereinsbank für Handwerk und Gewerbe zu Dresden e.G.m.b.H.* erfolgte am 21.8.1947. Das Filialnetz der Bank wurde langsam erweitert. Nach 1950 sind Außenstellen in Plauen (Plauenscher Ring 29) und der Altstadt (Wiener Straße 53) nachweisbar. 1954 gehören die Zahlstellen Wasastraße 7 und Schlachthofring 2 sowie die Annahmestellen Leipziger Straße 85 (schon seit 1927), Schandauer Straße 63 und das »Haus des Handwerks« am Postplatz zur Bank. Letztere wurde 1957 aufgegeben und eine neue Zahlstelle in der Kesselsdorfer Straße 58 eröffnet.

Bis Anfang der 1970er Jahre stand bei der Kontenführung Handarbeit im Vordergrund, ehe mit der Umstellung auf elektronische Datenverarbeitung um 1972 alle Abläufe schneller und effektiver wurden. Die Bearbeitung erfolgte in zentralen Rechenzentren über den Großrechner R300 von Robotron. In den 1980er Jahren kam dann die Umstellung auf das ESER-System.¹⁴

Am 1.1.1970 erfolgte die Verschmelzung mit der *Spar- und Kreditbank für Handwerk und Gewerbe Dresden e.G.m.b.H.* zur *Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe Dresden e.G.m.b.H.* Die ehemalige Hauptstelle der fusionierten Bank auf der Bautzner Straße 39 wurde als Nebenstelle eingegliedert. »Entsprechend der Entwicklung unserer Wirtschaft in der DDR ... nehmen nunmehr die Genossenschaftsbanken einen festen Platz im einheitlichen Finanzsystem ein«¹⁵, so hieß es 1970. Doch bereits vier Jahre später musste die Bank ihren Namen erneut korrigieren und sich *Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Republik Dresden* nennen und entsprechend dem »Musterstatut für Gewerbebanken« vom 9. Februar 1970 als »sozialistische Genossenschaftsbank« fungieren. Vorstand und Aufsichtsrat wurden abgeschafft, Direktor und Genossenschaftsrat eingeführt. Der Direktor war allein vertretungsberechtigt, wobei er die Vorstellungen und Vorgaben des Genossenschaftsrates durchzusetzen hatte. Neu hinzu kam eine Revisionskommission.

Wie weit die Bevormundung des Staates ging, geht daraus hervor, dass in das Musterstatut beiläufig ein Satz eingefügt wurde: »In den Genossenschaftsrat delegiert der Rat der Stadt einen geeigneten Vertreter, der an den Beratungen teilnimmt.«¹⁶ Der Genossenschaftsgedanke wurde immer weiter zurückgedrängt, im Mittelpunkt standen Kollektivierung und Kontrolle durch den Staat. Die rigorosen Einschränkungen, die in diesen Jahren privates Handwerk und Gewerbe erfahren mussten, hatten auch Auswirkungen

auf ihre Bank. Nach der ersten großen Kollektivierung im August 1955 wurden 1972 nochmals 1700 Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) verstaatlicht. Den nun volkseigenen Betrieben wurde verboten, ihre Konten bei genossenschaftlichen Banken zu unterhalten. Die weiter bestehenden PGH durften keine Lohnarbeiter einstellen und waren nur noch im Dienstleistungsbereich tätig. Im gleichen Jahr traten für privat geführte Betriebe Begrenzungen der Beschäftigtenzahl auf zehn Mitarbeiter in Kraft. Größere Firmen wurden verstaatlicht.

Kreditausreichungen an Privatpersonen wurden in frühen DDR-Zeiten zwar geduldet, aber es bestand in der Mangelgesellschaft kaum Bedarf. Nach 1972 durften mit wenigen Ausnahmen, für die die Sparkassen zuständig waren, keine Privat-Kredite mehr ausgegeben werden. Die Entwicklung im Kreditbereich ging also nur noch über Darlehen für Firmen. Den größten Posten nahmen die Umlaufmittelkredite ein, gefolgt von den Grundmittelkrediten. Von 1971 bis 1988 nahmen diese Kredite um rund 67 Prozent zu. Im Gegensatz dazu konnten die privaten Spareinlagen um 269 Prozent zulegen.¹⁷

Vorgeschrieben wurde ebenfalls, dass die freien Gelder der Bank nur bei der Staatsbank, zu einem genau festgelegten Zinssatz, angelegt werden durften. Die Genossenschaftsbanken erhielten jedoch 0,5 Prozent Zinsen weniger als alle anderen Kreditinstitute. Im »Gegenzug« wurde durch den Staat bei der Gewinnbesteuerung kräftig abkassiert. Die Gewinnsteuer betrug 1972 40 Prozent und erhöhte sich bis 1986 auf 67 Prozent. Auch bei der Gewinnausschüttung an die Mitglieder der Genossenschaftsbank gab es staatliche Vorgaben: maximal 4 Prozent pro Jahr. Im Giro- und Sparbereich wurden einheitliche Zinssätze eingeführt und nur noch das Sparbuch zugelassen. Es ging so weit, dass Sparguthaben mit dem gleichen Zins von 3,00 Prozent (später 3,25 Prozent) verzinst wurden wie die täglich verfügbaren Girokonten.

1968 wurde die genossenschaftliche Bank aus Radeburg mit Dresden zwangsfusioniert, 1980 erfolgte die staatlich verordnete Fusion mit der *Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Republik Freital*.

Bereits ab Mitte der 1980er Jahre wurden, zuerst in den Sparkassen, auch in der DDR Geldkarten eingeführt.¹⁸ Auf Guthabenbasis konnten täglich Beträge bis zu 500 Mark abgehoben werden. Ab Sommer 1987 durften auch Kunden der Genossenschaftsbanken eine Karte erhalten. Eigene Automaten gab es für sie jedoch nicht, in Dresden konnten die Automaten der Stadtparkasse kostenlos genutzt werden. Auch die Beantragung und Ausgabe der Karten wurde zentral über die Stadtparkasse organisiert.¹⁹ Die Kartengebühr betrug 10 Mark. Die Nutzung erfolgte mit einem vierstelligen »Persönlichen Bank-Code«, der vom Kontoinhaber festgelegt und bei Ausgabe der Karte selbst über Tastatur/Computer gespeichert wurde.

Am 15. Mai 1990 wurde die Genossenschaftsbank in *Volksbank Dresden eG* umbenannt. Die (DDR)-Mark-Schlussbilanz per 30.6.1990 betrug 541 Millionen. Die Bank hatte 1360 Mitglieder und rund 20 000 Kunden, die von 120 Mitarbeitern betreut wurden. Einen Tag später wurde die Eröffnungsbilanz in DM mit 308 Millionen festgelegt.

Für einen modernen Bankbetrieb wurden die Räume in der Georgenstraße 6 beizeiten zu klein. Mit der Villa Eschebach fand man in unmittelbarer Nähe ein neues Domi-



Volksbank Dresden in der Villa Eschebach am Albertplatz, Foto Sylvio Dittrich, 1998

zil. Grundsteinlegung war am 15. November 1995, Richtfest am 26. Juli 1996. Nach einer Bauzeit von rund 1 ½ Jahren erfolgte die Einweihungsfeier am 21. Juni 1997 im Beisein des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Prof. Kurt Biedenkopf. Bereits eine Woche vorher nahmen die Dresdner »ihre« Villa Eschebach wieder in Besitz. Über 10 000 Besucher betrachteten bei einem »Tag der offenen Tür« die neue Bank.

Bereits der Erbauer des großzügigen Gebäudes, der Fabrikant C.A. Emil Eschebach (1842–1905), hatte den Wintergarten seiner Villa als Galerie für zeitgenössische Gemälde errichtet. Diese Tradition des Hauses wurde wieder aufgenommen und die Ausstellungsreihe »Kunst in der Villa Eschebach« installiert. Mittlerweile sind die Ausstellungen über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und ziehen als ein fester Ort für regionale Kunst viele Besucher an. Wesentlich waren u. a. die Ausstellungen von Vinzenz Wanitschke, Gerhard Kettner (die Eröffnungsrede hielt der Bundeskanzler Gerhard Schröder), Angela Hampel, Curt Querner, Wilhelm Lachnit oder Gerda Lepke.

Am 1. Januar 2001 erfolgte die Verschmelzung der *Dresdner Raiffeisenbank eG* mit der *Volksbank Dresden eG* zur *Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG*. Die Bank in ihrer heutigen Struktur hat eine Bilanzsumme von 720 Millionen Euro und unterhält neben dem Hauptsitz Villa Eschebach noch neun Filialen in Dresden sowie je eine in Altenberg, Dippoldiswalde, Freital, Glashütte, Kesselsdorf, Radebeul, Radeburg und Wilsdruff sowie sechs SB-Center. Rund 220 Mitarbeiter und 20 Auszubildende arbeiten heute in diesem erfolgreichen Unternehmen.

Anmerkungen

- 1 Die vorliegende Arbeit basiert auf einem unveröffentlichten Manuskript des Autors zu genossenschaftlichen Banken in Dresden.
- 2 Adreß- und Geschäftshandbuch Dresden 1858, S. 99.
- 3 Vgl. »Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer Dresden 1863«, Druck von E. Heinrich, Dresden, 1864, S. 36.
- 4 Vgl. dazu Advocat Moritz Engel »Entwurf zu einer Verfassung für den Spar- und Vorschuß-Verein zu Dresden«, Dresden, 1862.
- 5 Holger Starke »Von den Gründerjahren zur Hochindustrialisierung«, S. 59 in »Geschichte der Stadt Dresden«, Konrad Theiss Verlag GmbH, Stuttgart, Band 3, 2006.
- 6 »DRESDEN – Die Geschichte der Stadt«, Junius Verlag GmbH, 1. Auflage Dresden 2002, Herausgeber: Dresdner Geschichtsverein e.V., S. 188 (Text: Gerald Kolditz).
- 7 Der Wirkl. Geh. Rat Dr. jur. Dr. med. h.c. C. Paul Mehnert war u. a. ab 1911 Vorsitzender der Vereinigung »Konservativer Landesverein in Sachsen«.
- 8 Vgl. dazu beispielhaft Genossenschaftsregister der Sächsischen Bauvereinsbank eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Dresden (Amtsgericht Dresden), Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Nr. 1550, S. 159 ff.
- 9 J. Laurinkari »Genossenschaftswesen«, R. Oldenbourg Verlag München Wien, 1990, S. 543.
- 10 Ebenda.
- 11 Vgl. Denkschrift »25 Jahre Vereinsbank zu Dresden 1910/1935«, Dresden 15. 12. 1935, S. 3f.
- 12 Ebenda, S. 4f.
- 13 Siehe dazu: »Geschäftsbericht der Vereinsbank zu Dresden«, Dresden, 1941, S. 5 (Archiv Dresdner Volksbank Raiffeisenbank, im Folgenden als DDVRB abgekürzt).
- 14 R300 (Kombinat ROBOTRON) war ein »Großrechner«, der u. a. mit Lochkarten und Magnetbändern gesteuert wurde. Die Kapazität des Hauptspeichers betrug 40 000 Zeichen. Heute haben Handys mehr Funktionen und Speicherplatz als der R300, der damals ungefähr eine Fläche von 20 m² einnahm und durch drei bis fünf Mitarbeiter bedient wurde; ESER = Einheitliches System Elektronischer Rechner wurde 1969 gegründet und ab etwa 1973 in vielen Ländern des RGW eingeführt, es war die »Antwort« auf westliche Rechnersysteme (z. B. IBM/370) (Archiv DDVRB).
- 15 Einladung zur Jahreshauptversammlung der Genossenschaftsbank am 27. Mai 1970, S. 4, (Archiv DDVRB).
- 16 Ebenda, S. 5.
- 17 Vgl. Geschäftsberichte der Genossenschaftskasse, Dresden, 1950–1990 (Archiv DDVRB).
- 18 Vgl. »Vorläufige Bedingungen für die Nutzung der Geldkarte der Geld- und Kreditinstitute der DDR«, Staatsbank der DDR, Faltblatt, Berlin 27. August 1984 (Archiv DDVRB).
- 19 Interne Dienstanweisung der Genossenschaftskasse Dresden, 23. 6. 1987 (Archiv DDVRB).

Weiterführende Literatur

Broschüre »Villa Eschebach – Hauptsitz der Volksbank Dresden eG«, Herausgeber: Volksbank Dresden eG, Dresden 1997.

Genossenschaftsregister Jahrgänge 1873 bis 1958 (Amtsgericht Dresden), Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden.

Adreßbücher der Stadt Dresden, 1842–1943/44.

DRESDEN – Die Geschichte der Stadt, Junius Verlag GmbH, 1. Auflage Dresden 2002, Herausgeber: Dresdner Geschichtsverein e.V.

Geschichte der Stadt Dresden, 2006, Konrad Theiss Verlag GmbH, Stuttgart, Band 3, herausgegeben von Holger Starke.

Hinweis

Alle verwendeten Banknamen wurden kursiv geschrieben und entsprechen der Eintragung im Genossenschaftsregister. Umgangssprachlich, in der Werbung oder Zeitungsberichten wurden teilweise andere Namen verwendet (Beispiel: Eintrag im Register: Vereinsbank für Handwerk und Gewerbe zu Dresden e.G.m.b.H., Umgangssprachlich: Vereinsbank oder Vereinsbank für Handwerk und Gewerbe).

Beispiele des genossenschaftlichen Wohnungsbaus im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts in Dresden

1849 bis 1910 – Die Wohnverhältnisse in der Stadt

Wie in vielen europäischen Städten war es besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in Dresden zu einem bis dahin nicht gekannten sprunghaften Anstieg der Bevölkerung gekommen. Die Zahl der Bewohner Dresdens stieg von 94 092 im Jahre 1849 auf 548 308 Bewohner im Jahre 1910.¹ Das bedeutete einen Bevölkerungszuwachs um nahezu das Sechsfache innerhalb eines halben Jahrhunderts. Dadurch entstand im gleichen Zeitraum eine massive Überbelegung des vorhandenen Wohnraumes, und die Wohndichte stieg, je nach Stadtgemeinde, um das Doppelte – in der Pirnaischen Vorstadt sogar bis zum Achtfachen.² Ursachen dafür waren die sich rasch entwickelnden Industriestandorte mit einem steigenden Bedarf an Lohnarbeitern, die sich aus dem Umland rekrutierten. Die Wohnverhältnisse, vor allem die der Lohnarbeiter, nahmen katastrophale Verhältnisse an. Das Wohnungsproblem war für sie zu einer existentiellen Grundsatfrage geworden. Auf den Vereinstagen deutscher Arbeitervereine wurde »zur Befriedigung des Wohnbedürfnisses und zur Abwendung sozialer Schäden Hilfe durch Selbsthilfe als erfolgreichstes Mittel« angesehen.

Das Genossenschaftsgesetz von 1889

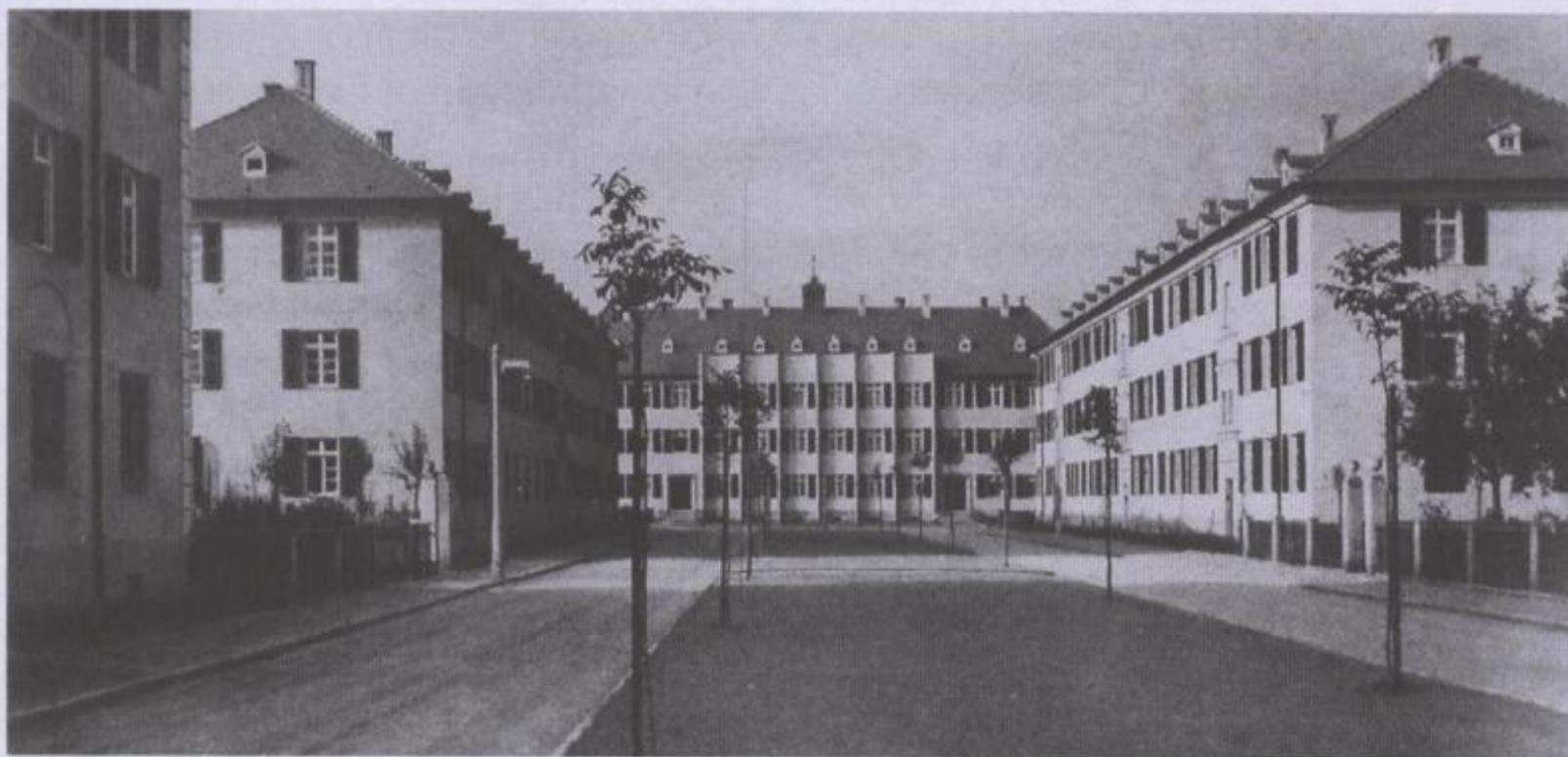
Im 19. Jahrhundert war die rechtliche Ordnung des Genossenschaftsrechts ein Politikum ersten Ranges.³ So war es erst nach langjährigen Auseinandersetzungen im Deutschen Reichstag gelungen, das »Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889« – auch 2. Genossenschaftsgesetz genannt – zu verabschieden. Bei einem zügellosen Wirtschaftsliberalismus und einer repressiven konservativen Innenpolitik Bismarcks gegenüber den Genossenschaftspionieren wurde erst sechs Jahre nach dem Tod des Hauptakteurs des ersten Genossenschaftsgesetzes, Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883), und nach Aufhebung der Sozialistengesetze dieses ergänzte Genossenschaftsgesetz verabschiedet. Danach war eine Baugenossenschaft im rechtlichen Sinne als Wirtschaftsunternehmen handlungsfähig, wenn eine Eintragung im Genossenschaftsregister beim zuständigen Amtsgericht erfolgte. Von Bedeutung war, dass jetzt die beschränkte Haftung zugelassen wurde, d. h. die Genossenschaftsmitglieder brauchten im Falle einer Insolvenz nicht mehr mit ihrem Besitz, sondern nur noch mit ihrem eingebrachten Genossenschaftsanteil zu haften. Mit der Verabschiedung des »Invalidi-

täts- und Altersversicherungsgesetzes« von 1889 war die größte Schwierigkeit, die Kapitalbeschaffung durch die Gewährung langfristiger Darlehen der Versicherungsanstalten, weitgehend überwunden. Im folgenden Jahrzehnt stieg im gesamten Deutschen Reich die Zahl von Genossenschaften ständig.

1898 – Die erste Baugenossenschaft als Wegbereiter

Für die Gründung von Baugenossenschaften in Dresden zu Beginn des 20. Jahrhunderts nannte der Baumeister Wilhelm Trummel folgende Ursachen: »Der Anlass ... war die Erkenntnis, dass die unverkennbar vorhandene Wohnungsnot, insbesondere an kleinen Wohnungen für die minderbemittelten Volksschichten, wegen des Entgegenstehens privater Interessen von den in damaliger Zeit für die Wohnungsherstellung fast ausschließlich in Frage kommenden Boden- und Bauspekulanten niemals behoben werden würde. Aus diesen Ursachen wurde die Entstehung einer Anzahl von Baugenossenschaften stark gefördert, da deren Mitglieder es vorzogen, den ständigen Mietpreiserhöhungen und den bis ins kleinste einseitig zu Gunsten des Hauswirtes ausgetüftelten sogenannten »Mietverträgen« zu entgehen und unter Gleichgesinnten ruhig und friedlich zu wohnen.«⁴

So wurde in Dresden im Jahre 1898 als erste Baugenossenschaft der Dresdner Spar- und Bauverein gegründet. In den Anfangsjahren wählten ihre Mitglieder einflussreiche bürgerliche Persönlichkeiten Dresdens in den Vorstand und Aufsichtsrat. Sozial und wirtschaftlich denkend, vor allem aber mit fachlicher Kompetenz, setzten sie sich für den Aufbau der Genossenschaft als selbständiges Wirtschaftsunternehmen ein. In den folgenden Jahren wurden sie Schrittmacher dieser Entwicklung. Noch im Gründungsjahr waren von dem in Liquidation befindlichen »Dresdner Bauverein für Arbeiterwohnungen« in der Gemeinde Kaditz acht bescheidene Einfamiliendoppelhäuser sowie Bauland an der Leipziger Straße / Kolbestraße übernommen worden, auf dem 1899 das



Gruna, Blick in die Gartenheimallee um 1927, Wohnungsgenossenschaft Aufbau Dresden eG

erste genossenschaftliche Wohngebäude Dresdens mit 22 Wohnungen errichtet werden konnte.

Nach der Einführung des Allgemeinen Baugesetzes für das Königreich Sachsen gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch, Abschnitt Erbbaurecht, im Jahre 1900 wurde durch das Aufsichtsratsmitglied Amtsgerichtspräsident Dr. A. Becker nach langwierigen Verhandlungen erreicht, dass das Deutsche Reich erstmals im Jahre 1902 mit dem Dresdner Spar- und Bauverein einen Erbbauvertrag schloss. Er wurde richtungweisend für das gesamte genossenschaftliche Bauen in Sachsen. Durch diesen Vertrag war es möglich, in der Gemeinde Löbtau Bauland zu erwerben und umgehend das erste große Bauvorhaben in Dresden zu beginnen. So entstanden unter Mitwirkung des Vorstandsmitglieds Regierungsbaurat Heinrich Koch nach Entwürfen der Architektenfirma Schilling & Graebner zwischen 1903 und 1905 am heutigen Ebertplatz 301 Kleinwohnungen in einer geschlossenen Wohnbebauung mit einem großzügig gestalteten Innenhof. Sowohl bei der städtebaulichen Lösung als auch bei den verschiedenen Grundrisslösungen der Wohnungen wurden erstmals neue Wege beschritten. Im Innenhof wurde auf die in der Bauordnung von 1905 maximal zulässige Überbauung bewusst verzichtet. Stattdessen wurden großzügige gemeinschaftliche Hof- und Grünanlagen sowie Kinderspielplätze vorgesehen. Ebenso verzichtete man auf monumentale Fassadengestaltung entlang der Straßenfronten. Leider wurde diese Wohnanlage im Februar 1945 total zerstört.

Mit den praktischen Erfahrungen bei der Planung weiterer Kleinwohnungsbauten konnten Vertreter der Genossenschaft und des städtischen Bauamtes auf dem »III. Internationalen Kongress über Wohnungshygiene« im Oktober 1911 in Dresden bereits über ihre Erfahrungen auf dem Gebiet des Kleinwohnungsbaus berichten. In seinem Grundsatzerferat erhob Koch Forderungen zur Verbesserung im Kleinwohnungsbau und der Wohnungshygiene, die er in seinen »Leitsätzen« im Einzelnen formulierte.⁵ Hierzu gehörten unter anderem:

- Beseitigung von Wohnungen in Hinterhöfen und Kellergeschossen.
- Die Wohnungsmiete muss für den minderbemittelten Arbeiter erschwinglich sein.
- Die Belichtung aller Wohnräume ist durch unmittelbar ins Freie führende Fenster zu realisieren.
- Die Belüftung der Wohnung (Querlüftung) ist zu gewährleisten.
- Die Aborte (seit 1905 bei Neubauten nur noch mit Wasserspülung zugelassen) sollen nicht mehr am Zwischenpodest, sondern innerhalb der Wohnungen liegen.

Ab 1918 kam es zu einer Übereinkunft zwischen dem Dresdner Spar- und Bauverein und der neu gegründeten Baugenossenschaft Bauverein Gartenheim, die in den folgenden Jahren zum Bau von zwei zusammenhängenden Wohnanlagen führte, die heute zu den schönsten und größten der Stadt gehören und eine neue Wohnkultur förderten. Wie im folgenden Abschnitt genauer beschrieben, war mit der Bearbeitung der gesamten Planung für beide Wohnanlagen in der Gemeinde Gruna der Architekt Paul Beck beauftragt. Die Baumaßnahmen begannen erst 1924 (die des Bauvereins Gartenheim 1919) und waren 1928 mit dem Bau von 578 Wohnungen einschließlich der Hausgärten sowie einem Gemeinschaftshaus abgeschlossen. Sie weisen deshalb eine Reihe von

Gruna, Lange Zeile
um 1927, Wohnungs-
genossenschaft
Aufbau Dresden eG



Unterschieden auf. So führten z.B. die gestiegenen Preise des Baulandes und der Baustoffe zum Bau dreigeschossiger Wohnbauten und zur Anwendung von Mansard-Dächern mit ausgebauten Dachgeschossen.

1917 – Gründung des Bauvereins Gartenheim

Wegen begrenzter Möglichkeiten der Betriebserweiterungen innerhalb des Stadtgebietes verlagerten expandierende Kleinbetriebe ihre Produktion mit Weitblick in die damaligen Stadtrandgemeinden Striesen und Gruna, so dass hier innerhalb weniger Jahre moderne Fertigungsstätten der Fotoindustrie, Fotopapierherstellung und der Zigarettenfabrikation entstanden. Bei der erkennbaren Wohnungsnot wurde auf Initiative und unter Mitwirkung des Stadtbaudirektors Max Oertel als dritte Baugenossenschaft Dresdens im Kriegsjahr 1917 der Bauverein Gartenheim gegründet. Lediglich durch den Grunaer Landgraben getrennt, errichteten sowohl der Bauverein Gartenheim (ab 1919) als auch der Dresdner Spar- und Bauverein (ab 1924) eine in sich geschlossene Wohnanlage, die sowohl zu den schönsten wie auch den größten der Stadt gehören. Die beabsichtigte Geschlossenheit der Gesamtanlage wurde durch die Bearbeitung des Gesamt-Bebauungsplans für die vorstädtische Wohnanlage in der Gemeinde Gruna durch den Architekten Paul Beck in den Jahren 1918/19 erreicht, dessen Bestätigung in der Form von zwei Teilbebauungsplänen sowie die Bereitstellung von städtischem Erbpachtgelände für beide Genossenschaften im Jahre 1919 zugrunde lag. Paul Beck erhielt danach außerdem, von beiden Genossenschaften gesondert, den Auftrag zur Erarbeitung sämtlicher Entwürfe und Ausführungsunterlagen. Die Baumaßnahmen begannen im Herbst 1919 und wurden – unterbrochen durch Inflationsjahre 1922 bis 1924 – im Jahr 1926 abgeschlossen.



Gruna, Blick in die Zschirnsteinstraße, Wohnungsgenossenschaft Aufbau Dresden eG (heutiger Zustand), Foto Löwel

Die Veränderung der Auffassungen über die »Lösung der Aufgabe einer Gartenstadtanlage« beschreibt Max Oertel um 1922: »Die Siedlung Gartenheim im landschaftlich schönen Elbtalgelände in der Vorstadt Gruna (...) in unmittelbarer Nähe des städtebaulich schönen Großen Gartens gelegen, mit dem prachtvollen Ausblick nach den Loschwitzer Höhen, der Sächsischen Schweiz und der Erzgebirgskette, bedeutet die Lösung der Aufgabe einer Gartenstadtanlage sowohl in wirtschaftlicher, wohnungskultureller als auch in baukünstlerischer Hinsicht.«

Diese Wohnanlage in ihrer Geschlossenheit, ihrer vorbildlichen städtebaulichen Raumwirkung, mit dem Grün der Gehölze in den Gartenanlagen vermittelt das Gefühl der Ruhe und Geborgenheit. Sie wird noch hervorgehoben durch die langen Wohnzeilen entlang der beiden Hauptstraßen, die die Siedlung begrenzen, sowie die kurzen Zufahrtstraßen, die alle zu einem der drei Brunnen-Plätze führen. Sie wurde auch gewahrt durch die Einheitlichkeit und Gleichheit der angewandten Materialien, beispielsweise die Verwendung von Sandstein im Sockelbereich der Gebäude und als Türgehänge der Hauseingangstüren, des Weiteren durch die Wahl eines einheitlichen Außenwandputzes mit unterschiedlichen Gestaltungselementen und Anstrichen von Außentüren und Fensterläden. Die Bauformen sind durchgehend in der sachlichen Linie der Werkform, einfach und schlicht unter größter Zurückhaltung gestaltet. Die Dächer wurden grundsätzlich als Walmdächer ausgebildet, wobei ausgebaute Dachgeschosse



Blick von der Wilschdorfer Straße zum Niederauer Platz, 1930. Vorn Siedlergärten des Heimstättenvereins Dresden Nord-West, hinten Sächsische Wohnungsgenossenschaft Dresden eG

eine Ausnahme bilden. Die vorwiegend zweigeschossigen Wohnbauten wurden im Inneren der Anlage durch kleine Ladenbauten ergänzt für Einkäufe des täglichen Bedarfs. In den folgenden Jahren wurden die beiden sorgfältig gestalteten Wohnanlagen mit einer Vielfalt von Formen kennzeichnend für den gesamten genossenschaftlichen Kleinwohnungsbau. Beide Wohnanlagen zusammengefasst gehören seit 1976 bzw. 1980 zur Wohnungsgenossenschaft Aufbau Dresden eG.

1910 – Gründung des Kleinwohnungs-Bauvereins

Erst zwölf Jahre nach Gründung des »Dresdner Spar- und Bauvereins« wurde in der Stadt der »Kleinwohnungs-Bauverein« im Genossenschaftsregister eingetragen und konnte auch nach heutigen Maßstäben sehr schnell mit Erfolgen aufwarten. Nach Erwerb eines Baugeländes an der Junghansstraße in Striesen wurden hier die sogenannten »König-Friedrich-August-Häuser« mit ehemals 124 Wohnungen nach den Plänen des Architekten Theodor Richter gebaut. Bereits neun Monate nach Baubeginn wurden die ersten Wohnungen an die Bewerber übergeben. Nach zeitgenössischen Berichten soll nach einem Vortrag ein Modell dieser Häusergruppe noch für einige Wochen in der Städtischen Kunstgewerbeschule ausgestellt worden sein – ein großer Erfolg für die junge Genossenschaft.

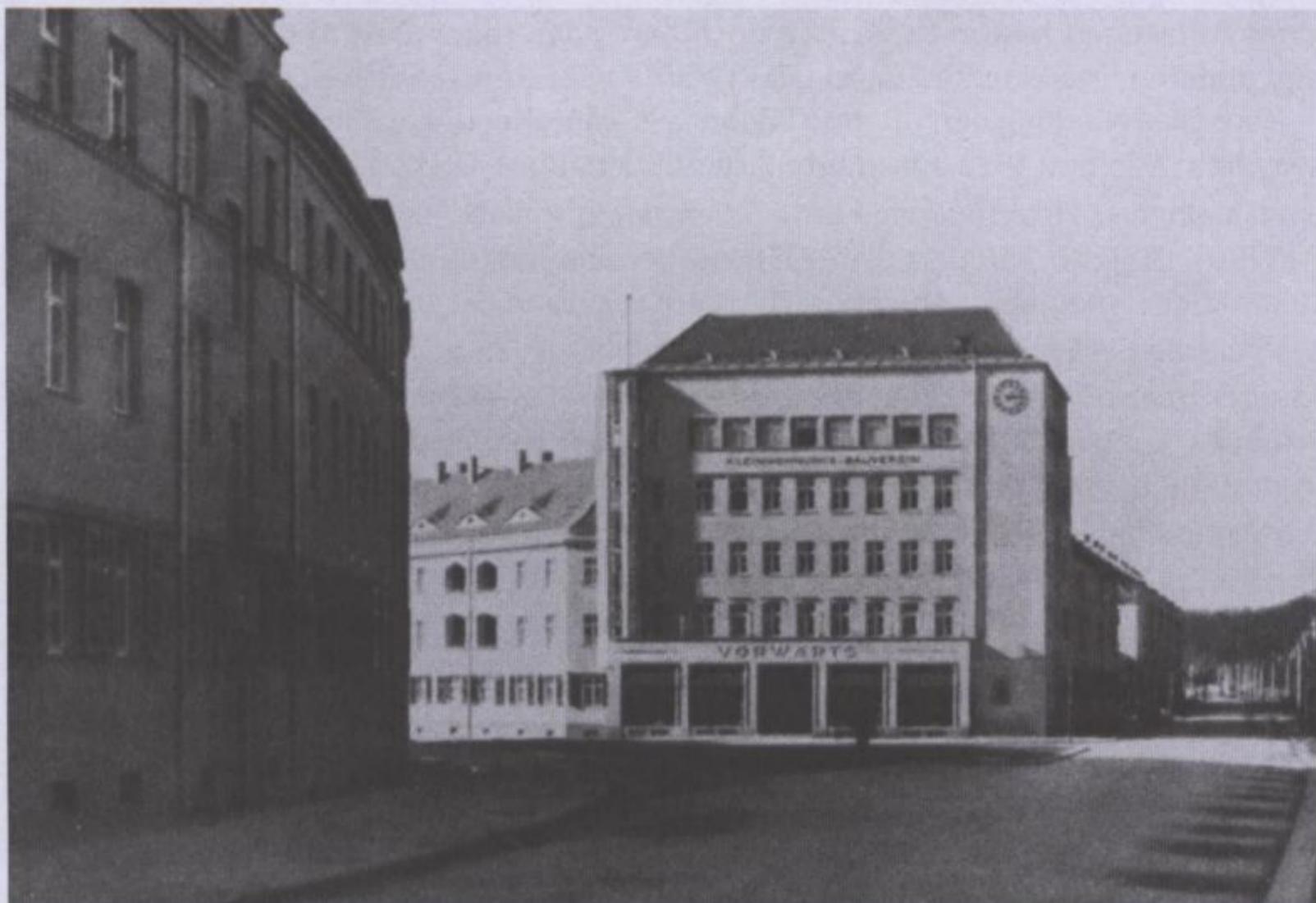
Bereits 1914 plante die Genossenschaft in der Gemeinde Stetzsch – ganz unter dem Eindruck der Baugenossenschaft in Hellerau – den Bau einer kleinen, aber beachtens-

werten Siedlungsanlage, die jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg fertiggestellt werden konnte. Für die Planung war hier erstmalig der Architekt Prof. Dr. Otto Schubert (1878–1968) verantwortlich. Er war von 1910 bis 1929 Aufsichtsratsmitglied. Seit 1919 hatte er eine Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule Dresden und leitete in den folgenden schwierigen Jahren bis zur Weltwirtschaftskrise das gesamte Baugeschehen dieser Baugenossenschaft. Als Architekt zu arbeiten, bedeutete für Schubert, sich sozialer Pflichten bewusst zu sein und diese als ethisch-moralische Forderung zu begreifen. Der Grundsatz einer über Jahre währenden Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat mit einem Architekten ihres Vertrauens hat sich in kurzer Zeit als zweckmäßig erwiesen und wurde von nahezu allen Genossenschaften übernommen. Von den insgesamt etwa 1300 Wohnungen, die der »Kleinwohnungs-Bauverein« errichtete, wurden annähernd 900 an sechs weiteren Standorten nach Entwürfen Schuberts ausgeführt. Hiervon ist nach Werner Pampel »als ein Höhepunkt genossenschaftlichen Bauens in den 20er Jahren die großzügig angelegte Wohnanlage entlang der Hechtstraße/Bärwalder Straße, mit ihren zwei- bis viergeschossigen Gebäuden, hervorzuheben.«

Die im Jahre 1929 plötzlich einsetzende Weltwirtschaftskrise verhinderte die endgültige Verwirklichung des bestätigten Bebauungsplans. Es ist kaum bekannt, dass die zweigeschossigen Reihenhäuser mit den rückwärtig angelegten Gärten dem Allgemeinen Sächsischen Siedlerverband, ASSV – Heimstätten-Verein Dresden-Nordwest – zuzuordnen sind. Die Planung und Bauausführung erfolgte einvernehmlich durch das genossenschaftliche Baubüro unter Otto Schubert. Diese »Heimstätten« wurden später von ihren Nutzern erworben. Die Wohnanlage gehört seit 1986 zur Sächsischen Wohnungsgenossenschaft Dresden eG.

Die Stadterweiterung von 1921 und die Baugenossenschaften

Der bedeutende wirtschaftliche Aufschwung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war durch die Gründung sich rasch entwickelnder Industrieunternehmen entlang der Eisenbahnlinie Dresden–Heidenau gekennzeichnet. Hierzu gehörten in Reick das »Gasbereitungswerk zu Dresden«, in der Gemeinde Dobritz die »Dresdener Gardinen- und Spitzenmanufaktur« und das »Sachsenwerk« in Niedersedlitz als größtes Unternehmen in der Region. Man muss sich vergegenwärtigen, dass die dörfliche Gemeinde Niedersedlitz im Jahre 1871 nur 364 Einwohner zählte. 1925 waren es bereits 4926 Einwohner – d. h. mehr als das 13-fache! Das sich hinter diesen Zahlen verbergende Wohnungselend führte dazu, dass mit tatkräftiger Unterstützung der Ortsvorstände von vier selbständigen, außerhalb der Stadtgrenzen liegenden Gemeinden und unabhängig voneinander ab 1911 innerhalb eines halben Jahres der Spar- und Bauverein Laubegast, der Dobritzer Spar- und Bauverein, die Baugenossenschaft zu Leuben und die Baugenossenschaft Kleinzschachwitz (seit 1991 GWG Zschachwitz) gegründet wurden. Doch erst nach den Eingemeindungen von 1921, die alle vier Gemeinden betraf, kam es zu nennenswerten Baumaßnahmen. Hervorzuheben ist, dass 1928 erstmals in der Wohnanlage Hermannstädter Straße in Laubegast statt der bisher üblichen Ofenheizung eine moderne zentrale Heizungsanlage mit einem Heizhaus für die Warmwasserversorgung, kombiniert mit



Hochhaus an der Bärwalder/Ecke Hechtstraße mit Konsumverkaufsstelle, 1930, Sächsische Wohnungsgenossenschaft Dresden eG

einer Wäscherei, gebaut wurde. Vorwiegend aus Gründen der Wirtschaftlichkeit schlossen sich 1978 drei Genossenschaften zusammen. Als Rechtsnachfolger wurde die Gemeinnützige Wohnungsbau-Genossenschaft Dresden-Ost benannt.

1919 – Gründung der Heimstättengenossenschaft Dresden-Reick

In der Gemeinde Reick vollzog sich die rasante wirtschaftliche Entwicklung in gleicher Weise wie in den angrenzenden Gemeinden Laubegast, Dobritz und Leuben. Die Wohnungsnot wurde durch das Bauverbot während des Ersten Weltkrieges noch verschärft. Die 1919 gegründete Genossenschaft bezog sich bei ihrer Namensgebung wie auch in ihrer Satzung auf § 155 der Reichsverfassung von 1919 und später auf das Reichsheimstättengesetz von 1920. In der Satzung bot sie ihren Mitgliedern die Möglichkeit, die von ihnen bezogenen Häuser zum Selbstkostenpreis zu erwerben. Mit Unterstützung der Abteilung Stadterweiterung gelang es, dass die Stadtverwaltung in der Gemeinde Reick Bauland im Erbbaurecht bereitstellte. Nach Bestätigung des vom Architekten Bruno Just erarbeiteten Gesamtbebauungsplans begannen unter schwierigen wirtschaftlichen Umständen bereits 1920 die ersten Bauarbeiten. Wegen des außerordentlichen Baustoffmangels und der Prognose, dass der wirtschaftliche Tiefstand noch Jahre anhalten würde, ist als einziges Wohnhaus Dresdner Baugenossenschaften ein Versuchsbau in der Lehmbauweise errichtet worden. Die in ihn gesetzte Erwartung wurde nach Aussage

eines Zeitzeugen zwar nicht erfüllt, doch durch den regen Besuch von Baufachleuten und anderen Interessenten wurde das Leben in der Genossenschaft erst lebendig.

Nach Überwindung der Inflation begann als ein Höhepunkt beim Aufbau der Siedlung zwischen 1925 und 1928 einvernehmlich mit dem Bund Deutscher Architekten der Bau einer kleinen »Mustersiedlung« unter Mitwirkung von elf Architekten unter der Leitung von Prof. Dr. Otto Schubert. Um 1930 wurden die letzten Bauarbeiten durch den seit 1920 tätigen »Regiebetrieb« abgeschlossen. Während der Bombenangriffe im Februar 1945 wurde die Wohnanlage schwer getroffen. Es ist zu bedauern, dass die laut Statut von der Heimstättengenossenschaft erworbenen Häuser beim Wiederaufbau bzw. der Instandsetzung in ihrem Äußeren nach Gutdünken der Besitzer »umgestaltet« wurden, so dass die ursprüngliche Geschlossenheit des Erscheinungsbildes nicht mehr existiert. Die Wohnanlage gehört seit 1984 zur Wohnungsgenossenschaft »Glückauf« Süd Dresden eG.

1919 – Die Tabakgegner-Baugenossenschaft

Die kleinste Baugenossenschaft Sachsens, bereits im Jahre 1919 durch einen Verein der Alkohol- und Tabakgegner gegründet, konnte erst 1927/28 in Leubnitz-Neuostra als Teil der Siedlungsbauten entlang der Goppelner Straße 16 Einfamilienhäuser für ihre Mitglieder bauen lassen. Es handelt sich hierbei um Holzhäuser der Deutschen Werkstätten Hellerau. Zur eigenständigen Gründung kam es nur wegen des Mangels an Baubewerbern, wobei die Mitglieder nicht gewillt waren, einer der schon tätigen Baugenossenschaften beizutreten. Die kleine reformerische Vereinigung wurde 1933 ein Opfer der Gleichschaltungsaktionen des NS-Regimes. Die Genossenschaft wurde 1933 im Genossenschaftsregister gelöscht. Die Häuser gingen in Privatbesitz über.

Anmerkungen

- 1 Stadtkarte mit dem Titel: Wohndichtigkeit nach Bauklassen und Stadtteilen, Stand vom Jahre 1905 – Stadtarchiv Dresden.
- 2 Kleinwohnungs-Bauverein Dresden 1910–1930, Jubiläumsschrift, Seite 3 – Stadtmuseum Dresden.
- 3 K. Schmidt, Gesellschaftsrecht, Köln 1997, S. 1261f.
- 4 Kleinwohnungs-Bauverein Dresden 1910–1930, Jubiläumsschrift, Seite 6 – Stadtmuseum Dresden.
- 5 Koch, Das Kleinwohnungswesen in Dresden und Umgebung, aus: Wohnungshygiene, Bericht über den III. Internationalen Kongress für Wohnhygiene in Dresden, 1911.

Literaturhinweise

- K.-H. Löwel: 90 Jahre Gemeinnützige Wohnungsbau-Genossenschaft Dresden Ost im Jahre 2002, Verlag & Druckerei Tierbs, Pirna, 2002.
- K.-H. Löwel, Horst Korbella, Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Dresdner Wohnungsgenossenschaften: Wohnungsgenossenschaften in Dresden – Ein fünfzigjähriges Jubiläum, Michel Sandstein Verlag Dresden, 2004.
- M. Stappel / E. Henningsen: Die deutschen Genossenschaften, hrsg. von DG-Bank, Frankfurt a.M. 1998, S. 6 ff.

Günter Schmiechen

Die Handelsgenossenschaft

KONSUM

Mitte des 19. Jahrhunderts herrschte in vielen Ländern Europas eine große Armut. Die Stimmung der schwer arbeitenden Menschen steigerte sich bis hin zur Wut, weil gleichzeitig andere die Lage für sich ausnutzten. Händler verkauften Grundnahrungsmittel auf Grund ihrer Vormachtstellung zu erhöhten Preisen. Im wirtschaftlich am weitesten entwickelten England kamen kluge Köpfe auf die Idee: Gemeinsam große Mengen einkaufen, in kleinen Mengen gegen Bargeld verkaufen und den Überschuss gerecht aufteilen. 1843 wurde im englischen Rochdale die erste Konsumgenossenschaft der Welt gegründet, deren 28 arbeitslose Flanellweber am 21.12.1844 den ersten Konsumladen eröffneten. Da sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder verbesserten, machte dieses Beispiel Schule. So kam es auch in Deutschland zur Gründung von Konsumgenossenschaften.

Der heutige KONSUM DRESDEN wurde am 4. Juni 1888 als *Konsumverein »Vorwärts« für Dresden und Umgegend* geboren. Mit Eintragung ins Handelsregister am 9. Juni 1888 erhielt er seine Geburtsurkunde. Die rechtliche Regelung fand im Genossenschaftsgesetz vom 1.5.1889 ihren Niederschlag: »... ein körperlich organisierter rechtsfähiger Verein mit nicht geschlossener Mitgliederzahl (Mindestzahl: 7), deren Zweck auf die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels eines eigenen gemeinschaftl. Geschäftsbetriebs auf Gegenseitigkeit gerichtet ist.«¹ Das heißt auch: Der KONSUM gehört seinen Mitgliedern. Dies gilt bis heute. Mancher hatte das in über 100 Jahren Geschichte vergessen.

»Vorwärts« zum 25. Geburtstag – eine blühende Genossenschaft

Nachdem rechtlich alles klar war, konnte es vorwärts gehen. Die Mitgliederzahlen wuchsen, Filialen wurden eröffnet, das Sortiment wurde erweitert, man kaufte das Gebäude Große Zwinger Straße 22 und eröffnete ein modernes Fachgeschäft für Konfektion und Schuhe. Für den Dresdner Stadtrat entwickelte sich der Konsum zu schnell, der 1904 seinen Arbeitern die Mitgliedschaft im »Vorwärts« untersagte; dies auf Grund der Proteste aber nur für kurze Zeit.

Die Bilanz zum 25. Geburtstag 1913 konnte sich sehen lassen: 65 879 Mitglieder, 1100 Mitarbeiter, 36 Grundstücke, zwei Großbäckereien, drei Warenhäuser mit einem Bilanzwert von 25,4 Mio Mark. Konsum »Vorwärts« genoss hohes Ansehen unter der Bevölke-



Verteilstelle des Konsumvereins »Vorwärts« in Dresden-Lockwitz um 1930

rung, und der Vorstand wurde von den Mitarbeitern sehr geschätzt. Aber auch Dresden entwickelte sich: Hauptbahnhof und Neustädter Bahnhof wurden in Betrieb genommen, die Großmarkthalle und die Neustädter Markthalle wurden eröffnet.

Erster Weltkrieg und Inflation machen »Vorwärts« sehr zu schaffen

Die Auswirkungen des Krieges waren sehr schnell und immer drastischer zu spüren: Rohstoffmangel, steigende Arbeitslosigkeit, Kaufkraftschwund. Der Umsatz ging zurück. Der Konsum versorgte Arbeitslose und »Kriegerfamilien« mit einer warmen Mahlzeit für zehn Pfennige. Schon 1915 konnte die Konsumbäckerei keine Stollen ausliefern. Der Krieg schlug den Menschen auf den Magen, und dem Konsum bescherte er Verluste. Viele Dresdner waren arbeitslos. Nach Kriegsende beherrschte zunehmend die Inflation das Geschehen. Ende 1923 stand der Dresdner Konsumverein »Vorwärts« vor dem Ruin. Die Frage stand: Überleben um jeden Preis? Der Vorstand beantwortete diese schwierige Frage mit »Ja« und beschloss drastische Maßnahmen: Ab Oktober 1923 wurden nur noch 50 Prozent Tariflohn gezahlt, fast die halbe Belegschaft – 643 Mitarbeiter – wurde ohne Entschädigung entlassen. Die alten Papierbillionen Guthaben der Mitglieder wurden zum 1. Januar 1925 in die neue Rentenmark umgewandelt. Damit wurde ihr Guthaben um 15 Prozent aufgewertet – deutlich mehr als bei den Sparkassen. Das Vertrauen zum »neuen« Konsum war wieder da. Und das Wichtigste: Der Umsatz stieg.



KONSUM-Verkaufsstelle 1936

Die »goldenen« Jahre

Mit steigendem Umsatz investierte man innerhalb von drei Jahren: 50 eigene Kraftwagen wurden angeschafft, das Vertriebsnetz modernisiert. Die Bilanz zum 40. Geburtstag 1929: 140 Betriebs- und Wohngebäude und 14 umbaute Grundstücke mit einem Wert von 12 Millionen Reichsmark, 57 Millionen Reichsmark Jahresumsatz. Nach Übernahme der Fleischversorgung in Dresden eröffnete der Konsum 1931 die genossenschaftseigene Fleischverarbeitungsfabrik auf der Fabrikstraße. Den Mitgliedern, den Mitarbeitern und dem Verein ging es so gut wie lange nicht mehr.

Die Nazis beschließen das Gesetz über die Auflösung der Konsumvereine

Nach der Machtübernahme der Nazis richtete sich sehr schnell alles gegen den Konsum: keine Selbstverwaltung, Schikanen wie Kreditverbot, Sondersteuern, Verleumdungskampagnen, Nazischläger vor Konsumfilialen usw. Ab März 1936 wurden Grundstücke und Ladengeschäfte enteignet. Die Mitglieder wurden von den Nazis ihres Eigentums durch das »Gesetz über die Auflösung der Konsumvereine« vom 18.2.1941 beraubt. 1942 wurde der Konsum aus dem Genossenschaftsregister gelöscht und das Eigentum entschädigungslos veräußert.

SMAD-Befehl 146 – die Auferstehung des Konsums im Osten Deutschlands

Am 13. Februar 1945 versinkt Dresden in Schutt und Asche, der Zweite Weltkrieg ist zu Ende. Deutschland wird unter den Siegermächten in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die Sowjetische Militäradministration Deutschland erließ ihren Befehl 146 vom 18. 12. 1945 für ihre Besatzungszone. Das war die rechtliche Wiedergeburt des Dresdner Konsums. Vier Dresdner Konsumgesellschaften wurden gegründet: Nord, Süd, Ost und West. Schon 1947 einigten sich die vier und schlossen sich zur »Konsumgenossenschaft Dresden« zusammen.

Bäckerei und Fleischerei arbeiten wieder. 62 Verteilstellen (so konnte man sie nur nennen) wurden wiedereröffnet. Schon 1948 erhielt der Konsum das von den Nazis enteignete Eigentum zurück und verfügte über 125 Läden für Lebensmittel, 22 Fleisch-Verteilstellen, drei Kaufhäuser und 20 LKW. Welch eine Freude über das Erreichte nach den schlimmen Kriegsjahren und welch ein Zufall, dass man 60 wurde. Am 3. und 4. Juli wurde gefeiert unter dem Wahlspruch: »Solidarität, Frieden und Fortschritt«, dem Motto »Erlaubnis der Lustbarkeiten« und dem Fest für »Leib und Seele«. Zum Festakt waren 2500 Gäste geladen. Zehntausende Genossenschaftler feierten auf acht Festplätzen im ganzen Stadtgebiet. Das war eine große Motivation für den Aufbruch des Konsums in die Zukunft. Die Dresdner Genossenschaft entwickelte sich schnell durch Verschmelzung mit den Genossenschaften Radeberg, Pillnitz, Radebeul und Klotzsche sowie durch weitere Geschäftseröffnungen zu einer der größten Konsumgenossenschaften der DDR. Der Eintrittsbeitrag betrug nun 50 Mark. Im Stadt- und Landkreis versorgte der Konsum fast 40 Prozent der Haushalte.

Konsum und sozialistisches Eigentum

Vom Ursprung her waren alle Werte der Genossenschaft Eigentum ihrer Mitglieder. Dennoch war im Sozialismus Volkseigentum und genossenschaftliches Eigentum nicht gleichgestellt, denn das Volkseigentum galt als die höhere Form des gesellschaftlichen Eigentums. Das hatte ganz praktische Folgen für den Konsum. Schon bei der Definition Konsumgenossenschaft liest man: »sozialistische Genossenschaft in der DDR als Einheit von demokrat. Massenorganisation und sozialist. Handelsorganisation ...«² Der Konsum bekam von der SED zwei Aufgaben zugeteilt und wurde an die zweite Stelle gesetzt. An Stelle eins stand die staatliche Handelsorganisation (HO). Sie eröffnete ihre ersten Läden wenige Monate nach der Währungsreform in der Sowjetischen Besatzungszone im November 1948. Fortan wurde sie durch den Staat allseitig gefördert: Die sozialistische Planwirtschaft katapultierte die HO zur besseren Handelsform, setzte den Konsumgenossenschaften enge Entwicklungsgrenzen und zwang den privaten Handel ins Abseits bzw. in den Ruin.

Die von der Staatsführung ausgegebene Parole lautete: Konsum aufs Land. Der Konsum sollte mit seinem genossenschaftlichen Gedankengut die Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) fördern und deren Entwicklung unterstützen. Wer auf dem Land ist, ist nicht in der Stadt. Der Dresdner Konsum bekam daher keine Geschäfte im Stadtzentrum zugewiesen. Die Warenfonds (Warenzuteilung)

Kasse eines KONSUM-Selbstbedienungsgeschäftes, 1969



erfolgten vom Rat der Stadt nach Verkaufsraumfläche, besonders aber nach parteipolitischen Gesichtspunkten. Bis 1959 zwang die Regierung den Konsum, die meisten seiner Grundstücke an den Staat abzutreten, und er erhielt den staatlichen Versorgungsauftrag, kleine unrentable Geschäfte zu übernehmen. Die Großhandelstätigkeit wurde ihm verboten.

Und trotzdem ... Der Konsum Dresden entwickelt sich weiter. Er handelte mit einem breiten Konsumgütersortiment, sogar mit Baumaterial, Kohle; baute Wohnungen und erfüllte den Versorgungsauftrag zum Aufkauf von Obst und Gemüse, während die HO z.B. lukrative Exquisit- und Delikatläden erhielt. Der Konsum hatte seine Investitionsmittel selbst zu erwirtschaften. Mitte der 60er Jahre änderte sich die Politik etwas, denn der Konsum bekam die erste Kaufhalle zugewiesen, die 1967 feierlich auf der Marienberger Straße eröffnet wurde. Danach gestaltete sich die Zuweisung neuer Objekte für den Konsum bis zu einem Drittel. Ab 1977 erhielt der Konsum in Dresden den Auftrag, gastronomische Versorgungsleistungen zu erbringen.

Die Bilanz 1988: Der Konsum hatte in der DDR 127 000 Mitglieder, die mit ihm durch ständigen Einkauf eng verbunden waren und fleißig die Konsummarken klebten und im Folgejahr 1,7 Prozent Rückvergütung ausgezahlt erhielten. Etwa 500 Verkaufsstellen gehörten zu einem starken Konsum. 4000 Mitarbeiter einschließlich 300 Lehrlinge hatten

einen sicheren Arbeitsplatz. Aber alles spielte in der Mangelgesellschaft. Dafür ein Beispiel: Die Kunden der »Modrow-Kaufhalle« (Spitzname der Kaufhalle in Johannstadt-Nord) bekamen am Vormittag davon Wind, dass Radeberger Bier angeliefert worden war. Sie blieben mit ihrem Korb in der Halle. Was nicht in den Verkaufsraum kam: Radeberger. Die Kaufhalle hatte den Auftrag, den Verkauf erst am späten Nachmittag für die von der Arbeit heimkehrenden Werktätigen zu beginnen. Die Sache mit dem Radeberger sprach sich in Johannstadt aber schnell rum. Immer mehr Kunden kamen und alle Einkaufswagen waren vergriffen. Die Halle war voller Kunden. Am Eingang bildete sich eine Schlange. Dem Marktleiter blieb schließlich nichts übrig, als entgegen dem Versorgungsauftrag das Radeberger schon früh komplett zu verkaufen.

Am 4. Juni 1988 war der Dresdner Konsum 100 Jahre alt. Offiziell war aber keine Rede davon. Nur inoffiziell wurde seitens des Dresdner Vorstandes nachgefragt, ob aus diesem Anlass Feierlichkeiten möglich seien. Schon die Frage deutete damals auf einen falschen Klassenstandpunkt.

Die Wende: Der Konsum in der DDR wurde zentral vom Verband der Konsumgenossenschaften geleitet. Ihm unterstanden 16 Bezirksverbände; dem Dresdner wiederum 16 Einzelkonsumgenossenschaften, so auch die Konsumgenossenschaft Stadt Dresden. Das Jahr 1990 war von vielen Diskussionen über die Zukunft geprägt. Klar und völlig neu war: Jede Genossenschaft konnte selbst entscheiden, und genau das war bisher verboten und nicht gelernt. Nach der Öffnung der Grenze gaben sich Westdeutsche (Berater und Vertreter von Unternehmen) bei den Vorständen die Klinke in die Hand. Alles steuerte mit Freude auf die DM zu. Der Konsum-Bezirksverband wollte vier Genossenschaften gründen. Dem Vorstand des Dresdner Konsums war klar: das geht schief. Er suchte selbst Partner und fand die Konsumgenossenschaft Kreis Dresden. Auf der Basis des alten Rechts, dem Genossenschaftsgesetz von 1889, wurde gewählt und am 8.12.1990 zwischen den beiden Genossenschaften fusioniert. Damit gab es ab 1.1.1991 den neuen »Konsum Dresden eG«.

1990 war ein ganz kompliziertes Jahr in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Rechtlich: Man glaubte, mit dem Einigungsvertrag sei auch für den Konsum alles geregelt. Ein völliger Irrtum, denn man hatte den Konsum vergessen. Wir blieben bei 1889. Die letzte DDR-Regierung beschloss 1990 das Entflechtungsgesetz. Es beinhaltete die komplette Zerschlagung der HO; in der Diskussion war auch der Konsum. So verlangte Mitte 1990 der Dresdner Oberbürgermeister vom Dresdner Konsumvorstand die Abgabe von fünf Kaufhallen zugunsten von westdeutschen Discountern. Die Lösung: Der Konsum ist bereit, von den Discountern in fünf Kaufhallen beliefert zu werden. Das war's. Aber drei Monate später gab es 15 Discountermärkte in Dresden, die günstigste Bedingungen erhielten. Der Konkurrenzkampf war sofort extrem. Das Eigentum an Grund und Boden spielte in der DDR keine Rolle – aber plötzlich jetzt.

Der Konsum fordert sein Eigentum zurück

Das klingt natürlich schön und ist gerecht, denn der Konsum wurde in seiner Geschichte von den Nazis beraubt und der SED enteignet. Kompetente Rechtsanwälte, die nicht billig, aber letztlich ihr Geld wert waren, forderten für den Konsum nach jahrelangem gerichtlichem Kampf Grundstück für Grundstück zurück. In anderen Fällen konnte der ehemals volkseigene Grund und Boden auf der Grundlage des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes zu 50 Prozent des Verkehrswertes gekauft werden. Es war ein langjähriger Prozess und komplizierter, als er hier geschildert werden kann. Zahlungsunfähig war der Dresdner Konsum nicht. Nur Konsum ist nicht gleich Konsum. Konkurse anderer Genossenschaften, besonders in Chemnitz und Ostsachsen, wirkten sich negativ aus. Die Neustädter Markthalle sei noch erwähnt: Sie war in der DDR als Volkseigentum dem Konsum in Rechtsträgerschaft übergeben worden. Daraufhin waren vom Konsum Investitionen in Millionenhöhe erfolgt. Der Streit mit der Stadt Dresden wurde für den Konsum beendet, indem er den Grund und Boden kaufen konnte.

Anfang der 90er Jahre wurden die Warenlieferungen ein Problem. Der volkseigene Großhandel Lebensmittel/Food in Dresden wurde von interbuy – Tochter von Asco und Konsumverband – übernommen. Damit war der Dresdner Konsum plötzlich in direkter Abhängigkeit. Eine Belieferung durch einen anderen Handelskonzern wie Edeka konnte auf Grund der großen Entfernung zu einem Edekalager und der vielen kleinen Filialen des Konsums nicht erfolgen. Wie auch immer, ein Lager für das Trockensortiment musste her. Die Lösung: Ein Kooperationsvertrag mit dem mittelständischen Unternehmen FREY & KISSEL aus der Pfalz wurde abgeschlossen. Das Unternehmen verfügte über ein Lager, wie wir es brauchten. Außerdem die Mitgliedschaft im Einkaufsverbund Markant/ZEV Süd, die Selbstständigkeit des kleinen Unternehmens und die Erfahrung sprachen für diesen Vertrag. Ein Lager in Stürza – einst LPG-Kartoffellagerhalle – wurde gefunden und so lange wie es ging heimlich eingerichtet. Die Lösung vom Liefervertrag mit interbuy war rechtlich strittig und führte seitens interbuy zu einem Lieferstopp. Mit großer Unterstützung durch unseren Kooperationspartner organisierte der Konsum Warenlieferungen von Wettbewerbern und eröffnete zwei Monate später das Lager. Die Freude war riesengroß. Trotz vieler Bedenken Außenstehender funktionierte die Sache viele Jahre recht gut, und die Selbstständigkeit war zunächst gesichert.

Die Weiterentwicklung im Handel der Bundesrepublik und die relativ geringe Größe von Lager und Umsatz führten zur geordneten Auflösung des Lagers und zum Vertragsabschluß mit der EDEKA.

KONSUM DRESDEN übernimmt 14 Kaiser's-Märkte

Nach dem Sanierungsprozess im Handelsnetz (Sortimentsbereinigung durch Schließung von Filialen und Konzentration auf ein breites Foodsortiment mit hohem Frischeanteil besonders aus sächsischer Produktion, Schließung kleinerer unrentabler Filialen und Modernisierung der Märkte ab 600 m²) gelang es dem Konsum im Jahre 2000, 14 Märkte von Kaiser's Tengemann zu übernehmen. Er wurde damit wieder Marktführer im Dresdner Lebensmitteleinzelhandel. Nach diesem ersten, wichtigen Schritt startete die



KONSUM-Frische-Markt Pfothenhauer Straße 2006

Genossenschaft in das neue Jahrtausend. Mit der Entwicklung von zwei neuen Vertriebs-schienen (»Konsum Frischemarkt« und »Frida«) wurde eine neue, zukunftsorientierte Handelskonzeption erarbeitet.

Mit dem Fokus auf eine Intensivierung der Mitgliederarbeit wurde 2002 das Rabattmarkenheftchen von einer »Konsum-Card« abgelöst. Nach wie vor zahlt die Genossenschaft ihren Mitgliedern eine Rückvergütung auf getätigte Umsätze und bindet durch neue Ansprache, neues Marketing und offene, transparente Kommunikation die Mitglieder an sich.

Die Vertriebskonzepte haben gegriffen, erste Erfolge stellten sich ein: Nach Branchenpreisen wie »Der Deutsche Fruchtpreis« (2001 und 2002), dem »Fleisch-Star« (2001) wurde der Konsum Frischemarkt in der Schillergalerie »Bester Supermarkt des Jahres 2003« und somit die Handelskompetenz des Unternehmens bundesweit eindrucksvoll bewiesen. Mit weiteren Preisen zum Personalmanagement, »AusbildungsAss in Gold«, »TobJob2006« und dem »Sonderpreis Unternehmerleistung 2007« wurden Innovation und Stabilisierung gewürdigt.

Die Konsum Dresden eG schreibt seit 2004 »schwarze Zahlen«. Er entwickelte sich von einem Creditreform-Index von 247 auf 160. Und von der äußerst positiven Unternehmensentwicklung profitieren auch die Mitglieder. Die Genossenschaft schüttete für das Geschäftsjahr 2005 schon steuerfreie fünf Prozent Dividende für die Beteiligung laut Satzung aus. 2006 waren es bereits sechs Prozent. Selbstverständlich zuzüglich einer Rückvergütung.

Zukunft fest im Visier

»Genia« heißt das jüngste Kind der Konsum-Entwickler. Als »Wellness-Markt« und »Bio-Laden« bereits hoch gelobt, zeigt es den neuen Anspruch des Unternehmens an Nachhaltigkeit, ökologisches Wirtschaften und faires Handeln. Eröffnet am 23.11.2006, Leipziger Straße 212 in Dresden, hat der Pilotshop seine ersten Bewährungsproben bestanden, und das Konzept steht vor der Vervielfältigung. Und auch hier gab es bereits den ersten Preis: »Ein Herz für Bio 2007« wurde dem Konsum im Rahmen der größten Fachmesse für biologische Erzeugnisse, der »BioFach Nürnberg«, verliehen.

Am 18. September 2007 wird die Genossenschaft ihren ersten Supermarkt in einem anderen Bundesland eröffnen. Mit 1200 m² Verkaufsraum und internationalen Spezialitäten, aber auch vielen sächsischen Produkten wird Konsum Dresden in Nordbayern/Franken, in den Erlangen Arcaden, eine Filiale eröffnen. Startpunkt für eine Expansion, die maßvoll der Unternehmensentwicklung entspricht, aber auch weitere Stabilisierung und Entwicklung sichert.

Eine Anmerkung

Personen wurden nicht genannt. Eine Ausnahme sei gestattet. Im Aufsichtsrat des Dresdner Konsums ist seit Ende 1990 der Münchner Christian Klose. 1992 wurde der Wirtschaftsprüfer/Steuerberater/Rechtsanwalt zum AR-Vorsitzenden gewählt und führt diese Tätigkeit heute noch aus. Durch seine Fachkompetenz, Weitsicht, Teamfähigkeit, Konsequenz und emotionale Verbundenheit mit dem ostdeutschen Dresdner Konsum hat er sehr großen Anteil an der schwierigen und erfolgreichen Entwicklung des Unternehmens.

Anmerkungen

- 1 Bertelsmann Lexikon, Band 5, S. 336.
- 2 Universallexikon, VEB Bibliographisches Institut Leipzig, Band 3, S. 191, 1986.

LPG und GPG im Dresdner Umland

Was waren die LPG?¹

Unter LPG und GPG sind spezielle landwirtschaftliche und gärtnerische Produktionsgenossenschaften zu verstehen, deren Gründungen bis zum Jahre 1952 zurückreichen. Da diese Art von Genossenschaft nicht dem deutschen Genossenschaftsgesetz von 1889 entsprach, ist der Begriff nur eingeschränkt verwendbar. In drei wesentlichen Punkten widersprachen die LPG dem Genossenschaftsgedanken. Die LPG-Mitglieder waren nicht »Genossenschaftler«, die auf freiwilliger Basis ihre Betriebe eingebracht hatten, sondern waren das Opfer einer großangelegten politischen Aktion nach dem Beispiel sowjetischer Kolchosen. Obwohl die LPG-Mitglieder formal-juristisch bis zur Auflösung der LPG 1991 Eigentümer ihres Bodens und anderer Wirtschaftsgüter geblieben waren, ließ ihnen das LPG-Gesetz der DDR zweitens kein Verfügungsrecht über ihren Besitz. Und drittens unterstanden sie staatlichen Vorgaben des Produktionsprofils, welche den LPG das Selbstbestimmungsrecht weitestgehend verwehrte.

Sozialistische Genossenschaften entstanden in der DDR in den Jahren 1952 bis 1961, vom Staat unter der Führungsrolle der SED mit Druck und Nötigung befördert. Diesen Vorgang bezeichneten die damals Verantwortlichen als »sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft«. Es handelte sich zweifellos um die größte und nachhaltigste Umwälzung der sozialen, ökonomischen und eigentumsrechtlichen Verhältnisse der Agrargesellschaft in Deutschland, die es je gegeben hat.

Die bis 1959 gegründeten LPG waren vor allem »Notgemeinschaften« der nicht überlebendfähigen Klein- und Kleinstbauern. Die wirtschaftlich stabilen Mittel- und Großbauern sahen auf diese mit einer gewissen Geringschätzung herab. Zwischen dem Beschluss der II. Parteikonferenz der SED (Juli 1952), mit dem »Aufbau der Grundlagen des Sozialismus« auch auf dem Lande zu beginnen, und dem Erlass des LPG-Gesetzes vom 3.6.1959 lag ein rechtsfreier Raum von sieben Jahren. Für drei LPG-Typen, bezogen auf Vergesellschaftungsgrad, Betriebsmittel und Kapital, hatte der Staat zunächst Musterstatuten herausgegeben und zur Rechtsgrundlage erklärt.

In der LPG Typ I, die noch private Viehwirtschaft erlaubte, gelang es den Bauern, etwa 50 Prozent ihres Einkommens auf herkömmliche, einzelbäuerliche Weise zu erwirtschaften. In der LPG vom Typ III war es zu einer totalen kollektivwirtschaftlichen Betriebsform gekommen, mit einem von der SED angestrebten eigentumslosen Agrarproletariat. Die



Gründung der LPG, Gemälde von Franz Nolde 1958 (frühere LPG-Hochschule in der Landesschule St. Afra, Meißen)

LPG Typ II, die in Sachsen lediglich einen Anteil von etwa 6 Prozent hatte, ähnelte in ihrer Problemlage den Typ-I-Betrieben. Sie war eine Mischform zwischen Typ I und Typ III, da sie neben den Ackerflächen auch die Zug- und Transportmittel kollektivwirtschaftlich nutzte.

Im Volksmund als Kolchosen bezeichnet, basierten die LPG noch auf Privateigentum an Betriebsmitteln (die GPG ebenso). Kolchosen gründete der Sowjetstaat nach 1917, indem Bauern enteignet wurden. Die ersten großen Hungersnöte in der Sowjetunion 1921 und 1925 ließen die Welt erkennen, dass diese Leninsche Landwirtschaftspolitik offenbar nicht funktionieren kann. Dennoch schwebte den Genossen um Walter Ulbricht während ihrer Emigrationszeit in der UdSSR, als die Niederlage des NS-Regimes greifbar wurde, vor, auch in Deutschland ein solches Modell einzuführen. Ein führender Kopf dabei war Edwin Hoernle, dessen Namen später viele LPG als »ehrende Verpflichtung« verordnet bekamen.

Die Nachkriegszeit im Dresdner Umland

Wenn von LPG und GPG im Dresdner Umland gesprochen wird, so ist der Gegenstand nicht exakt zu umreißen. Dieser Kreis war mit der Verwaltungsreform der DDR und der Auflösung der Länder 1952 gebildet worden. Er umschloss kragenförmig die Bezirksstadt Dresden, deshalb auch »Kragenkreis« genannt. Das Dresdner Umland verfügte größtenteils über nährstoffreiche Böden, ausreichend Niederschläge und vor allem über die

Klimagunst des Elbtales, was die Etablierung zahlreicher Gartenbaubetriebe vor bereits über hundert Jahren nach sich zog. Im Gegensatz zum westlichen und südlichen Umland herrschten im nördlichen Teil leichte Böden vor. Demzufolge fanden sich dort auch die wirtschaftlich schwächeren LPG, die neben ungünstigeren Produktionsbedingungen nach 1990 besonders unter den Nachwirkungen der »sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande« litten.

Obwohl die Bodenreform der SBZ, in Sachsen am 10.9.1945 beschlossen und durch die SMAD-Befehle Nr. 124 und 126 am 31.10.1945 in Kraft gesetzt, nicht direkt im Zusammenhang mit der späteren Gründung von LPG und GPG steht, muss sie doch an den Anfang der Entwicklung sozialistischer Agrarpolitik gestellt werden. Bei der Durchsetzung der kommunistischen Ideologie durch die sowjetische Besatzungsmacht, aber auch um die Ernährung der Roten Armee und der Bevölkerung im besetzten Gebiet zu sichern, waren Verschiebungen im Eigentum an Grund und Boden angeordnet worden. Hinzu kam die Notwendigkeit, nahezu 15 Millionen Heimatvertriebene aus ganz Ost- und Südosteuropa im nunmehr verkleinerten Deutschland unterzubringen und deren bäuerlichen Teilen Land als neue Existenzgrundlage zur Verfügung zu stellen. Die Masse dieser Neu- und Kleinbauern – in Sachsen herrschte traditionell ein stabiles Mittel- und Großbauerntum vor – stand jedoch einer Agrarreform in Deutschland entgegen. Normalerweise hätte es für effektive Agrarstrukturen Betriebsvergrößerungen geben müssen. Dem widersprachen die Maßnahmen der Bodenreform. Den neuen Kleinbauern fehlte es an Erfahrung. Viele von den schwächelnden Kleinstlandwirten wendeten sich daher 1952 der LPG zu. Wie sollten solche »Genossenschafter« aber erfolgreich eine Genossenschaft führen?

Es lassen sich zwischen den ersten staatlich inszenierten LPG-Gründungen vom Sommer 1952 und dem Ende der DDR vier Entwicklungsabschnitte von je etwa zehn Jahren abgrenzen. Sie gelten für die DDR wie den Dresdner Raum.

Der Übergang von der bäuerlichen Landwirtschaft zum »sozialistischen Genossenschaftssystem« – 1952 bis 1959

Anfang 1952, nach einem Besuch der Partei- und Regierungsspitze im Kreml, wandte sich die SED-Agrarpolitik einer dem sowjetischen Kolchosmodell ähnelnden Betriebsform in der Landwirtschaft zu. Die in ganz Europa überfällige Agrarreform verlief in der DDR nach sowjetischem Vorbild.

Ab Juni 1952 setzte in der DDR eine erste Welle von LPG-Gründungen ein. Am 26. Juli 1952 gründeten Landarbeiter und Bauern in Jahna, Kreis Meißen, die erste LPG in Sachsen. Diese Welle beendete der 17. Juni 1953, der nur vier Tage währende Arbeiteraufstand in der DDR. Nach der militärischen Niederschlagung des Aufstandes und einer politischen Restauration der Staatsmacht der DDR ließ nach politischen Lockerungen gegenüber verschiedenen benachteiligten Bevölkerungsschichten auch der obrigkeitstaatliche Druck der SED auf die LPG-Gründungen nach. Es lösten sich sogar LPG wieder in Privatbetriebe auf. Für die Masse der nicht eintrittswilligen Bauern wurden die z.T. überspitzten Abgabeverpflichtungen für Agrarprodukte reduziert.

Neubauern in
Tuttendorf,
Kreis Freiberg



Im Jahre 1953 setzten sich die LPG zu 75 Prozent aus ehemaligen Neubauern bis zu 20 ha Betriebsgröße zusammen. Nur 25 Prozent Altbauern über 20 ha Nutzland gehörten ihr an. Nach einer Phase relativer Ruhe setzte zwischen 1955 und 1957 eine zweite, kleinere Welle von LPG-Gründungen im Lande ein, die zahlreiche Betriebsaufgaben und oft Republikflucht nach sich zog. Im Jahre 1957 bestanden 55 Prozent der Nutzflächen der LPG aus verlassenen und beschlagnahmten Höfen von Einzelbauern, die wegen der Aussichtslosigkeit ihres weiteren Überlebens als private Landwirte in der DDR in den Westen geflüchtet waren. Von 1955 bis 1960 traten aber auch mehr als 23 000 Großbauern in die LPG ein, um nicht ihre angestammten Höfe aufgeben zu müssen.

Der V. Parteitag der SED im Juli 1958 ging mit einem »Kampfprogramm der Partei« der Beseitigung der wirtschaftlichen Probleme der DDR zu Leibe. Die SED nahm sich vor, gleiche oder gar bessere Lebensbedingungen zu schaffen, als sie in der benachbarten Bundesrepublik herrschten, was ihr aber nie gelang. Der laufende zweite und der 1961 folgende dritte Fünfjahrplan nahmen jetzt einen strikten Kurs auf die »sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft«.

Bis dahin hatten Partei- und Regierung das Maisprogramm² und weitere z. T. aus der Sowjetunion entlehnte fachliche Fehlentscheidungen, wie z. B. die Haltung von Schweinen in Hütten, für die Landwirtschaft durchgesetzt. In deren Folge stellten sich Produktionsrückgang und Mängel bei der Versorgung der Bevölkerung ein. Mit dem Beginn der dritten und radikalsten Kollektivierungswelle von Anfang 1959 bis Mitte 1960 hatte zudem das Offenstallprogramm für einen Einbruch in der Milchwirtschaft gesorgt.

Den Aufbau des Sozialismus in der DDR vor Augen, entschloss sich die SED-Führung nach der 7. ZK-Tagung im Dezember 1959 zu einem scharfen Kurs auf totale Kollektivierung aller Bauern und die Schaffung »vollgenossenschaftlicher Dörfer«. Diese Welle überrollte die Dörfer unter Einsatz von Propaganda- und Werbetrupps aus Betrieben

und Institutionen der Städte. Mit Druck, Nötigung und Zwang schaffte es der DDR-Staat bis zum 25.4.1960, der »historischen« Volkskammererklärung zum Abschluss der Kollektivierung, nahezu alle Bauern in LPG zusammenzufassen. Es gibt unterschiedliche Zahlenangaben zu den Bauern, die in der DDR den LPG-Eintritt verweigerten. Sie liegen zwischen 19 000 und 28 000. Über den Verbleib dieser Bauern verlautete offiziell nichts. Im Jahre 1962 wurde z.B. eine bäuerliche Familie aus der Gemeinde Taubenheim, Kreis Meißen, die sich dem LPG-Eintritt widersetzte, nach Scharfenberg an der Elbe umgesiedelt. Die überstürzte, letzte große Kollektivierungswelle erbrachte Produktionsrückgang, für die Bevölkerung Versorgungskrisen und die dauernde Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Bauern.

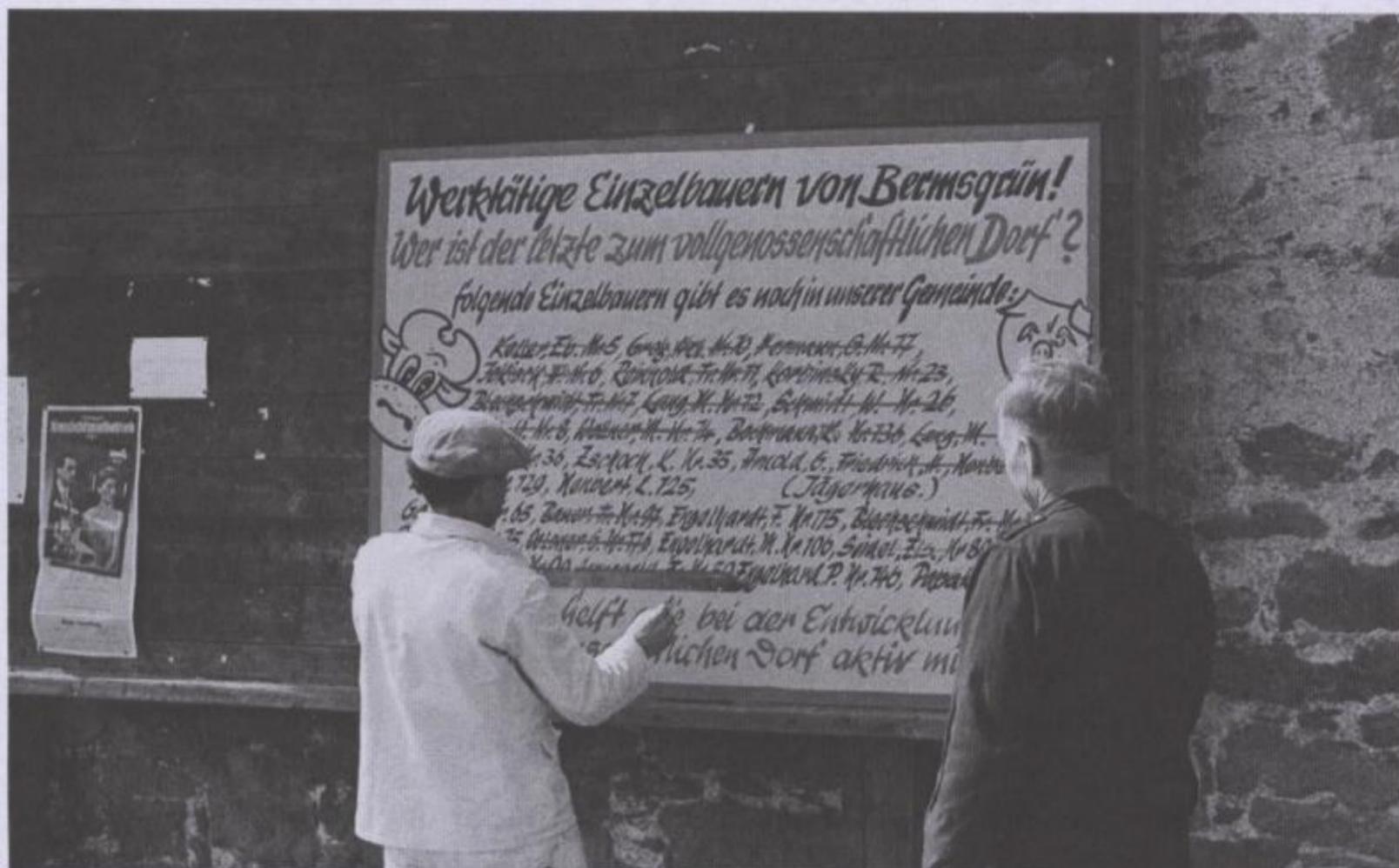
Die Landwirtschaft zwischen dem »sozialistischen Frühling« und dem Entstehen von neuen Kooperationsbeziehungen – 1960 bis 1969

Nachdem mit dem »sozialistischen Frühling« die fast vollständige Vergenossenschaftlichung der Dörfer abgeschlossen war, hatte um 1960 auch die erste Etappe der LPG-Entwicklung ihr Ende gefunden. Nunmehr begann eine zweite Etappe der kollektivwirtschaftlichen Entwicklung, die etwa zehn Jahre anhielt und unter »vollgenossenschaftlichen« Bedingungen ablief.

Bis Ende 1960 waren in der DDR 19 345 LPG, davon 13 022 des Typs I und II, entstanden. In den Bezirken Dresden und Karl-Marx-Stadt entsprach dies einem Flächenanteil von rund 60 Prozent der Nutzfläche der vorhandenen LPG. Die Mehrheit der Bauern hatte sich für den Typ I entschieden, sozusagen für das »kleinere von den beiden Übeln«. Im Typ I konnten die Bauern noch am ehesten privatbäuerlich rechnen und wirtschaften.

Die Jahre nach 1960, von der Agrarpolitik der DDR als Festigungsperiode bezeichnet, bereiteten den meisten LPG erhebliche materielle Schwierigkeiten. Es bestand vor allem Mangel an Viehfutter, Saat- und Pflanzgut, mineralischem Dünger, moderner Landtechnik und Baukapazität. Oft kämpften die Vorstände gegen eine schlechte Arbeitsmoral an. Die motorische Zugkraft lag bisher hauptsächlich in den Händen der 1949 gegründeten MAS bzw. der 1952 umgewandelten MTS (Maschinen-Traktoren-Station). Bis 1963/1964 ging der Maschinenbestand durch Verkauf oder kostenlose Übergabe in die LPG über. Damit verringerte sich drastisch der Pferdebestand, der z. B. im Kreis Dresden-Land zu jener Zeit noch bis zu 12 Pferde je 100 ha betrug.

Das »neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« der DDR (NÖSPL), mit einer vorübergehenden wirtschaftlichen Liberalisierung und staatlichen Förderungspolitik verbunden, brachte den LPG und GPG in den Jahren 1965/66 eine Erhöhung des betrieblichen und persönlichen Einkommens, das zuvor weit unter dem der Industrie lag. Mitte bis Ende der sechziger Jahre erlebten die LPG Betriebsvergrößerungen, die durch Zusammenlegung von LPG des Typs I und schwachen Typ III, Bildung von Groß-LPG sowie Kooperation ausgelöst worden waren. Zugleich entwickelten sich im Zuge von Spezialisierung der Agrarerzeugung zwischenbetriebliche Organisationsstrukturen (ZGE / ZBE). Insbesondere gliederten sich, zum Teil auch unter staatlichem Druck, Zweige der Neben- und Hilfsproduktion aus. Anfang 1960/61 hatten die LPG Typ I



Werbetafel für den Eintritt in die LPG Bermsgrün, Erzgebirge, Foto Beck, 1960

des Dresdner Umlandes Betriebsgrößen von 75 bis 190 ha erreicht. Die LPG des Typs III waren von vornherein größer und erweiterten sich bis zu 460 ha.

Zwischen verschiedenen Ballungszonen, wie dem Elbtalgebiet Pirna bis Meißen, der Industriestadt Freital und der Großstadt Dresden liegend, waren die LPG/GPG des Dresdner Umlandes selbstverständlich städtischem Einfluss ausgesetzt. Das äußerte sich z. B. in der Anziehungskraft, die die Industrie auf Arbeitskräfte der LPG ausübte. Arbeitsbedingungen und Bezahlung waren dort attraktiver als in den LPG. Von 35 LPG Typ I lagen elf in den Dresdner Stadtbezirken. Fünf von 17 LPG des Typs III befanden sich ebenfalls in den Stadtbezirken. Insgesamt befanden sich etwa 5 Prozent der LPG des Bezirkes Dresden auf großstädtischen Gemarkungen. Dadurch lagen landwirtschaftliche Tätigkeiten noch im Blickfeld der städtischen Bevölkerung. Die Schulkinder konnten noch den Viehaustrieb auf die Weide begleiten und waren nicht, wie in heutigen Zeiten, total entfremdet von diesem elementaren Zweig menschlicher Tätigkeit.

Gegen Ende der sechziger Jahre setzten in allen Kreisen des Landes unter Druck der SED Kooperation ein. Sie umfasste anfangs einzelne Produktionszweige der Feldwirtschaft und führte zu nichtselbständigen Betriebsformen wie »Gemeinsame Abteilung Feldwirtschaft« (GAF). Die erste Kooperationswelle hatte bis zur Mitte des Jahres 1968 in den Kreisen Dresden-Stadt und -Land neben 99 LPG mit verschiedenem Status vier kooperative Einrichtungen (ZGE/ZBE) sowie vier Kooperationsgemeinschaften (KOG) hervorgebracht. Per 15.5.1968 waren bei der Stadtverwaltung Dresden und dem Rat des Kreises Dresden-Land 28 GPG registriert, was von der gartenbaulichen Prägung Dresdens zeugt.



Walter Ulbricht
mit Ehefrau Lotte
1964 in der LPG
Dahlen, Kreis
Oschatz (rechts der
damals landesweit
bekannte LPG-
Vorsitzende Hannes
Döhler)

Die LPG im Prozess der Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion – 1970 bis 1979

Die nun folgenden zehn Jahre führten, ausgelöst durch den VIII. Parteitag der SED im Juni 1971, zu großen kooperativen Pflanzenproduktionsbetrieben mit mehreren tausend Hektar Nutzfläche, die sich im Gegensatz zur Kooperation der sechziger Jahre ökonomisch und juristisch verselbständigten. Dieser Prozess verlief in der Regel unter massivem Druck der SED, so dass sich viele kleine und schwache LPG zu Groß-LPG zusammenschlossen, wie es auch viele LPG des Typs I und Typs III im Dresdner Umland taten. Als Beispiele der großen und spezialisierten Einheiten in und um Dresden sind zu nennen:

- LPG Frühgemüsezentrum in Dresden-Kaditz/Radebeul,
- Kooperative Handelseinrichtung der GPG »Floradres«, Dresden, »Centraflor«,
- Sauenzuchtanlage Dresden-Nord, Hellerau,
- KOG/Kooperative Abteilung Pflanzenproduktion (KAP) Dresden-Nord,
- Kooperative Pflanzenproduktion Bannewitz,
- 2000er Milchviehanlage Possendorf und Großberkmannsdorf (MVA),
- Kooperative Abteilung Obstproduktion Borthen/Gorknitz (KAO).

Eine große Anzahl LPG des Dresdner Umlandes wirtschaftete nicht rentabel. Als ständiges Sorgenkind bei der staatlichen Leitung, gelegentlich von der Tagespresse thematisiert, galt z. B. die LPG in Berbisdorf im Moritzburger Land. Aufgrund des mangelhaften Betriebsergebnisses konnten diese LPG ihre Beschäftigten nicht zufriedenstellend bezahlen, was die allgemeine Moral belastete. Deshalb drängte die staatliche Leitung auf Kooperation mit anderen LPG, um eine gewisse Nivellierung der Verhältnisse zu schaffen. Dem Gartenbau gelang es dagegen, beim Gemüse- und Zierpflanzenanbau bessere Kostensätze zu erreichen. Die Erzeugnisse fanden stets ihre Abnehmer, zumal die Versorgung der Bevölkerung auf diesem Sektor nicht krisenfrei war. Im Elbtal erzielten die Gemüsebauern vergleichsweise hohe Erträge, wie z. B. beim Tomaten- und Gurkenanbau im Jahre 1969.

Neben den KAP, wie sie sich nunmehr nannten, entstanden zwangsläufig »Rumpf-LPG«, die nicht mehr bodengebunden waren und nur noch von der Viehwirtschaft lebten. Diese kooperierten ihrerseits untereinander zwecks Futtermittellieferung. Mit dem Auftauchen dieser »Rumpf-LPG« kann man von den herkömmlichen LPG mit einheitlichem Reproduktionsprozess nicht mehr sprechen.

Etwa ab 1977 fand der Prozess der Vergrößerung der Landwirtschaftsbetriebe auf dem nur noch kooperativ zulässigen Wege seinen Abschluss, indem ökonomisch und juristisch selbständige Groß-LPG, sowohl der Pflanzen- als auch Tierproduktion, gegründet wurden (LPG-P bzw. LPG-T). Spätestens hier hatten die Mitglieder der LPG der sechziger Jahre die Identifikation mit ihrem Betrieb, der eigentlich eine Genossenschaft sein sollte, völlig verloren. Aber auch die Erträge, Produktionsergebnisse und Kostenzunahme dieser neuen »Wunschkinder« des verantwortlichen Sekretärs für Landwirtschaft des ZK der SED, Gerhard Grüneberg, rechtfertigten nicht die gewaltige Transformation der Landwirtschaftsbetriebe »von oben«.

Durchsetzung der industriemäßigen Produktion – 1980 bis 1989

Zehn Jahre vor dem Ende der DDR standen die LPG vor der letzten Etappe ihres Weges, ehe sie 1990 aufgelöst und in andere, privatrechtliche Betriebsformen umgewandelt werden mussten. In diesem Zeitabschnitt wurden Formen der industriemäßigen Produktion in der Landwirtschaft der DDR eingeführt – die Agrarpolitik der SED hatte sie schon seit 1963/64 avisiert.

Trotz Produktion in Großanlagen, wie 2000er bis 4000er Milchviehanlagen, Schweinemast- und -zuchtanlagen mit 184 000 Tierplätzen, Rindermastanlagen mit über 10 000 Tieren und Pflanzenproduktion in LPG-P mit bis zu 10 000 ha, litt die Landwirtschaft unter systembedingten Versorgungsmängeln. Es fehlte mehr denn je an Kraftstoff, Baukapazität und Ersatzteilen für moderne Landtechnik. 47 Prozent des Landmaschinenbestandes der DDR waren abgeschrieben. Der Verschleißgrad lag in den achtziger Jahren bei 70 Prozent. Die Reparaturkosten in den LPG überstiegen die Investitionsaufwendungen für neue Landtechnik. Betrag der Instandsetzungsaufwand in den siebziger Jahren bereits 350 bis 450 M/ha, so belasteten diese Kosten zum Ende der achtziger Jahre die LPG durch aufgeblähte Werkstattkomplexe mit vielen Arbeitskräften in Höhe von 700 M/ha. Die Divergenz von Selbstkosten, Erzeuger- und Endverbraucherpreisen nahm auch in der Landwirtschaft in volkswirtschaftlich unverantwortlicher Weise zu.

Im März 1990, kurz vor der Liquidation der LPG nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz, konnten im Bezirk Dresden 72 Kooperationsgemeinschaften gezählt werden, daneben 73 kooperative Einrichtungen im Hilfs- und Nebenbereich. Außerhalb dieser kooperativen Verbände hatten sich dennoch zehn LPG, davon sogar eine vom Typ I, ihre betriebliche Selbständigkeit bis zum Ende der DDR bewahrt. Im Kreis Dresden existierten fünf KOG und sieben kooperative Einrichtungen. Die LPG Typ I in Meusegast bei Heidenau hatte sich sogar »nichtgebunden« ihren Status erhalten.³ All diese Betriebe boten Arbeit und Brot für 4350 »Genossenschaftsbauern« und Landarbeiter im Kreis Dresden-Land.



Wirtschaftshof der LPG Grenzland, Liebenau, Kreis Dippoldiswalde, Foto Petik, 1990

Fazit

LPG und GPG hatte es 38 Jahre lang gegeben. Sie unterlagen der staatlichen Planwirtschaft. Ihre Umwandlung von den zentralistisch gelenkten in private, marktwirtschaftlich ausgerichtete Unternehmen war unumgänglich, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Auch heute gibt es landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, »Agrargenossenschaften e. G.« genannt. Diese sind jedoch rechtlich total anders als die LPG strukturiert.

Gegenwärtig hat Sachsen nur noch etwa 23 Prozent der ehemals Beschäftigten in der Land-, Forst- und Gartenwirtschaft bei einer wesentlich höheren Bruttoproduktion und geringeren spezifischen Kosten.⁴ Von insgesamt 4434 landwirtschaftlichen Betrieben in Sachsen im Jahre 2005 wurden von ehemaligen LPG-Angehörigen im Zuge der Reprivatisierung 214 eingetragene Genossenschaften gebildet. 3371 Bauern wagten den Schritt als Einzelunternehmer.

Die Leistungen der LPG/GPG im Dresdner Umland bei der Versorgung der Bevölkerung lagen in den Jahren ihrer Existenz z. T. über dem Durchschnitt des Bezirkes und konnten sich auch mit Regionen, die über bessere Böden verfügten, durchaus vergleichen. Beispielsweise betrug das Aufkommen an Schlachtvieh der Kreise Dresden-Stadt und -Land gegenüber dem gesamten Bezirk Dresden 1963 153 Prozent und 1969 137 Prozent, bei Eiern 1969 112 Prozent. Nur bei Milch waren diese LPG ständig »Schuldner«.

Die zahlreichen Gärtnereien, die im Stadtgebiet zur Groß-GPG »Floradres« vereinigt worden waren, prägten bis 1990 das Stadtbild und bestätigten den Ruf Dresdens als

Gartenstadt. Ein nicht unwesentlicher Teil der Flächen der LPG »Frühgemüsezentrum« in Dresden und Radebeul fiel nach der staatlichen Einheit allerdings ungehemmtem Bauen zum Opfer.

Schwerwiegend für die Bauern waren vor allem die politischen Restriktionen der SED und des Staates. Sie führten im sozialen und mentalen Bereich zu totalen Veränderungen, deren Spuren noch heute im Dorfbild zu erkennen sind. Mit dem erzwungenen Eintritt in die LPG hatten die Bauern aufgehört, als Unternehmer zu leben. Sie lehnten sich gleichsam zurück: »Das geht mich alles gar nichts mehr an.« Unternehmerrisiko bestand für sie nicht mehr. Betriebskapital war frei geworden, um die Wohnung zu modernisieren und einen »Wartburg« zu kaufen. Die Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion zu Anfang der siebziger Jahre zerstörte dann die Identifikation mit den frühen LPG, die sich nach etwa zehn Jahren kollektiver Arbeit einzustellen begonnen hatte. Im Dorf waren andere soziale Schichten entstanden, und der Weg zum Agrarproletariat führte über Schichtarbeit in industriemäßigen Anlagen. Auch Leitungsfunktion übernahmen die »Genossenschaftler« ungern. Ihre Kinder erlernten sehr oft artfremde Berufe, und so empfanden die Nachfahren den Grundbucheintrag über das Land der Väter als fiktive Größe. Deshalb gibt es unter den Wiedereinrichtern von heute so wenige Nachkommen von ehemaligen LPG-Bauern. Seit 1990 gab es auf dem Land auch personell einen völligen Neuanfang.

Anmerkungen

- 1 Diese Ausführungen fußen auf der Dissertation (Entwurf 2005) des Verfassers: »Die Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in den sächsischen Bezirken zwischen 1960 und 1969«. Die Zahlenangaben entstammen nachstehend aufgeführten Quellen.
- 2 1963 bauten die LPG von Dresden-Stadt und -Land auf Anordnung 690 ha Mais an, was rund 5,3 Prozent der Anbaufläche des Bezirkes Dresden entsprach. Das war mehr als z. B. im agrarisch geprägten Kreis Löbau. Verg. Stat. Jahrbuch 1964, Bezirk Dresden, S. 91 und 93.
- 3 »Angaben über die LPG, VEG und ZBE der Pflanzen- und Tierproduktion nach Kreisen und Kooperationen – Stand März 1990«, R.d.B. Dresden, Stellvertreter des Vorsitzenden für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft – Dienstsache –.
- 4 Errechnet aus den Angaben des Statistischen Jahrbuches der DDR 1988, S. 182, und dem Agrarbericht des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft 2006, Entwurf für 2005 und »Land- und Ernährungswirtschaft, Daten aus dem Berichtsjahr 2005«.

Die Dresdner Künstlergenossenschaft

KUNST DER ZEIT

In der Nazizeit wurden 1934 alle Künstlerverbände zerschlagen. Wie anderen fehlte es auch den bildenden Künstlern an Kommunikation und Austausch. Vielen Künstlern war Berufsverbot auferlegt worden, sie konnten ihre Arbeiten nicht zeigen, mussten schweigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg einen Neuanfang zu finden, war dann aus vielen Gründen schwer. Im Grünen Haus in Dresden-Strehlen stellte eine lose Vereinigung von Künstlern unter dem Namen »Der Ruf« ihre Arbeiten vor. Neben einigen Jüngeren beteiligten sich ehemalige Mitglieder der Dresdner Sezession 1932, u. a. Werner Hofmann, Hans Christoph, Edmund Kesting, Hermann Glöckner, Siegfried Donndorf und Erna Lincke. Ihr künstlerisches Anliegen war darauf gerichtet, die 1933 verbotene Kunst wieder zugänglich zu machen und für einen weiten Kunstbegriff zu werben. Später gründete sich die Künstlergruppe »Das Ufer«; zu ihr gehörten vor allem die ehemaligen ASSO-Künstler.

Diese Gruppen organisierten erste Ausstellungen, teilweise in entlegene Gegenden. »Kunst aufs Land« hieß später eine ihrer Parolen. Thematisch bezog sich die Kunst der Nachkriegszeit auf das unmittelbare Erleben: den Wiederaufbau Dresdens, die Landschaft der Umgebung, Porträts von Freunden, Stilleben.

Keine der Gruppen verfügte über eigene Räume, Ausstellungsfläche war kaum vorhanden, eine ständige Präsentation von bildender wie angewandter Kunst war nicht möglich. Wo auch, Dresden lag in Trümmern! Mit der gesellschaftlichen Neuorientierung und dem Wiederaufbau der Stadt fand sich schließlich auch eine neue Organisationsform für die Künstler – die Genossenschaft! Am 28. November 1953 wurde im Kulturraum der Leo-Werke mit Unterstützung des neu entstandenen Künstlerverbandes die »Verkaufsgenossenschaft bildender Künstler Dresden« gegründet. 69 Künstler, u. a. Siegfried Donndorf, Johannes Kühl, Erna Lincke, Rudolf Nehmer, Eugen Hoffmann, Franz Nolde, Eva Schulze-Knabe, Fritz Tröger, Willy Petzold, Jürgen Seidel, Hilde Stilijanow, Willy Wolff, traten am Gründungstag der Genossenschaft bei. Am nächsten Tag folgten Hans Kinder, Hans Jüchser, Karl Timmler, Lea und Hans Grundig, Erich Fraaß, Ernst-Günther Neumann, Carl Lohse, Theodor Rosenhauer, Ernst Hasebrauck, Curt Querner. Ende 1953 zählte die Genossenschaft bereits 158 Mitglieder und wuchs in den Folgejahren auf 200.

Das Statut, in der Gründungsversammlung beschlossen, war zuvor vom Kulturministerium genehmigt worden und regelte auch die Strukturen der Verkaufsgenossenschaft.



Jury-Tagung der Künstlergenossenschaft 1977
(v.l.: Rudolf Nehmer, Alfred Hesse, Fred Walther, Ann Siebert, Erna Lincke), Foto M. Gröning

Die Künstler zahlten einen Eintrittsbeitrag in Höhe von 30 MDN, der Vorstand wurde gewählt und seinen Vorsitz übernahm Siegfried Donndorf, der aus der Ufer-Gruppe gute Erfahrungen besaß. Max Seydewitz, der damalige Direktor der Staatlichen Kunstsammlungen, gewährte der Künstlergenossenschaft im Klingersaal des Albertinums ein Arbeitspodium.

Die Genossenschaft arbeitete auf der Grundlage des Statutes, in dem es heißt: »Die Genossenschaft vereint bildende Künstler. Sie ist eine gemeinnützige und juristisch selbständige Verkaufs- und Ausstellungseinrichtung ihrer Mitglieder.« Höchstes Organ der Genossenschaft war die Mitgliederversammlung. Aus ihr wurden der Vorstand und die Revisionskommission gewählt. Der Vorstand selbst bildete einzelne Arbeitsgruppen, so u. a. Jury, Ausstellungen, Soziales, Werbung. Erna Lincke, die nach dem Tod von Siegfried Donndorf den Vorsitz des Vorstandes übernommen hatte, leitete das Unternehmen. Ihr zugeordnet war mit Charlotte Gruner eine Sekretärin, die zugleich verantwortlich war für die Verkaufseinrichtung.

Fast zeitgleich waren auch in anderen Städten der DDR Künstlergenossenschaften gegründet worden – in Meißen, Karl-Marx-Stadt (heute wieder Chemnitz), Leipzig, Weimar, Halle, Berlin, Hildburghausen, Rostock. (1990 bestanden noch Dresden, Meißen, Chemnitz, Leipzig, Weimar. Berlin, Halle, Rostock wurden vom Staatlichen Kunsthandel Mitte der sechziger Jahre übernommen).

Mit dem Wiederaufbau des Stadtzentrums und der damaligen Ernst-Thälmann-Straße wurde auch für KUNST DER ZEIT eine Fläche geplant. Am 8. Januar 1960 erfolgte die Übergabe des speziell für KUNST DER ZEIT gebauten Galerie- und Ladengeschäftes vis-à-vis vom Stadtmuseum. Zeitzeugen berichteten von dem spektakulären Umzug vom Albertinum in die Ernst-Thälmann-Straße 7. Die beteiligten Künstler trugen Bilderkisten und Plastiken, Ausstellungswände und Bilderrahmen vorbei an den Trümmern der Frauenkirche in das neue Domizil. Allein die Passage im Erdgeschoss mit ihrer Mittelvitruine und den großen Schaufenstern bot einen imposanten Anblick. Innen führte eine Marmortreppe in die Ausstellungs- und Verkaufsräume. Die Inneneinrichtung war von den Hellerauer Werkstätten gefertigt und eingebaut worden. Alles war vom Feinsten!

Damit war die Basis für umfangreiche Ausstellungen gegeben. Auf etwa 400 m² Ausstellungsfläche konnten Malerei, Grafik, Plastik und Keramik gut platziert werden. Auch Werkkunst wurde präsentiert und zum Verkauf angeboten. Intensives Ausstellungsgeschehen entwickelte sich, von dem noch im Einzelnen die Rede sein wird. In den gut 40 Jahren des Bestehens von KUNST DER ZEIT fanden über 500 Personal- und Gemeinschaftsausstellungen statt, z.T. auch außerhalb von Dresden. Am Jahresende fand jeweils eine Mitgliederausstellung statt, an der alle Künstler der Genossenschaft teilnehmen konnten. Die Jury erfüllte dabei eine wichtige Aufgabe.

Erinnert sei an eine große Ausstellung im Dommuseum Lübeck vom 18. Januar bis 9. Februar 1969. Im geteilten Deutschland war das ein wesentliches Ereignis! Heute ist kaum zu ermessen, mit welchen Mühen und Erschwernissen die Initiatoren damals zu kämpfen hatten. Nicht nur die Genehmigungswege beim Zentralverband und beim Ministerium, auch der profane Transport war eine Meisterleistung! Als Handgepäck wurden 195 künstlerische Arbeiten von Johannes Kühl, Erna Lincke und Manfred Schubert im Interzonenzug nach Lübeck transportiert. Die Ausstellung wurde nachts aufgebaut, am nächsten Tag wurde sie eröffnet. Die Dresdner Künstler hatten erst drei Tage zuvor die Reiseerlaubnis erhalten! Die Ausstellung »Dresdner Kunst der letzten 50 Jahre« erfuhr viel Aufmerksamkeit. In den »Lübecker Nachrichten« (21.1.1969) wurde Senator Heine mit seiner Eröffnungsrede zitiert: »Die Zweiteilung der Ausstellung ist durch das Weltgeschehen begründet. Die Werke vor 1945 sind Zeuge unseres gemeinsam getragenen Schicksals! Besonderes Interesse erweckt jedoch die ›Sprache‹ der Arbeiten, seitdem wir verschiedene Wege gegangen und gewiesen sind!« Verschiedene Rezensenten bemerkten, dass sie zwar mit den Inhalten nicht umgehen könnten, dass jedoch »handwerklicher Perfektionismus zu erkennen sei!«, und Manfred Schuberts Satz in seiner Eröffnungsrede, »Existenz- und Lebensangst sind uns fremd« wurde mehrfach in den Tageszeitungen zitiert. Die deutschen Lebenswelten lagen schon weit auseinander. 1966 war der Kontakt zustande gekommen, die »Gruppe 56 – Schleswig-Holstein« stellte

Kunstgespräch mit Dietrich Nitzsche, Anfang der achtziger Jahre



zuerst in den Räumen von KUNST DER ZEIT aus. Eine weitere Zusammenarbeit fand allerdings nicht mehr statt, sie war vom Kulturministerium der DDR unterbunden worden. Auch die geplanten Bildankäufe vom Senat Lübeck bei KUNST DER ZEIT wurden nicht realisiert.

Einige Kollegen der Ausstellungsgruppe übernahmen das Organisieren von Ausstellungen in Volkseigenen Betrieben. Diese wiederum nahmen gezielt Ankäufe von Kunst vor. Erste Betriebsverträge zwischen von KUNST DER ZEIT vermittelten Künstlern und den Kulturbeauftragten der VEB wurden abgeschlossen, Malzirkel entstanden. Gleichzeitig traten Betriebe und Privatpersonen als förderndes Mitglied der Künstlergenossenschaft bei und konnten Jahreshgaben zum Vorzugspreis erwerben. Neue Märkte wurden erschlossen. Das Geschäft des Staatlichen Handels in Berlin – bekannt unter dem Namen »Moderne Kunst« – war Ende der sechziger Jahre infolge unwirtschaftlichen Arbeitens geschlossen worden. KUNST DER ZEIT Dresden kaufte aus Kreditmitteln – bereitgestellt von der Gewerbebank – den Warenbestand (Malerei, Grafik, Plastik), übernahm einen Mitarbeiter und eröffnete in der Löwestraße in Berlin ein Depot.

Mit Fleiß und durchdachten Aktivitäten erreichte das Team um Erna Lincke, der langjährigen Vorsitzenden der Genossenschaft, einen anerkannten Platz im Dresdner Kunstgeschehen. Ausstellungseröffnungen und Kunstgespräche wurden gut besuchte Treffs, auch Studenten und angehenden Künstlern aller Genres bot KUNST DER ZEIT Möglichkeiten der Präsentation. Prof. Gret Palucca als förderndes Mitglied ließ sehr gern ihre Schüler in den Räumen der Galerie zu moderner Musik tanzen, dargeboten von Studenten der Hochschule für Musik. Mit dem Haus verbundene Schauspieler, Sänger und Musiker gestalteten Abendprogramme, Schriftsteller hielten Buchlesungen.

Ende der siebziger Jahre verjüngte sich der Vorstand, und Verantwortungsbereiche wurden klarer abgegrenzt. Die Autorin dieses Textes wurde 1979 Geschäftsführerin. Sie

wurde verantwortlich für die Koordination und damit quasi das Gesamtgeschehen der Genossenschaft, für An- und Verkauf und Finanzen, für Mitgliederbetreuung, Kunstgespräche und Vernissagen und die Mitarbeiter des Hauses.

Mit den Jahren entwickelte sich KUNST DER ZEIT zu einem hervorragend funktionierenden Unternehmen. Kontinuierliche Arbeit eröffnete zusätzliche Aktionsfelder. Architekten schätzten die zuverlässige Zusammenarbeit bei Innen- und Außengestaltungen. In Hotels, Krankenhäusern, Ferieneinrichtungen sowie im öffentlichen Raum wurden künstlerische Arbeiten platziert, die KUNST DER ZEIT vermittelt hatte. Ab etwa 1980 erschien zu fast jeder Personalausstellung sowie auch zu den thematischen Reihen ein Katalog in Regie von Fred Walther.

Auch ökonomisch ging es voran. Der Kredit für den Ankauf von »Moderne Kunst« Berlin war längst zurückgezahlt, und Rücklagen konnten gebildet werden. Gemeinsam mit KUNST DER ZEIT Leipzig unterhielt die Dresdner Genossenschaft seit 1986 ein Ferienhaus in Sosopol am Schwarzen Meer in Bulgarien. Etwa 120 Künstlern und engagierten Mitarbeitern konnte ein Studienaufenthalt in Sosopol finanziert werden. Sozial schwache Kollegen wurden mit Ankäufen und gelegentlich auch mit Zuwendungen unterstützt.

Das Thema Ausstellungen war immer das beherrschende Thema der Vorstandssitzungen. Das wohl einschneidendste Ereignis in der Geschichte der Genossenschaft war die Schließung der Willy-Wolff-Ausstellung 1969 fünf Stunden vor der geplanten Ausstellungseröffnung. Auf Veranlassung der SED-Bezirksleitung Dresden und Lea Grundigs mussten alle Arbeiten abgehängt und aus den Räumen entfernt werden. Willy Wolff hat diese Willkür nie verwunden, und KUNST DER ZEIT entstand neben einem finanziellen auch ein enormer ideeller Schaden. Die ideologischen Bevormundungen jener Zeit gipfelten darin, dass fortan alle Ausstellungspläne dem Rat der Stadt vorgelegt und vom Rat des Bezirkes genehmigt werden mussten. Unbotmäßige Künstler hatten kaum eine Chance, Präsentationen von Künstlern aus der westlichen Welt waren nicht mehr gestattet. 1973 konnte der Ungar Ernő Kunt seine Holzschnitte ausstellen und Ende der siebziger Jahre gelangte eine komplette Exposition des Ungarn György Hadnagy aus der Schweiz nach Dresden. Diese Ausstellung war zwar nicht genehmigt, fand jedoch statt. Allerdings gestaltete sich der Transport nach Ungarn problematisch, der Zoll versagte die Ausfuhrpapiere! Das Ministerium für Außenhandel erteilte später die Ausfuhrgenehmigung, es waren also Schikane der örtlichen Organe, denen KUNST DER ZEIT ausgesetzt war.

Ab Ende der siebziger Jahre wurden unter Federführung von Ann Siebert, Jürgen Seidel, Ernst Günther Neumann pro Jahr etwa acht Ausstellungen vorbereitet und gestaltet von Michael Hofmann, Günther Torges und Klaus Wehner. Thematische Ausstellungen waren eine besondere Herausforderung. Solche Präsentationen waren: »Besinnung und Erneuerung«, »Die Figur in der bildenden Kunst«, »Das Tier in der bildenden Kunst«, »Karneval«, »Phantastik in der bildenden Kunst«, »Sosopol«, »Der Baum«, »Assemblagen«, »Entdeckungen – lateinamerikanische Künstler« und »30 Jahre KUNST DER ZEIT«. In Zusammenarbeit mit dem Verband Bildender Künstler entstand die Ausstellung »Junge Künstler«. Aus Anlass des 225. Jahrestages der Gründung der

Verkaufsräume in
KUNST DER ZEIT,
Ausstellung
Renate Jaeger –
Applikationen;
Erika Liebig –
Keramik.
Foto privat, 1984



Hochschule für Bildende Künste Dresden wurde 1989 die Ausstellung »Plastik« initiiert. Lehrer der Hochschule präsentierten hier ihre Arbeiten: Hellmut Heinze, Gerd Jaeger, Dietrich Nitzsche, Detlev Reinemer, Klaus Schwabe, Klaus-Michael Stephan.

Anfang der siebziger Jahre entstanden die von der Stadt finanzierten Stadtbezirksgalerien, die finanziell für KUNST DER ZEIT keine Konkurrenz waren. Für die junge Künstlergeneration waren sie freilich sehr attraktiv. Dennoch waren bis in die neunziger Jahre Ausstellungen der Dresdner Künstlergenossenschaft überregional begehrt. Unter anderem konnte für die Städtischen Museen Jena 1985 eine umfangreiche Exposition zusammengetragen werden, an der 28 Künstler beteiligt waren. Noch im März 1990 stellte der Kunstverein Erlangen Ausstellungsfläche zur Verfügung – 12 Dresdner Künstler waren vertreten. Exakt zum Tag der Einheit 1990 beteiligte sich schließlich KUNST DER ZEIT in Schloss Reinbek/Hamburg an der Kunst- und Antiquitätenmesse als alleiniger Aussteller aus der ehemaligen DDR. Der Messestand wurde kostenlos zur Verfügung gestellt, neun Künstler wurden präsentiert. Der Kunstverein Speyer lud 1991 elf Künstler in sein Ausstellungshaus ein.

Ab Anfang der achtziger Jahre wurde die Bereitstellung bzw. Beschaffung von Kunsthandwerk zunehmend zum Problem. KUNST DER ZEIT erhielt von den Keramikern nur die Erzeugnisse, die diese nicht für die vertraglich vereinbarten Lieferungen an den Staatlichen Kunsthandel abliefern mussten.

Im Jahre 1985 begann ein nie ganz aufgeklärter direkter Beschuss auf KUNST DER ZEIT. Plötzlich wurden Festlegungen, die seit 1953 praktiziert wurden, als statutenwidrig ausgelegt. Verkaufsverbote ergingen – Bücher, Keramik, Werkkunst, Unikate, Schmuck, die neben der bildenden Kunst einen wesentlichen Faktor im Handel bildeten, sollten

aus dem Angebot bei KUNST DER ZEIT verschwinden. Das hätte die finanzielle Basis der Genossenschaft untergraben. Die Künstlerschaft war über diese Machenschaften empört und antwortete mit Sympathiebekundungen, es gab viele neue Eintritte in die Genossenschaft; mittlerweile konnten 500 Mitglieder gezählt werden!

Aber auch die Ärgernisse mit dem Ministerium für Kultur nahmen zu. Ein Mitarbeiter des Rates der Stadt wurde dem Vorstand beigeordnet, er hatte die Aufgabe, politische Strömungen innerhalb des Vorstandes zu beobachten. Auch andere Künstlergenossenschaften wurden massiv unter Druck gesetzt, in jeder Stadt unterschiedlich. Nur die Grundtendenz war immer die gleiche – vermutlich sollte jegliche Konkurrenz gegenüber dem Staatlichen Kunsthandel ausgeschaltet werden. Dabei waren die Genossenschaften keine Konkurrenz, sie behaupteten sich nur gegenüber dem staatlichen Monopol. In der Hierarchie waren sie ganz unten angesiedelt, erhielten keine Ausstattungsaufträge, keine Planungskennziffern, keine Förderungen. Die gelebte Gemeinnützigkeit wurde bewusst übersehen. Anfang 1989 suchte der Dresdner Vorsitzende des Vorstandes von KUNST DER ZEIT im Namen aller Künstlergenossenschaften ein persönliches Gespräch mit dem Minister für Kultur, Dietmar Keller. Das Ergebnis war verblüffend, die Botschaft lautete: Es kann alles bleiben wie es war, das Statut bleibt Arbeitsgrundlage und behält seine Gültigkeit! Herrn Dr. Keller waren angeblich die Initiatoren der Kampagne gegen die Genossenschaften nicht bekannt.

Mit der Wende 1989/90 musste auch KUNST DER ZEIT neue Wege gehen. Zunächst wurde die Künstlergenossenschaft als Ziel von Kunstreisen nach Dresden angepriesen, und tatsächlich konnten zunächst für bildende Kunst traumhafte Umsätze realisiert werden. Mit der Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 kehrte jedoch eine gespenstische Stille ein. Nun interessierte sich niemand mehr für Kunst, niemand besuchte Ausstellungen, auch Kunsthandwerk kaufte kaum jemand. Die Situation war beängstigend.

Die Genossenschaft lebte von der Substanz, zehn Mitarbeiter mussten entlassen werden. Das Ausstellungsprogramm wurde dennoch weitergeführt. Der Staatliche Kunsthandel existierte nicht mehr, und die ersten privaten Galerien entstanden. Für KUNST DER ZEIT mussten neue Verdienstquellen erschlossen werden – so erhielt die Künstlergenossenschaft oftmals den Zuschlag zur Ausstattung von Krankenhäusern und Hotels. Die größte Herausforderung war damals die künstlerische Ausgestaltung der »MS Dresden«, eines Hotelschiffs, das zwischen Hamburg und Dresden auf der Elbe kreuzte. Pünktlich konnte das Schiff dem Nutzer übergeben werden. Solche zeitaufwendigen Aktivitäten reichten aber nicht aus, um sich finanziell zu erholen, das Tagesgeschäft fehlte. Auch die Sicherheit des Objektes war nicht mehr gegeben, doch die Einbauten sollten vom Mieter selbst getragen werden. Die WOBA stellte Mietforderungen von monatlich fast 18000 DM, die von der Künstlergenossenschaft natürlich nicht realisiert werden konnten und schließlich Ende 1991 das Aus für KUNST DER ZEIT bedeuteten. Da nach einem gemeinsamen Beschluss der Mitglieder eine Genossenschaft neuen Rechts nicht angemeldet wurde, war die Existenz der alten Dresdner Künstlergenossenschaft am 31. Dezember beendet.

Barbara Biesold

Städtische Handwerksgenossenschaften und ihre Wurzeln in Sachsen

Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883), ein Sachse, gilt als Begründer der ersten deutschen Handwerksgenossenschaft. Als Abgeordneter der preußischen Nationalversammlung, konfrontiert mit dem Notstand der Arbeiter und Handwerker, sah er im genossenschaftlichen Zusammenschluss einen Lösungsansatz existenzieller Probleme im Handwerk auf Basis der »auf Gegenseitigkeit beruhenden Kooperationen«. So rief er 1849 eine Schuhmacherassoziation als erste erfolgreiche deutsche Handwerksgenossenschaft in Delitzsch ins Leben.¹ Das Schuhmacherhandwerk war weit verbreitet und der gemeinsame Einkauf dringend erforderlich, um die Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Handwerker zu sichern. Heute befinden sich im Haus des Schuhmachers Brendecke (Kreuzgasse 10 in Delitzsch), in dem die Schuhmacherassoziation gegründet wurde, Museum und Gedenkstätte für Schulze-Delitzsch (im weiteren Schulze).

Da sich die Lage im Handwerk mit der Einführung der Gewerbefreiheit, der Zunahme der Industrialisierung und dem freien Wettbewerb verschlechterte, verankerte Schulze für das Handwerk zwei Arten von Genossenschaften in seinem Entwurf für ein Genossenschaftsgesetz (GenG). Dazu gehören Rohstoffvereine für »gemeinschaftlichen Bezug der Rohstoffe, aber auch gemeinsame Anschaffung von Maschinen und Arbeitsvorrichtungen«, später als Einkaufsgenossenschaften bezeichnet, und Produktivgenossenschaften als Form des Zusammenschlusses für eine Anzahl von Handwerkern und/oder Arbeitern zum gemeinsamen Betrieb eines Gewerbes auf eigene Rechnung und Gefahr. Schulze sah die Produktivgenossenschaft als eine »reife« Kooperationsform mit einer starken sozialen Flanke, aber zugleich als schwierigste Form. Sie war ihm ein Mittel, um individuell nicht existenzfähigen Handwerkern und wirtschaftlich abhängigen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, einen Gewerbebetrieb auf gemeinschaftliche Rechnung zu errichten. Für die Lebensfähigkeit und den Erfolg dieser Genossenschaften stellte Schulze Prämissen auf, die noch heute für Genossenschaftsgründungen bedeutend sind:

- der Entschluss zur Gründung von Produktivgenossenschaften muss als Akt der Selbsthilfe aus den Reihen der Handwerker und Arbeiter selbst kommen, also auf Freiwilligkeit beruhen,
- die Kapitalaufbringung muss vor der Gründung geklärt sein und
- eine »genossenschaftliche Vorschule« soll für die Ausbildung der geschäftlichen Routine und des genossenschaftlichen Geistes unter den Mitgliedern sorgen.



Fett- und Talgschmelze im Schlachthof Leipziger Straße, 1913

Der Zweck einer Genossenschaft besteht noch heute in der Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren sozialer und kulturellen Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb (§1 GenG).² Genossenschaftliche Handwerksunternehmen bieten wie keine andere Rechtsform die Möglichkeit der demokratischen Willensbildung und Mitentscheidung der Mitglieder.

Dresdner Handwerksgenossenschaften vor 1946

Keimzellen für die Gründung der ersten Handwerksgenossenschaften in Dresden waren die Innungen. Gewerkespezifisch hatten sich die Handwerker in Innungen zusammengeschlossen, um sowohl fachliche als auch wirtschaftliche Probleme gemeinsam zu lösen. Die fortschreitende Industrialisierung und der damit verbundene Wettbewerbs- und Preisdruck sowie Lohnkämpfe verschlechterten die Arbeitsbedingungen im Handwerk. So entstanden um die Jahrhundertwende z. B. Zusammenschlüsse von Dresdner Schneidern, Schuhmachern und Friseuren. Auch das stark vertretene Fleischer- und Bäckerhandwerk bündelte die Kräfte. Daraus sind zwei Dresdner Genossenschaften hervorgegangen, die bis zum heutigen Tag markt- und wettbewerbsfähig sind. Deshalb soll auf ihre Entwicklung näher eingegangen werden.

Der damalige Obermeister der Dresdner Fleischerinnung und Stadtrat, Gustav Müller, initiierte gemeinsam mit einigen Meistern zunächst 1896 eine »Freie Vereinigung für Häute und Felleverwertung«, aus der sich 1897 die »Genossenschaft für Einkauf und Verwertung von Fleischerei-Rohprodukten und -Rohstoffen« bildete. Diese Genossen-

schaft, deren Gründung mit 35 Mitgliedern erfolgte, wuchs bereits nach einem Jahr auf 141 Mitglieder und mietete sich 1908 als »Einkauf und Verwertung von Fleischerei-Rohprodukten und -Rohstoffen e.G.m.b.H. (eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung) in den städtischen Vieh- und Schlachthof der Stadt Dresden zur Häute- und Talgverwertung ein. Der wirtschaftliche Nutzen für das Fleischerhandwerk war bedeutend. Das Rohmaterial wurde sach- und fachgerecht behandelt, und der erzielte Mehrerlös kam den Mitgliedern der Genossenschaft zugute. Die Leistungen der Genossenschaft wurden ständig erweitert. Bereits 1910 begann der Handel mit Gewürzen und Fleischereibedarfsartikeln.³

Auch die Dresdner Bäckermeister organisierten sich zunächst 1901 in einem Wirtschaftsverein. Der zunehmende Druck auf das Bäckerhandwerk veranlasste Bäckerobermeister August Adolf Albert Wendt, mit weiteren Meistern 1906 die »Einkaufs-Genossenschaft der Bäcker-Innung zu Dresden e.G.m.b.H.« zu gründen und den gemeinschaftlichen Einkauf der zum Betrieb des Bäckergewerbes erforderlichen Rohmaterialien und Bedarfsartikel für die Mitglieder zu organisieren. Mit einem geringen Sortiment und dürftiger Ausstattung nahm die Genossenschaft in einem Hinterhaus der Grunaer Straße 12 ihren Geschäftsbetrieb auf.⁴ Auch diese Genossenschaft entwickelte sich nach anfänglichen Akzeptanzproblemen erfolgreich, erhöhte die Mitgliederzahl, erweiterte die Leistungsangebote und stärkte die Wettbewerbsfähigkeit der Mitglieder.

Beide Genossenschaften waren den Dresdner Handwerkern und auch der Dresdner Bevölkerung während und zwischen den beiden Weltkriegen von großem Nutzen, um die Versorgung auch in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten. Es waren schwere Geschäftsjahre, geprägt von Umsatzrückgängen, Verlusten und Abschmelzen der Mitgliederzahl. Der Zweite Weltkrieg und die Zerstörung Dresdens brachten die Geschäftstätigkeit zunächst zum Erliegen. Die Entwicklung der Produktivgenossenschaften vollzog sich in diesem Zeitraum in Deutschland etwas verhaltener. Recherchen von H. Häntschke⁵ zeigen, dass sich etwa hundert Produktivgenossenschaften 1889 in den Geltungsbereich des Genossenschaftsgesetzes begaben, darunter Brotbäckereien, Brauereien, Tischlerwerkstätten und Schneidereien. In Dresden ist keine Gründung einer Produktivgenossenschaft in diesem Zeitraum bekannt.

Gründung und Entwicklung von Dresdner Handwerksgenossenschaften in der DDR

Die sowjetische Militärverwaltung erteilte den Befehl Nr. 160 vom 27. Mai 1946 über »die Zulassung von Handwerksgenossenschaften«. Die Hauptaufgaben lagen für die Genossenschaften in der Beschaffung von Rohstoffen, Materialien und Ausrüstung für die Mitglieder, in der Organisation des Verkaufs der hergestellten Erzeugnisse und Hilfeleistung für die Genossenschaftsmitglieder bei der technischen Vervollkommnung der Produktion, der Kontrolle der Qualität und der Preise. Auf der Basis eines Musterstatutes für die Handwerksgenossenschaften mussten sich bestehende Genossenschaften neu formieren, die Organe neu wählen und sich neu registrieren lassen.

Diese Chance nutzten die Bäcker und Konditoren in Dresden und gründeten bereits im Dezember 1946 die Bäcker- und Konditoren-Einkauf e.G.m.b.H., in der die Einzel-

genossenschaften der Bäcker, Konditoren, des Hefevertriebs und der Großeinkauf der sächsischen Bäckergenossenschaften vereinigt wurden, um die Wirtschaftskraft zu verstärken. Die Fleischer setzten ebenfalls ihre genossenschaftliche Arbeit fort und firmierten ab 1952 als Genossenschaft des Fleischerhandwerks e.G.m.b.H. Neugründungen erfolgten in dieser Zeit in Dresden mit etwa 20 Einkaufs- und Liefergenossenschaften (ELG) in den verschiedensten Gewerken, wie z.B. im Bauhaupt- und -nebenhandwerk (Dachdecker, Klempner, Maler/Lackierer, Glaser, Tischler, Elektrohandwerk, Ofensetzer), im dienstleistenden Handwerk (Friseure) sowie im Kfz-, Metall- und Bekleidungshandwerk, bei Sattlern/Tapezierern, Augenoptikern und in der Medizintechnik.⁶

Mit der Gründung der DDR und der nachfolgenden Gesetzgebung wurde das Genossenschaftsgesetz – formell nie außer Kraft gesetzt – überdeckt, und es entstand zunehmend eine Einbindung der Genossenschaften in die staatliche Leitung und Planung. Diese Entwicklung ist belegbar mit den Vorgaben in den Musterstatuten der ELG, zuletzt novelliert 1986. So wurde u.a. die politisch-ideologische Einflussnahme auf die Mitglieder gefordert, die Gewinnerzielungsabsicht der ELG ausgeschlossen und lediglich eine kostendeckende Arbeit gestattet. In der Rechnungsführung war die Fondsbildung vorgeschrieben und die Verteilung des Nettoüberschusses in diese Fonds. 50 Prozent des Überschusses mussten einem Reservefonds zugeführt werden, der nur zur Deckung von Verlusten einsetzbar war.

Die Investitionskraft der ELG war sehr eingeschränkt. Dennoch entwickelten sich die ELG positiv und bauten ihr Leistungsvermögen aus. Problematisch war jedoch der Mitgliederschwund, der mit den Rückgängen der Handwerksbetriebe eintrat. Trotz aller Instrumentalisierung durch den Staat blieben die ELG private Unternehmen ihrer Mitglieder, richteten den Förderzweck auf die wirtschaftlichen Erfordernisse aus und versuchten Rohstoffengpässe auszugleichen. Auch auf kulturellem Gebiet waren die ELG für die Handwerker aktiv.

Ausgehend von der 1952 gegebenen Grundorientierung des Staates zur Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse entwickelten sich in den fünfziger Jahren, nach dem Beispiel der Landwirtschaft, Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH). Abweichend vom ursprünglichen Ziel Schulzes, existenzgefährdeten Handwerkern und wirtschaftlich abhängigen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, einen produktivgenossenschaftlichen Gewerbebetrieb auf gemeinsame Rechnung zu errichten, wurde nunmehr die Vergesellschaftung der Produktionsmittel angestrebt. Das wird deutlich in der Rechtsstellung der PGH und in dem verfassungsrechtlich verankerten genossenschaftlichen Gemeineigentum.⁷ Nach dem Erlass der Verordnung vom 18.8.1955 über Produktionsgenossenschaften des Handwerks begann der sogenannte Vergesellschaftungsprozess im Handwerk.

Ab 1953 gründeten sich in der Stadt Dresden 69 PGH in verschiedenen Gewerken.⁸ Die erste PGH, die im Genossenschaftsregister der Stadt Dresden mit der Nr. 1 eingetragen wurde, war die Bauhandwerkliche Produktionsgenossenschaft »Aufbau« im Stadtbezirk Dresden-Nord. Mehr als 50 Prozent der Gründungen erfolgten im Jahr 1958. Die Gewerke Bau, Maler, Dachdecker, Klempner, Elektroinstallation, Friseure, Schuhmacher



Einkaufs- und Liefergenossenschaft des Bäcker- und Konditorhandwerks, Maxstraße 5, um 1970

und Mechaniker waren mit mehreren PGH in den einzelnen Stadtbezirken in Dresden ansässig. Die Gründungen erfolgten auf staatliche Veranlassung und nicht immer freiwillig. Dennoch nutzten viele Kleinbetriebe und Alleinmeister die Möglichkeit des genossenschaftlichen Zusammenschlusses, um ihre Tätigkeit in den PGH fortzusetzen und die Arbeitsplätze für ihre Mitarbeiter sowie Lehrstellen zu erhalten. In der Regel schlossen sich zwei bis vier Handwerksmeister mit ihren Mitarbeitern und Lehrlingen zusammen. Die Mitgliederzahl lag bei den Gründungen in Dresden im Durchschnitt bei etwa 25 Mitgliedern. In den Folgejahren erhöhte sich die Mitgliederzahl durch die Aufnahme neuer Mitglieder weiter. Interessant ist, dass vor allem im Bau-, Maler-, Elektro-, Klempner-, Ofensetzer- und Schuhmacherhandwerk sowie im Seifensieder-, Wäscher- und Plätterhandwerk zunehmend Beschäftigte aus volkseigenen Betrieben in die PGH-Mitgliedschaft wechselten.

Das Profil der PGH wurde mit dem Musterstatut der PGH von 1973 auf die Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Reparaturen ausgerichtet, und das genossenschaftliche Handwerk entwickelte sich zu einem leistungsfähigen Bereich. Die Genossenschaften waren zwar eingebunden in die staatliche Leitung und Planung, dennoch waren die Mitglieder am Vermögen und am Überschuss beteiligt und keine Arbeitnehmer. Die freie Entscheidung der Mitglieder war jedoch staatlich reglementiert, so war z. B. die Höhe der Gewinnausschüttung an staatlich vorgegebene Kriterien gebunden. Der verbleibende Überschuss musste nach der begrenzten Speisung der genossenschaftlichen Fonds in den Reservefonds eingestellt werden, der auf einem Sonderbankkonto festgeschrieben war und nur zu vorgeschriebenen Anlässen eingesetzt werden konnte. Aus diesem Grunde sammelten sich auf den Sonderbankkonten der PGH im Lauf der Jahre freie Eigenmittel an, die unverzinst brach lagen.

Transformationsprozess der Handwerksgenossenschaften nach 1990

Der Einigungsprozess in Deutschland beendete die blockierte Entwicklung der Genossenschaften in der DDR und stellte das genossenschaftlich organisierte Handwerk vor neue Herausforderungen. Einerseits musste die Umstellung auf die neue Markt- und

Wettbewerbssituation erfolgen, andererseits war es notwendig, die rechtlichen Grundlagen zu transformieren. Während z.B. die Konsumgenossenschaften, die Volks- und Raiffeisenbanken oder die Wohnungsgenossenschaften lediglich ihr Statut neu fassen mussten, wurde eine »Verordnung über die Gründung, Tätigkeit und Umwandlung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks« erlassen, deren Bestimmungen entsprechend für Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks galten.⁹ Gleichzeitig traten die Musterstatuten der PGH und ELG sowie die dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen außer Kraft.

Die Handwerksgenossenschaften hatten nun die Möglichkeit, sich auf Beschluss der Mitgliederversammlung in eine Personen- oder Kapitalgesellschaft umzuwandeln oder sich als eingetragene Genossenschaft auf der Grundlage des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, neu auszurichten. Genossenschaften, die den Erfordernissen dieser VO nicht nachkamen, galten ab 31.12.1992 als aufgelöst. Natürlich gab es viele Fragen und Probleme. Berater aus den alten Bundesländern favorisierten die Umwandlung in GmbH, auch weil ihnen die genossenschaftliche Rechtspraxis zu wenig bekannt war. Dieser Weg fand insbesondere bei PGH-Mitgliedern offene Ohren, da erstmals die Möglichkeit bestand, einen persönlichen Anteil an dem unteilbaren Fonds der PGH zu erhalten. Dazu kam, dass Produktivgenossenschaften in Westdeutschland relativ wenig Bedeutung hatten und ihnen Entwicklungschancen abgesprochen wurden. So versagte der damalige Zentralverband des Elektrohandwerks eine Zusammenarbeit mit PGH, was auch dazu führte, dass die PGH des Elektrohandwerks in der Stadt Dresden den genossenschaftlichen Weg verließen.

Im Dezember 1990 gründete sich in Dresden der Genossenschaftsverband Sachsen (Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e.V.,¹⁰ dem auch Handwerksgenossenschaften beitraten. Der Beratungstätigkeit dieses Verbandes ist es zu verdanken, dass sich in der Stadt Dresden Handwerksgenossenschaften weiter etablierten. Im Handwerkskammerbezirk Dresden hatten sich am 1.1.1990 von 265 PGH 114 in GmbH, 24 in andere Rechtsformen sowie 45 in eingetragene Genossenschaften umgewandelt, 82 befanden sich in Liquidation.¹¹

In der Stadt Dresden arbeiteten von den ehemals 22 ELG nach 1990 zehn als Handwerksgenossenschaften weiter. Die ELG, die in der Regel Großhandelsfunktion wahrnehmen, hatten einem starken Wettbewerbsdruck standzuhalten. Auch die genossenschaftlich organisierten Handwerker wurden auf dem freien Markt von vielen Anbietern frequentiert und machten mit diesen ihre Umsätze. Die ELG nahmen Kontakte auf zu westdeutschen Genossenschaften, um die Erfahrungen für die eigene Ausrichtung des Geschäftsbetriebes zu nutzen. Viele Standorte waren dazu nicht mehr geeignet, so dass neue Entscheidungen notwendig wurden. Die ELG beschritten dabei in ihrer Ausrichtung verschiedene Wege. Die ELG Friseur, Holzhandwerk und Dachdeckerhandwerk Dresden suchten sich starke genossenschaftliche Partner in den alten Bundesländern und fusionierten mit diesen Genossenschaften, so dass in und um Dresden an modernen Standorten Filialen der gemeinsamen Genossenschaften errichtet wurden.

Die ELG des Bäckerhandwerks Dresden absolvierte einen umfassenden Fusionsprozess mit sächsischen ELG des Bäckerhandwerks, und daraus entstand die BÄKO Mittelsachsen



BÄKO Ost eG in Groitzsch/Triebischtal 2006

eG. Dieser Konzentrationsprozess wurde bis 2005 zur BÄKO Ost eG fortgesetzt, die heute über zwei leistungsfähige Standorte verfügt und 730 Mitglieder hat, darunter 92 Bäckermeister aus Dresden. Der Förderzweck für die Mitglieder wurde auf die Belange der Mitglieder zugeschnitten und wesentlich erweitert. Neben dem Handelsgeschäft werden heute Beratung, Finanzierungshilfen und andere Dienstleistungen angeboten.

Die Fleischergenossenschaft Dresden nahm Kontakt zur MEGA Stuttgart eG auf, gründete mit dem Partner eine gemeinsame GmbH, in der die Genossenschaften Gesellschafter sind. Die Fleischergenossenschaft Dresden lagerte den Geschäftsbetrieb auf diese GmbH aus. Heute hat die FLEIGENO GmbH sich auf der Erfurter Straße in Dresden in einem modernen Fachgroßhandelszentrum als starker Partner für das Fleischerhandwerk und die Gastronomie etabliert – nach wie vor auf genossenschaftlicher Grundlage.

Die ELG Medizintechnik Dresden verlagerte ihren Standort nach Ortrand und ist heute überregional tätig. Drei Orthopädiemechanikermeister aus Dresden sind dort Mitglied.

Weitere Dresdner ELG setzten ihren Weg am Standort Dresden fort, konnten aber über die Jahre dem starken Wettbewerbsdruck nicht standhalten und haben den Geschäftsbetrieb inzwischen über Liquidation bzw. Insolvenz eingestellt.

Die Produktivgenossenschaften hatten es erheblich schwerer, unter marktwirtschaftlichen Bedingungen Akzeptanz zu finden. Trotz des Neubeginns waren sie politisch vorbelastet, und es wurden ihnen nur geringe Chancen eingeräumt. Von den 69 ehemaligen PGH der Stadt Dresden firmierten 1992 nur noch fünf Friseur-, drei Bau-, eine Dachdecker-, drei Schuhmacher-, eine Maler- sowie zwei Mechanikergenossenschaften und die PGH des Seifensieder-, Wäscher- und Plätterhandwerks als eG.

Ganz stabil haben sich die fünf Friseurgenossenschaften der Stadt Dresden entwickelt (die Figaro eG beging 2006 ihr 50-jähriges Bestehen!). Diese Genossenschaften erwirt-



FLEIGENO-Center der Fleischergenossenschaft in der Leipziger Straße

schaften heute ein Umsatzvolumen von insgesamt etwa 8,8 Mio., beschäftigen 347 Mitarbeiter, davon sind 88 Prozent Mitglieder der eG. Sie unterhalten in Dresden 54 Salons und sind starke Lehrausbilder (derzeit 57 Azubis). Damit bilden sie ihren eigenen Nachwuchs heran und verjüngen die Altersstruktur der Mitglieder zunehmend. An einem positiven Jahresergebnis können die Mitglieder über Rückvergütung und Dividende beteiligt werden. Die demokratische Mitwirkung der Mitglieder ist in diesen Genossenschaften am stärksten ausgeprägt. Sie bereichern die gesamtdeutsche Genossenschaftslandschaft und sind in wirtschaftlich guter Verfassung. Marktvorteile, wie regionaler Wirkungskreis, Kundennähe, hoher Bekanntheitsgrad, Qualitätsarbeit und eine überschaubare Unternehmensgröße kamen ihnen bei ihrer weiteren Entwicklung zugute.

Handwerkskooperationen als Zukunftschance

Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen für das Handwerk, die vor allem geprägt sind vom zunehmenden Globalisierungsprozess einerseits, andererseits von neuen Existenzgründungen und der starken Entwicklung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen, führen zu steigender Wettbewerbsintensität, erhöhtem Preisdruck sowie zu einer Spezialisierung in Marktnischen und in der Produkt- und Dienstleistungspalette. Der Druck zur Spezialisierung und die Nachfrage der Kunden nach Komplettleistungen erfordern neue Kooperationsstrategien im Handwerk. Unter Wahrung der Selbständigkeit des einzelnen Handwerksunternehmens bietet sich die Genossenschaft als Kooperationsmodell an, die bereits mit drei Mitgliedern gegründet werden kann. So sind in den letzten Jahren neben den herkömmlichen Handwerksgenossenschaften neue genossenschaftliche Unternehmen entstanden, die zwar ihren Sitz nicht in der Stadt Dresden

haben, aber Handwerker der Stadt Dresden in die Mitgliedschaft und in die Leistungsprozesse einbeziehen. Beispiele dafür sind u. a.

- die HBS Haus- und Bauservice eG mit Sitz in Leipzig, die sich an überregionalen Ausschreibungen beteiligt und zur Leistungsausführung kleine schlagkräftige Netzwerke bildet, in die bei Bedarf auch Dresdner Handwerker eingebunden werden;
- die »Auto und mehr« eG, eine überregionale Ein- und Verkaufsgenossenschaft von Renault Autohändlern und -werkstätten mit 33 Mitgliedern, davon 3 in Dresden;
- die BUSO Bund Solardach eG, gegründet in Dresden (Sitz zwischenzeitlich verlegt), mit der Vermarktung von Solardächern. Mitglieder sind auch Handwerksbetriebe, die die solarthermischen Anlagen beim Kunden einbauen.

An diesen Beispielen zeigt sich, dass sich ein Strukturwandel vollzieht und viele Genossenschaften überregional agieren. Es kann also nicht mehr von rein städtischen Handwerksgenossenschaften gesprochen werden.

Ein weiteres Potential bietet die Genossenschaft für die Nachfolgeregelung in Handwerksunternehmen in Form einer Produktivgenossenschaft, d. h. die Belegschaft bzw. ein großer Teil der Mitarbeiter übernimmt das Unternehmen. Somit können genossenschaftliche Konzepte auch zur Erhaltung und Sicherung regionaler Beschäftigung beitragen. Bei der Gründung von neuen genossenschaftlichen Unternehmen ist der Mitteldeutsche Genossenschaftsverband e.V. nach wie vor kompetenter Ansprechpartner.

Die Entwicklung zeigt, dass die Grundfesten der Genossenschaft von Schulze zeitlos sind. Die Genossenschaften waren stets in der Lage, sich neuen Entwicklungen anzupassen und die Selbsthilfe gerade im Handwerk zu praktizieren. Dann liegt es bei den Genossenschaften selbst, sich permanent auf neue Anforderungen einzustellen, den Förderzweck für die Mitglieder wirksam umzusetzen und genossenschaftlich-soziale Werte zu erhalten.

Anmerkungen

- 1 Nachrichten-Blatt der Kreise Delitzsch/Bitterfeld Nr. 35, 2. August 1849.
- 2 Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (GenG). i.d.F. v. 16.10.2006, zuletzt geändert durch Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmerregister v. 10.11.2006 BGBl. I 2006, S. 2230.
- 3 1897 – FLEIGENO Dresden – 1997; 100 Jahre FLEIGENO, Jubiläumsbroschüre.
- 4 100 Jahre BÄKO Ost eG, 1906 – 2006 Hrsg.: BÄKO Ost eG, Bäcker- und Konditorengenossenschaft Sachsen – Brandenburg, Groitzsch, Hennigstraße 1, 01665 Triebischtal.
- 5 H. Häntschke, Die gewerblichen Produktivgenossenschaften in Deutschland, Charlottenburg 1894, S. 204.
- 6 Archiv der Handwerkskammer Dresden.
- 7 Verfassung der DDR vom 6.4.1968 i.d.F. vom 7.10.1974, Art. 10 und 46.
- 8 Archiv der Handwerkskammer Dresden.
- 9 Verordnung über die Gründung, Tätigkeit und Umwandlung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks v. 8.3.1990, geändert durch Gesetz v. 22.3.1991 BGBl. I, S. 766.
- 10 Genossenschaftsverband Sachsen (Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e.V., firmiert seit 1.1.2004 als Mitteldeutscher Genossenschaftsverband Raiffeisen/Schulze-Delitzsch e.V.
- 11 Probleme des Transformationsprozesses in Ostdeutschland – Das Beispiel der Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) – Berichte und Analysen, IFO Schnelldienst 1 – 2 /94.

Wohnungsgenossenschaften und Stadtentwicklung heute

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1989/90 wurde die finanzielle Situation bei den meisten Großvermietern in den neuen Bundesländern dramatisch, so auch bei den Dresdner Wohnungsgenossenschaften. Mussten sie bis 1989 Kredite im Prinzip nicht refinanzieren, waren diese nun sofort zu bedienen und zwar zuzüglich der Altschulden bei der Staatsbank der DDR, die von der Deutschen Kreditbank AG rechtsstaatlich eingefordert wurden.

Die Mehrzahl der vor 1945 errichteten Gebäude sah grau und abgewohnt aus. Auch zahlreiche der in den 50er und 60er Jahren entstandenen Bauten entsprachen zur Wendezeit längst nicht mehr den Anforderungen an modernes Wohnen. Selbst die meisten jüngeren Wohnbauten mit ihren uniformen Fassaden und der eintönigen Farbgestaltung forderten energisch zu Veränderungen auf. Trotz vielfältiger Bemühungen zu DDR-Zeiten bestand 1989/90 ein hoher Instandhaltungs- und Modernisierungstau. Durch den noch bis 1992 bestehenden Mietenstopp waren die Einnahmen der Genossenschaften begrenzt. Die Erste und Zweite Grundmietenverordnung waren wichtige Schritte auf dem Weg zu einer erfolgreichen Wohnungsbewirtschaftung. Die Richtigkeit der Einführung kostendeckender Mieten zeigte sich in den Folgejahren. Der Abbau des Instandhaltungstaus und – etwas zeitverzögert – die Modernisierung des Wohnungsbestandes waren bald überall sichtbar.

Von 1990 bis 1995 war die Einwohnerzahl Dresdens durch wegziehende Arbeitskräfte und den deutlichen Geburtenrückgang um etwa 20 000 zurückgegangen. Zunehmender Wohnungsleerstand war die Folge. Gleichermaßen führte die verstärkte und viel zu lange geförderte Neubautätigkeit privater Investoren zum Entstehen von massenhaftem Leerstand. Von 1995 bis 2002 stieg die Zahl der Wohnungen von reichlich 250 000 auf fast 300 000. Gleichzeitig verlor die Stadt weitere 25 000 Einwohner. Dadurch entstand in der Stadt ein Überangebot von etwa 45 000 Wohnungen. Diese Entwicklung erreichte im Jahr 2002 ihren Höhepunkt. Seither sinkt der Leerstand kontinuierlich. Das war zum einen eine Folge des Wegfalls der steuerlichen Förderung für Neubauten. Zum anderen trugen die Stabilisierung der Einwohnerzahl Dresdens, die gleichzeitig zunehmende Singularisierung der Haushalte, die Umnutzung und die Zusammenlegung von Wohnungen ebenfalls zur Verringerung des Leerstandes bei. Entscheidend war in einigen

Dresdner Wohnungsgenossenschaften aber die Trennung von Gebäuden mit einem hohen Wohnungsleerstand entweder durch Verkauf oder durch Abriss bzw. den Rückbau von Gebäudeteilen.

Die Dresdner Wohnungsgenossenschaften

In Dresden gibt es mit Stand vom 31. Dezember 2006 insgesamt 18 Wohnungsgenossenschaften mit einem Bestand von 62 099 der 293 330 Wohnungen in der Stadt. Das bedeutet, dass sich in Dresden 21,3 Prozent der Wohnungen in genossenschaftlichem Eigentum befinden. Die Wohnungsgenossenschaft Aufbau Dresden ist mit knapp 17 000 Wohnungen sogar eines der größten genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen Deutschlands. Auf die Stadt Dresden bezogen folgen ihr in der Anzahl der Wohnungen mit 13 408 die Wohnungsgenossenschaft »Glückauf« Süd Dresden, mit 10 446 Wohnungen die Sächsische Wohnungsgenossenschaft Dresden, mit 8955 Wohnungen die Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft und mit 7600 Wohnungen die Wohnungsgenossenschaft Johannstadt. Neben diesen fünf großen genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen gibt es noch zwei mit einem Bestand von über 1000 Wohnungen, die Gemeinnützige Wohnungsbau-Genossenschaft Dresden-Ost mit 1883 Wohnungen und die Wohnungsgenossenschaft Trachau-Nord mit 1652 Wohnungen, vier mit einem Bestand von über 100 Wohnungen und sieben mit weniger als 28 Wohnungen.

Während sich der Leerstand in Dresden insgesamt bei 13,9 Prozent eingeppegelt hat, beträgt er bei den Wohnungsgenossenschaften durchschnittlich 5,4 Prozent. Der geringe Leerstand ist auch eine Ursache dafür, dass sich nur wenige Dresdner Wohnungsgenossenschaften den restriktiven Formen des Stadtumbaus anschließen mussten und müssen. Bisher wurden in Dresden etwa 7000 Wohnungen durch Abriss vom Markt genommen,



Balkonanbauten der
Wohnungsgenossenschaft
»Glückauf« Süd in Prohlis,
Jacob-Winter-Platz

davon durch die Genossenschaften 1700. Auf die Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft entfiel mit 1300 Wohnungen der Hauptanteil. Unabhängig von den Veräußerungen auf der Grundlage des Altschuldenhilfe-Gesetzes reduzierten die Dresdner Wohnungsgenossenschaften ihren Wohnungsbestand durch Verkäufe. So trennte sich z.B. die Gemeinnützige Wohnungsbau-Genossenschaft Dresden-Ost im Jahr 2005 von 205 Wohnungen. Die Wohnungsgenossenschaft »Glückauf« Süd veräußerte in den Jahren 1999 bis 2005 etwa 2000 Wohnungen vorwiegend in Prohlis und die Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft im Jahr 2005 in drei Stadtteilen insgesamt 1338 Wohnungen.

Wohnungsgenossenschaften als aktive Mitgestalter des Stadtbildes

Die Gebäude der Wohnungsgenossenschaften sind im gesamten Stadtgebiet von Klotzsche über das Stadtzentrum bis Cossebaude, das seit einigen Jahren eingemeindet ist, präsent. Ihre Neubauten aus der Zeit ab 1954 und die beträchtliche Zahl von Altbauten beeinflussen aber auch die Architektur und das Umfeld fast aller Dresdner Wohnquartiere in erheblichem Maße.

Die Entwicklung der Standorte der Dresdner Wohnungsgenossenschaften ist wesentlich von der Situation im Stadtgebiet, von ihrer Anlage, der Infrastruktur ihres Wohnungsbestandes und ihrem sozialen Image abhängig. In Dresden sind zwei Gebiete als Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf ausgewiesen: Prohlis mit dem Wohngebiet Am Koitschgraben und Gorbitz. Mit dem Förderprogramm »Die Soziale Stadt« sollen in diesen Gebieten Entwicklungsimpulse gesetzt werden, um eine drohende Gettoisierung zu vermeiden. Die Handlungsschwerpunkte der bis 2015 angelegten Fördergebiete liegen in der Erhöhung des Wohnwertes sowohl durch investive als auch durch nicht-investive Maßnahmen. Neben der Sicherung und Anpassung des Wohnungsangebotes für Menschen mit niedrigen bis mittleren Einkommen und der Verbesserung der Infrastruktur soll der Wohnwert durch die Schaffung von Stadtteilzentren in den Bereichen Kultur, Sport, Gemeinbedarf und Freizeit wesentlich erhöht werden.



»Kräutersiedlung« der Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Forsythienstraße



Balkonanbauten der Sächsischen Wohnungsgenossenschaft in der Kötzschenbroder Straße

Am Wohnungsbestand in Prohlis hat die Wohnungsgenossenschaft »Glückauf« Süd mit 3000 Wohnungen einen hohen Anteil. Ihre Ein- bis Fünf-Raum-Wohnungen sind vollständig saniert und von komplex gestalteten Freianlagen umgeben. Da diese Wohnungsgenossenschaft auch noch etwa 740 Wohnungen von Eigentümergemeinschaften am Otto-Dix-Ring und in der Karl-Laux-Straße verwaltet, bewirtschaftet sie ein Viertel des Wohnungsbestandes des gesamten Fördergebietes. Seit 1990 investierte sie in Prohlis in ihren eigenen Bestand etwa 106 Millionen Euro. Beispielhaft sind die Balkonbauten am Jacob-Winter-Platz, die Modernisierung der Wohngebäude an der Georg-Palitzsch-Straße sowie die Modernisierung und der Aufzugsanbau bei mehreren Gebäuden in der Spreewalder Straße.

In Gorbitz nimmt die Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft die Hauptverantwortung für die Umstrukturierung des Wohngebietes wahr. Mit 6111 Wohnungen ist sie der bedeutendste Vermieter in diesem Stadtteil. Die US-amerikanische Investorengruppe Fortress, der neue Eigentümer des ehemals städtischen Bestandes, verfügt als zweitgrößter Vermieter über knapp 4000 Wohnungen. Während Fortress den vorgesehenen Teilabriss der Bestände gestoppt hat, verringerte die Wohnungsgenossenschaft dort ihren Wohnungsbestand in den letzten Jahren um knapp 2300 Wohnungen. Davon wurden 1300 abgerissen und 967 verkauft. Damit trennte sie sich von größtenteils leer stehenden Wohnungen, die laufende Erlösschmälerungen zur Folge hatten, und schuf gleichzeitig wichtige Grundlagen für eine beispielhafte Stadterneuerung.



Umgestaltete Gebäude der Wohnungsgenossenschaft Aufbau, Wiesenstraße

Mit dem Umbau der Kräutersiedlung, einem Randbereich des Gorbitzer Neubaugebietes, betrat die Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft stadtgestalterisches Neuland. Aus fast 50 Meter langen sechsgeschossigen Häuserzeilen des Typs WBS 70, Typ Dresden, entstanden individuell gestaltete drei- und viergeschossige Gebäude. Dem ersten Bauabschnitt der Kräutersiedlung ist 2003 der Bauherrenpreis »Hohe Qualität – tragbare Kosten« des Bundes Deutscher Architekten, des Deutschen Städtetages und des GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen zuerkannt worden. Außerdem erhielt die Genossenschaft für die gelungene Farbgestaltung den ersten Preis des Deutschen Lackinstitutes und des Verbandes der Lackindustrie »Deutschlands schönste Wohnsiedlung«. Das Abtragen von Geschossen, die Teilung eines Gebäudekomplexes in mehrere selbstständige Einzelgebäude unterschiedlicher Höhe, variable Gestaltung der Wohnungsgrundrisse, die moderne Fassadenarchitektur und die großzügige Gestaltung des Wohnumfeldes mit Gärten für die Bewohner der Erdgeschosswohnungen, einem parkähnlichen Spielplatz und der Anlage von komfortablen Parkplätzen war ein mutiger Schritt zur Stadterneuerung. Noch vier Jahre nach Fertigstellung des ersten Bauabschnittes kommen Delegationen aus dem In- und Ausland und lassen sich die Konzeption für diese Rückbauvariante erläutern.

Wenn von Stadterneuerung die Rede ist, müssen die vielen Altbauten besonders betrachtet werden. Das sind Gebäude, die bereits vor 1945 errichtet wurden. Viele von ihnen sind wichtige Zeugnisse der Architekturgeschichte und deshalb denkmalgeschützt.

Diese Altbaubestände waren zu DDR-Zeiten zum großen Teil aus Materialmangel vernachlässigt worden. Fast alle Dresdner Wohnungsgenossenschaften verfügen über eine beträchtliche Anzahl solcher Gebäude, die GWG Dresden-Ost und die WG Trachau-Nord sogar beinahe ausschließlich. Der große Instandhaltungstau und die Modernisierungserfordernisse machten neben dem Denkmalschutz vergleichsweise hohe Investitionen notwendig. Unter großen Anstrengungen und mit hoher Detailtreue wurden ganze Wohnanlagen rekonstruiert. So befindet sich z. B. der gesamte Wohnungsbestand der WG Trachau-Nord – vollständig saniert – in der denkmalgeschützten »Hans-Richter-Siedlung« im Dresdner Norden. Im Dresdner Osten beeindruckt die renovierten Wohnanlagen in Dobritz, Laubegast und Leuben. Aber auch in Gruna, Löbtau, Cotta, Hellerau und Bühlau sowie im Gebiet der Bärwalder Straße sind denkmalgeschützte Wohnanlagen zu finden. Die historischen Wohnbauten der Dresdner Genossenschaften mit ihren stilgerecht rekonstruierten Fassaden und dem gepflegten Wohnumfeld bereichern heute das Stadtbild in allen Altbaugebieten.

Neben der Umgestaltung der Gebäudefassaden und der Wohnumgebung ist der Ausstattungsgrad der Wohnungen ein wichtiges Kriterium für die Wohnwerterhöhung. Die Dresdner Wohnungsgenossenschaften haben ihre Wohnungen fast vollständig modernisiert. Allein im Jahr 2006 nahmen sie Investitionen von über 60 Millionen Euro für Instandhaltung und Modernisierung vor. Lediglich vier bis fünf Prozent der genossenschaftlichen Wohnungen sind aus unterschiedlichen Gründen unbearbeitet geblieben.

Ein gelungenes Beispiel für komplexes Herangehen an die Umgestaltung des Gebäudebestandes schuf die Wohnungsgenossenschaft Aufbau mit den sogenannten Wiesenhäusern. Durch Rück- und Umbau entstanden in einem bis dahin unsanierten Bereich bis Ende 2005 über hundert seniorengerechte Wohnungen. Aber auch die Umgestaltung der Wohnungen selbst ist Bestandteil von Stadterneuerung. Mit dem Programm »Freistil« hat die Wohnungsgenossenschaft Johannstadt im Jahr 2002 die allgemeine Auffassung



Zirkusbrunnen im Wohngebiet Sarrasanistraße der Wohnungsgenossenschaft Johannstadt

endgültig widerlegt, in Plattenbauten könne infolge der Statik keine Grundrissveränderung vorgenommen werden. Beispielsweise bietet sie den Umbau einer Fünf-Zimmer-Wohnung in eine großzügige Zwei-Zimmer-Wohnung an. Ihre Grundriss- und Ausbaualternativen reichen von der Wohnung für mehrere Generationen bis zur seniorenfreundlichen oder Allergikerwohnung.

Das kulturelle und soziale Engagement

Wohnen bei den Dresdner Wohnungsgenossenschaften bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen schließt auch die bewohnerfreundliche Gestaltung des Wohnumfeldes und die Bereitstellung vielfältiger Dienstleistungen ein. Neben der architektonischen Aufwertung der Plattenbauten innen und außen und der liebevollen Restaurierung denkmalgeschützter Altbauten fühlen sich die Wohnungsgenossenschaften auch der ästhetischen Gestaltung des Wohnumfeldes verpflichtet.

Ein besonders erwähnenswertes Beispiel ist das Aufstellen von Brunnen, deren Restaurierung oder Neuerstellung. Die Brunnen »Mutter und Kind«, »Zwillingsbrunnen« und »Zirkusbrunnen« schmücken die Wohngebiete der Wohnungsgenossenschaft Johannstadt zur Freude aller Bewohner. Die Einrichtung von Spielplätzen und Sportanlagen führt dazu, die Wohngebiete familien- und kinderfreundlich zu gestalten. Die Wohnungsgenossenschaften sorgen sich aber nicht nur um die Jüngeren. Alle größeren Dresdner Wohnungsgenossenschaften haben seniorenrecht sanierte Wohnungen im Bestand und erweitern ihr Angebot ständig. Außerdem stellen sie Nachbarschaftshilfevereine und entsprechenden Dienstleistern Räume oder Gebäudeteile zur Verfügung, unterstützen sie materiell und vereinbaren mit ihnen Dienstleistungen für ihre Mitglieder. Die 108 altersgerecht gestalteten Wohnungen der Laubenganghäuser in der Wohnungsgenossenschaft Trachau-Nord und die Anlage der Wiesenhäuser der WG Aufbau sind nur zwei Beispiele dafür.

Die Perspektiven

Um die aktive Rolle der Genossenschaften bei der Gestaltung der Stadt Dresden zu stärken, haben sich die sieben großen Dresdner Wohnungsgenossenschaften zu einer Marketinggemeinschaft zusammengeschlossen, die Teil einer deutschlandweiten Initiative ist. Sie treten mit einem gemeinsamen Logo, dem sogenannten Bauklötzchenhaus, auf. Damit wollen sie sich als einer der bedeutendsten Vermieter noch besser bekannt machen. Die Dresdner Wohnungsgenossenschaften haben die Modernisierung ihres Wohnungsbestandes auf einem hohen Niveau realisiert. Sie analysieren ständig aktuelle Anforderungen an bewohnerfreundlichen Wohnraum und nehmen individuelle Wünsche von Wohnungssuchenden zur Grundlage neuer Überlegungen.

Die Überalterung der Mitglieder nimmt gegenwärtig in den meisten Genossenschaften noch zu. Das erfordert künftig ein erhöhtes Angebot an barrierefreien altengerechten Wohnungen und den Ausbau entsprechender Dienstleistungen. Viele Genossenschaften nehmen die seniorentaugliche Umrüstung der Wohnungen gleitend, d.h. bei Bedarf und im bewohnten Zustand vor. Auch die Nachrüstung der Wohngebäude mit Balkonen

und Aufzügen hat eine große Bedeutung. Balkone sind für viele ältere Genossenschaftsmitglieder ein kleines Tor zur Natur und zum Leben, die Aufzüge begünstigen ihre Mobilität oftmals entscheidend. Diese Nachrüstungen erhöhen nicht nur den Wohnwert generell, sondern sind gleichzeitig wichtige Gestaltungselemente der Fassaden und der Innenhausbereiche. Obwohl z. B. die Sächsische Wohnungsgenossenschaft bereits 76 Prozent aller Wohnungen mit Balkonen ausgestattet hat, sieht sie in den nächsten zehn Jahren eine weitere Steigerung auf 86 Prozent vor. Die Dresdner Wohnungsgenossenschaften bemühen sich verstärkt, durch die Gewinnung jüngerer Menschen eine ausgeglichene Altersstruktur zu erhalten. Das wird auf Grund der gegenwärtigen demografischen Entwicklung immer schwerer. Zu ihren Anliegen gehören daher auch der Erhalt und der Ausbau entsprechender Infrastruktur. Die Wohnungsgenossenschaften setzen sich deshalb verstärkt für Schulen, Kindertagesstätten und Arztpraxen sowie den Ausbau von kulturellen und sportlichen Freizeitzentren in ihren Wohngebieten ein.

Durch die zunehmende Singularisierung der Haushalte und die fortschreitende soziale Differenzierung entsteht ein höherer Bedarf an kleineren Wohnungen. Gleichzeitig wünscht ein zunehmender Teil Wohnungssuchender generell größeren und individuell geschnittenen Wohnraum. Das erfordert künftig eine höhere Variabilität bei der Veränderung der Wohnungsgrundrisse und der Wohnungsgröße. Um unterschiedlichen Wohnvorstellungen gerecht werden zu können, werden sich einige Dresdner Wohnungsgenossenschaften in naher Zukunft auch wieder mit dem Neubau von Wohnungen an geeigneten Standorten befassen.

Wie die genannten Beispiele zeigen, sind die Dresdner Wohnungsgenossenschaften nicht nur mit der historischen, sondern auch mit der aktuellen Stadtentwicklung nachhaltig verbunden. Besonders im letzten Jahrzehnt ist es ihnen in bemerkenswerter Weise gelungen, städtebaulich Fragwürdiges zu korrigieren und historisch wertvolle Gebäudesubstanz in ihrem alten Glanz wieder erstrahlen zu lassen.

Quellenangaben

- 1 Jahresstatistik 2006 des Verbandes Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e.V., S.11.
- 2 Die Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf, Stadtentwicklung im Fördergebiet Dresden-Prohlis / Wohngebiet Am Koitschgraben, Landeshauptstadt Dresden, 2005, S. 4.
- 3 Geschäftsbericht 2006 der Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden eG, S.6f.
- 4 www.vswg.de/Mitglieder.
- 5 Wohnungsmarktbericht der Stadt Dresden 2004.



Potentiale der Genossenschaft für Wirtschaft und Gesellschaft

Die Grundprinzipien genossenschaftlicher Zusammenarbeit, Gemeinschaftseigentum, Mitbestimmung und Selbstverantwortung liefern weltweit die Basis für wirtschaftliche Kooperationen. Der Begriff Genossenschaft oder Kooperativ hat zwar globale Verbreitung erlangt, doch politische, kulturelle und wirtschaftliche Besonderheiten sorgen für jeweils regionale Interpretation.¹ Nicht jede erfolgreiche Anwendung von genossenschaftlichen Prinzipien firmiert aber zwangsläufig auch als Genossenschaft. Genauso wenig ließe sich behaupten, dass jede heute als Genossenschaft eingetragene Firma international anerkannte Genossenschaftsprinzipien einhielte.² Für eine Beurteilung der Potentiale der Genossenschaft kann deshalb eine Abschätzung von Trends in der Entwicklung von registrierten Genossenschaften allenfalls ein Ausgangspunkt sein. Es gilt darüber hinaus, die Funktion und den Wirkungsmechanismus, der sich hinter dem so weit verbreiteten Phänomen »Genossenschaft« verbirgt, besser zu verstehen, um sich der Frage nach dem Potential von Genossenschaften zu nähern.

Der Status quo

In den traditionellen Genossenschaftssparten Wohnungsbau, Kreditwesen und den gewerblichen bzw. landwirtschaftlichen Waren-, Bezugs- und Absatzgenossenschaften folgt die zahlenmäßige Entwicklung der Genossenschaften der Entwicklung auf den relevanten Märkten. Mit Strategien wie beispielsweise dem »Bündelung-der-Kräfte«-Konzept im Bankenbereich hat der genossenschaftliche Verbund auf seit Jahren vorherrschende Konzentrationstrends reagiert. Die dominante Strategie war und ist die Fusion.³ Als Folge reduzierte sich die Gesamtzahl der Genossenschaften von 1980 bis 2005 um 34 Prozent.⁴

	1980	1990	2000	2003	2004	2005
Genossenschaften	11 687	8 769	9 094	8 126	7 927	7 763

Diese Entwicklung steht also nicht für abnehmende Attraktivität des Organisationsprinzips »Genossenschaft«. Der Rückgang der Gesamtzahl ist vielmehr als notwendige Anpassungsreaktion zu verstehen.⁵ Eine Befragung der acht größten deutschen Genossenschaftsverbände ergab eine Gesamtzahl von 961 zwischen 2000 und 2004 erfolgten Fusionen. Insgesamt war über einen Betrachtungszeitraum von nur fünf Jahren etwa jede vierte der deutschen Genossenschaften an einer Fusion beteiligt.

Fusion als Entwicklungstrend (2000–2004)

	Kreditgenossen- schaften	ländliche Waren- und DL-Genossen- schaften	gewerbliche Waren- und DL-Genossen- schaften	Summe
2000	209	80	11	300
2001	153	82	16	251
2002	106	57	9	172
2003	82	58	11	151
2004	49	34	4	87
Summe	599	311	51	961
anteilig	62,33 %	32,36 %	5,31 %	100 %

Funktion und Potential der Genossenschaften in der Theorie

Vor dem Hintergrund solcher Entwicklungen stellt sich grundsätzlich die Frage nach der Funktion der Genossenschaft für ein modernes Wirtschaftssystem. Was kann die Genossenschaft als Unternehmen heute noch?

Der Beantwortung der Frage nach der Funktion verschiedener Unternehmenstypen widmen sich die Wirtschaftswissenschaften unter anderem innerhalb der Theorie der Firma.⁶ Den verschiedenen Organisationsformen werden unterschiedliche Fähigkeiten zugesprochen, typische Probleme im Wirtschaftsablauf zu lösen (Kapitalbeschaffung, Qualitätssicherung, Absicherung von spezifischen Investitionen). Unternehmen, die bei der Lösung solcher Probleme einen Vorteil generieren können, werden sich im Wettbewerb gegen andere Organisationsformen durchsetzen, woraus sich ihre Funktion für das Wirtschaftssystem erklärt. Wissenschaftliche Beiträge, die sich mit den speziellen Vorteilen von Genossenschaften beschäftigen, sind aber durchaus begrenzt und werden darüber hinaus hinsichtlich ihres Erklärungsgehalts oft widersprüchlich diskutiert.⁷ Möchte man die Funktion der Genossenschaft im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem besser verstehen, so erscheint die bloße Frage nach dem Wettbewerbsvorteil der genossenschaftlichen Organisation gegenüber anderen Organisationsformen wie beispielsweise der GmbH oder der Aktiengesellschaft falsch gestellt.⁸ Selbstverständlich müssen sich auch Genossenschaften nach erfolgreicher Gründung im Wettbewerb behaupten. Unterstellt man jedoch die Erlangung eines Wettbewerbsvorteils gegenüber einem nicht-genossenschaftlichen Konkurrenten als alleiniges Gründungsmotiv, so wird automatisch und von Anfang an von einer Marktsituation ausgegangen.

Ein Blick auf die Geschichte der Genossenschaftsbewegung verrät, dass das Gros der Genossenschaften in einer Zeit gegründet wurde, in der in den traditionellen Bereichen genossenschaftlicher Organisation kaum von wie auch immer funktionierenden Märkten gesprochen werden kann, wenn es beispielsweise um den Bereich des ländlichen Kreditwesens, um den städtischen Wohnungsbau oder um die Versorgung von Industriearbeitern mit Konsumgütern und Lebensmitteln um 1900 geht. Um die Funktion der Genossenschaften besser verstehen zu können, ist es deshalb sinnvoll, die spezielle Um-

welt, unter der die Genossenschaftsbewegung gegen Ende des 19. Jahrhunderts stattgefunden hat, in Erklärungsansätze einzubeziehen.

Herausragende klassische Wirtschaftswissenschaftler wie Walras, Pareto oder Marshall haben sich als Zeitzeugen ausführlich mit Genossenschaften beschäftigt und sie in ihre Theoriedisziplinen einbezogen. Walras sieht beispielsweise in den Genossenschaften ein Instrument, benachteiligte Gesellschaftsschichten durch die Mobilisierung ihrer Fähigkeiten in den Wirtschaftsprozess zu integrieren und damit eine Aufbauleistung für die Marktentstehung zu liefern.⁹ Für Pareto steht die Mobilisierung von Selbsthilfe der von Monopolsituationen Betroffenen im Vordergrund.¹⁰ Marshall sieht die Bedeutung von Genossenschaften darin, dass sie über die Bündelung von Talenten und Leistung (sogenannten »economies of skill and scale«) vom ökonomischen Fortschritt abgehängte Gruppen der Gesellschaft in den Wirtschaftsprozess wiedereinbinden können.¹¹ Solchen klassischen und neoklassischen Ökonomen ist gemeinsam, dass sie die Genossenschaft in ihrer Funktion als Organisation erkennen, die einen Beitrag zur Entwicklung und Vervollkommnung eines Marktsystems leistet.

Pareto geht bei der Bestimmung der Funktion der Genossenschaft sogar so weit, vorauszusagen, dass Genossenschaften nur dort große Erfolge erringen könnten, wo der Wettbewerb unvollkommen sei, während dort, wo der Wettbewerb alle seine Effekte entfalten könne, die Genossenschaften zum Scheitern verurteilt seien.¹²

Nimmt man die Analysen dieser Wirtschaftstheoretiker ernst, so liegt die Hauptfunktion der Genossenschaft nicht in der Erringung von Wettbewerbsvorteilen, sondern in ihren unbestrittenen Leistungen zum Aufbau und der Integration wettbewerblich organisierter Marktsysteme. Angesichts rasanter Strukturveränderungen und hoher Innovationsraten sind solche Aufbau- und Anpassungsleistungen auch in modernen Wirtschaftssystemen von Bedeutung. Mit Blick auf die heutige Situation fällt es danach nicht schwer, die oben beschriebene aktuelle Situation der Genossenschaften in Deutschland in den traditionellen Sparten zu interpretieren: Dort, wo Märkte besonders gut entwickelt sind, kann angenommen werden, dass die Genossenschaften bereits ihre Beiträge geleistet haben. Angesichts der heute im Kreditwesen, im Wohnungsbau oder im Waren- und Landhandel vorherrschenden Situation scharfen Wettbewerbs sind sie anderen Organisationsformen allenfalls ebenbürtig, nicht aber im Sinne eines Wettbewerbsvorteils überlegen. Sucht man nach dem eigentlichen Zukunftspotential für die Genossenschaften, so erscheint es deshalb sinnvoller, nach Umständen zu suchen, in denen Genossenschaften ihre klassischen Beiträge zu Selbsthilfe, Mitgliedermobilisierung und Marktentwicklung ausspielen können. Hierbei sind grundsätzlich drei verschiedene Funktionsbereiche von Genossenschaften zu unterscheiden:

1. Produkt- und Dienstleistungsinnovationen

Hiermit sind Situationen gemeint, in denen Güter und Dienstleistungen neu sind, das heißt, in denen wenig Wissen über Nachfrage, Preisverhältnisse, Produktionsrisiken oder die Wirkungen des Konsums vorhanden ist. In dieser Situation kann privates oder öffentliches Engagement für längere Zeit oder auch nur für bestimmte Gruppen oder

Regionen unterbleiben. Eine Identität zwischen Konsumenten und Eigentümern auf der Basis von Mitgliedschaft kann hier helfen, Anfangsschwierigkeiten zu überbrücken und etwaige Risiken zu verteilen und gleichzeitig neue Technologien für einen bestimmten Mitgliederkreis zu erschließen. Die Entwicklung von Funktelefonengesellschaften, Biogasanlagen, Autogaszapfstellen, grüner Gentechnik oder der Bereich neuer Kommunikationstechnologien liefern aktuelle Beispiele für solche Kooperationen.

2. Rückzug privater oder öffentlicher Anbieter

Nicht überall, wo private Anbieter sich aus Produktion und Dienstleistung zurückziehen, ist die Nachfrage nach dem jeweiligen Produkt tatsächlich erloschen. Auch die Budgetzwänge zur Streichung öffentlicher oder kommunaler Dienstleistungen spiegeln nicht immer die Versorgungsansprüche der betroffenen Bürger gut wider. In beiden Fällen muss dann ermittelt werden, inwieweit ansonsten wegfallende Leistungen durch Selbsthilfe erhalten werden können und welche Preisverhältnisse außerhalb eines nicht länger bestehenden Markt- oder öffentlichen Abgabesystems gelten sollen. Aktuelle Beispiele sind aus genossenschaftlichen Dorfläden, Neugründungen zum Erhalt von Schulen, zur Übernahme von Wasserwerken und Schwimmbädern oder Theatern bekannt.¹³

3. Gemeinschaftsangebote und Verwaltungsgenossenschaften

Einen dritten wichtigen Bereich liefert der steigende Bedarf an »Angeboten aus einer Hand«. Komplementäre Dienstleistungen können so gemeinsam vermarktet werden. Neben dem Imagegewinn dienen solche Angebote auch der Segmentierung der betroffenen Märkte. Gleichzeitig fördert die Zusammenarbeit konzertierte Entscheidungen ohne Verlust der Unabhängigkeit. Andererseits erlauben Genossenschaften aber auch Unternehmen, die sich stärker spezialisieren wollen, einzelne Unternehmensbereiche auszugliedern, ohne dabei die Kontrolle über Angebot und Preissetzung aus der Hand zu geben. Die Auslagerung bestimmter Verwaltungsaufgaben stellt dabei ein typisches Aufgabengebiet für Servicegenossenschaften dar.

So gesehen waren und sind die Genossenschaften häufig Experimentierstationen für die Einführung neuer Ideen, für deren Umsetzung kein bewährtes Preis- und Kostengerüst (mehr) zur Verfügung steht.

Funktion und Potential der Genossenschaften in der Praxis

Aufbauend auf dieser Klärung der Funktion von Genossenschaften lässt es sich nun gezielter nach Hinweisen über die zukünftige Entwicklungsrichtung und das Potential des Genossenschaftswesens suchen. Ein erster Ansatzpunkt lässt sich aus dem Kooperationsverhalten von Klein- und mittelständischen Unternehmen gewinnen. In einer repräsentativen Befragung von Klein- und Mittelständlern¹⁴ gaben rund 75 Prozent der befragten Unternehmensleiter an, dass sie sich nicht an Kooperationen mit Partnern aus gleichen oder komplementären Unternehmenssegmenten beteiligen würden. Gefragt nach den Hinderungsgründen für mehr Kooperationen, nannten die Befragten Bedenken um den Verlust der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit als Hauptgrund.

Angesichts der Tatsache, dass 99 Prozent aller Unternehmen in der EU zu dieser Gruppe der Klein- und mittelständischen Unternehmen gehören, lässt sich nach entsprechender Aufklärungsarbeit das Hauptpotential für zukünftige Genossenschaftsentwicklung dort vermuten.

Weitere Hinweise über Zukunftspotentiale lassen sich aus einer neueren Umfrage bei Genossenschaftsverbänden ableiten. Eine Vollerhebung aller Genossenschaftsgründungen bei insgesamt 18 Verbänden ergab eine im Zeitraum zwischen 2000 und 2006 steigende Tendenz zu Neugründungen mit einer beachtlichen Gesamtzahl von 427 Gründungen.

In einer Expertenbefragung wurden die Erwartungen der Verbandsmitarbeiter und Berater ausgewertet. Danach werden 60 Prozent der zukünftigen Neugründungen in neuen Bereichen erwartet, wobei die Verbandsexperten einen großen Zuwachs aus der Gründung von Selbsthilfegenossenschaften nach dem Rückzug kommunaler Dienstleister erwarten, aber auch Sozialgenossenschaften (z. B. Schulen, Pflegebereich, Tagesstätten) oder Genossenschaften von Apothekern oder niedergelassenen Ärzten wird ein größeres Zukunftspotential unterstellt. Als Hauptmotiv für die erfolgten Genossenschaftsgründungen wurde ein »Marktdefizit der geschaffenen Dienstleistungen« ermittelt. So gesehen decken sich die bisherigen empirischen Befunde über das Potential der Genossenschaften gut mit den oben diskutierten Theorieaussagen über ihre Funktion.

Zusammenfassung

Aussagen über das Zukunftspotential der Genossenschaften lassen sich über ihre Beiträge bei der Entstehung von Markt- und Preissystemen ableiten. Die Ergebnisse aktueller Studien legen nahe, das Hauptpotential der Genossenschaftsidee in ihrem Wert für die Etablierung kooperativer Zusammenarbeit zwischen Klein- und Mittelständlern zu vermuten. Hierbei kommt dem Argument der Zusammenarbeit zwischen gleichgestellten und unabhängigen Einzelunternehmen in Zukunft eine Schlüsselrolle zu. Als Hauptmotiv für Genossenschaftsgründung spielt früher wie heute die Selbsthilfe angesichts unzulänglicher Entwicklung bestimmter neuer oder bestehender Märkte eine wichtige Rolle. In dieser Situation können Genossenschaften ihre Vorteile bei der Mobilisierung der Interessen der Mitglieder glaubwürdig umsetzen. In Zukunft werden die Übernahme kommunaler Aufgaben und der Gesundheitssektor sowie Sozialgenossenschaften wichtige Betätigungsfelder für Genossenschaften stellen. Geschieht dies im erwarteten Umfang, so wird die Genossenschaftsidee auch in Zukunft wichtige Beiträge für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa leisten.

Anmerkungen

- 1 Münkner, Hans-H. (2002): Organisierte Selbsthilfe gegen soziale Ausgrenzung – »Multi-stakeholder Genossenschaften« in der internationalen Praxis. Berliner Beiträge zum Genossenschaftswesen 58, Berlin: Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin.
- 2 Rösner, Hans Jürgen; Schulz-Nieswandt, Frank (Hrsg.): Zur Relevanz des genossenschaftlichen Selbsthilfegedankens – 80 Jahre Seminar für Genossenschaftswesen der Universität zu Köln. Neue Kölner Genossenschaftswissenschaft. Berlin: Lit.
Unter international anerkannten Genossenschaftsprinzipien sind die in der Definition der ICA (International Cooperative Alliance) festgelegten Kriterien der Genossenschaftsdefinition gemeint. Hierunter zählen verkürzt: Freiwilligkeit und offene Mitgliedschaft, das Demokratieprinzip, das Gebot der wirtschaftlichen Beteiligung, das Gebot der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, die Verpflichtung zur Weiterbildung und Information der Mitglieder, der Willen zur Verbundkooperation mit anderen Genossenschaften und das Bewusstsein und der Einsatz für die Gemeinschaft und für die Gemeinde (www.ica.coop/coop/principles.html).
- 3 Fink, Susanne; Hanisch, Markus; Peemöller, Volker-H. (2007). Unternehmensbewertung zur Unterstützung von Entscheidungen bei der Verschmelzung von Genossenschaften. Berliner Beiträge zum Genossenschaftswesen 66, Berlin: Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin, S. 9.
- 4 Alscher, Mareike; Priller Eckhard (2007). Zu Neugründungen von Genossenschaften in Deutschland 2000–2006. Eine Analyse zu den Ressourcen und Potentialen. Discussion Paper, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- 5 Filler, Günther; Hanisch, Markus; Odening, Martin (2007). Zur Ableitung von Entwicklungsstrategien für Warengenossenschaften. Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen (in Vorbereitung).
- 6 Coase, Ronald C. (1960). The Problem of Social Cost. *Journal of Law and Economics* 3, p. 1–44.
- 7 Bonin, John P.; Jones, Derek C.; Puttermann, Louis (1993). Theoretical and Empirical Studies of Producer Cooperatives: Will Ever the Twain Meet? *Journal of Economic Literature* 3, p. 1290–1320.
- 8 Hanisch, Markus (2006). Eine Theorie genossenschaftlichen Wandels. In: Münkner, Hans-H.; Ringle, Günther (Hrsg.). *Zukunftsperspektiven für Genossenschaften. Bausteine für typengerechte Weiterentwicklung*. Bern: Haupt.
- 9 Hoppe, Michael (1976). Die klassische und neoklassische Theorie der Genossenschaften. Ein Beitrag zur Dogmengeschichte und zur neueren Genossenschaftstheorie. Berlin: Duncker und Humblot.
- 10 Ebd., S. 168.
- 11 Ebd., S. 141.
- 12 Ebd., S. 104.
- 13 www.neuegenossenschaften.de.
- 14 European Network for SME Research (ENSR) Enterprise Survey 2003.

Weitere Literatur

- Bonus, Holger (1986). The Cooperative Association as a Business Enterprise. *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 142, p. 310–339.
- Deiningner, Klaus (1995). Collective Agricultural Production: A Solution For Transition Economies? *World Development* 23 (8), p. 1317–1334.
- Engelhardt, Werner W. (1990). Die Genossenschaftsidee als Gestaltungsprinzip. In: Laurinkari, Juhani; Brazda, Johann (Hrsg.) *Genossenschaftswesen – Hand- und Lehrbuch*. München, Wien, Oldenbourg.
- Hansmann, Henry (1996). *The Ownership of Enterprise*. Cambridge: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Williamson, Oliver E. (1975). *Markets and Hierarchies*. New York: Free Press.

Genossenschaften mit Hauptsitz in Dresden

Eine Übersicht

(Stand: 27. Juli 2007, Quelle: Genossenschaftsregister Dresden, Internetseiten der Genossenschaften, Name und Nummer im Genossenschaftsregister Dresden, GnR)

zusammengestellt und bearbeitet von
Dieter Hoefler

Gewerbliche Genossenschaften

Handels Herstellungs Vollservice eG
KundenPartner (GnR 455)
Fetscherstraße 62a, 01307 Dresden

Rotter & Co. EG (GnR 460)
Maria-Reiche-Straße 3, 01109 Dresden

Schuhservice und Orthopädie-Schuhtechnik
»Empor« Dresden eG (GnR 139)
Niederpoyritzer Straße 1, 01279 Dresden

Genossenschaft Kunst + Bau eG (GnR 402)
Gostritzer Straße 10, 01217 Dresden

WID eG Wochenmarkthändler in Dresden
(GnR 466)
Wiener Straße 49, 01219 Dresden

»Floradres« Zierpflanzenwirtschaft eG (GnR 303)
Reicker Straße 51, 01219 Dresden

Fleischergenossenschaft Dresden eG (GnR 294)
Erfurter Straße 12, 01127 Dresden

Figaro Dresden eG (GnR 268)
Wilsdruffer Straße 13, 01067 Dresden

Ihr Friseur eG (GnR 354)
Oschatzer Straße 17 HH, 01127 Dresden

Modfriseur eG (GnR 184)
Königsbrücker Straße 66, 01099 Dresden

Coiffeur Modelinie eG Dresden (GnR 358)
Schandauer Straße 84, 01277 Dresden

Haarpflege eG (GnR 33)
Haydnstraße 26, 01309 Dresden

Kunststofftechnik »Universal Dresden« eG (GnR 4)
Cunnersdorfer Straße 63, 01328 Dresden

Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht
erzeugte Produkte eG (GnR 470)
Schützengasse 18, 01067 Dresden

Dresdner Taxigenossenschaft Funk-Taxi-Zentrale
eG (GnR 57)
Bodenbacher Straße 122, 01277 Dresden

Schloma Dresden eG (GnR 362)
Waltherstraße 16, 01067 Dresden

Gemüse & Zierpflanzen Dresden-Omsewitz eG
(GnR 177)
Gompitzer Straße 47, 01157 Dresden

PHARUS Immobilien eG (GnR 476)
Hohendölzschner Straße 24, 01187 Dresden

WBR Produktiv- & Vermietungsgenossenschaft eG
(GnR 475)
Großenhainer Straße 203, 01129 Dresden

WILONA Genossenschaft des Seifensieder-,
Wäscher- und Plätterhandwerks eG (GnR 387)
Döhlener Straße 31, 01159 Dresden

Dachdeckerfachbetrieb Wetterschutz eG (GnR 77)
Laasackerweg 4, 01219 Dresden

BÄKO Ost eG Bäcker-und Konditorengenossen-
schaft Sachsen-Brandenburg
Verwaltungssitz in 01665 Triebischtal

SVG Straßenverkehrs-Genossenschaft Sachsen und
Thüringen eG (GnR 2)
Palaisplatz 4, 01097 Dresden

Konsumgenossenschaften

Konsum Dresden eG (GnR 18)
Tharandter Straße 69, 01187 Dresden

Konsumgenossenschaft Ostsachsen eG (GnR 35)
Wittenberger Straße 78, 01309 Dresden

Handelsgenossenschaften

Raiffeisen Handelsgenossenschaft BHG Dresden eG (GnR 176)
 Lohrmannstraße 10, 01237 Dresden
 F.A.I.R.E. Warenhandels eG (GnR 445)
 Radeburger Straße 172, 01109 Dresden
 Raiffeisen Großhandelsgenossenschaft eG (GnR 459)
 Kieler Straße 41 a, 01109 Dresden
 Energiehaus Dresden eG (GnR 477)
 Bernhardstraße 73, 01187 Dresden
 Bau Süd-West eG (GnR 258)
 Clara-Zetkin-Straße 14, 01059 Dresden

**Wohnungsgenossenschaften /
Wohnungsbaugenossenschaften**

Wohnungsgenossenschaft »Glückauf« Süd Dresden eG (GnR 31)
 Muldaer Straße 1, 01189 Dresden
 Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden eG (GnR 69)
 Kesselsdorfer Straße 161, 01169 Dresden
 Sächsische Wohnungsgenossenschaft Dresden eG (GnR 36)
 Fechnerstraße 15, 01139 Dresden
 Wohnungsgenossenschaft Johannstadt eG (GnR 26)
 Haydnstraße 1, 01307 Dresden
 Gemeinnützige Wohnungsbau-Genossenschaft Dresden-Ost eG (GnR 379)
 Straße des 17. Juni, Gebäude 102, 01257 Dresden
 Wohnungsgenossenschaft Trachau-Nord eG (GnR 427)
 Halleystraße 2, 01129 Dresden
 Wohnungsgenossenschaft Post Dresden eG (GnR 37)
 Wittenberger Straße 26, 01309 Dresden
 Wohnungsgenossenschaft Radeberger Straße Dresden eG (GnR 436)
 Radeberger Straße 111, 01099 Dresden
 Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft Zschachwitz eingetragene Genossenschaft (GnR 210)
 Jonsdorfer Straße 14, 01259 Dresden
 Wohnungsgenossenschaft ELIM eG (GnR 432)
 Bischofswerdaer Straße 1a, 01099 Dresden

Projekt Gemeinsam Wohnen eG (GnR 367)
 Sebnitzer Straße 8b, 01099 Dresden
 Convent Genossenschaft für Immobilienbesitz eG (GnR 446)
 Am Brauhaus 12, 01099 Dresden
 Wohnungsbaugenossenschaft Puls 10 eG (GnR 244)
 Pulsnitzer Straße 10, 01099 Dresden
 GWG »Siedlung am alten Weingut« Wilder Mann eG (GnR 283)
 Bolivarstraße 33, 01129 Dresden
 Wohnbaugenossenschaft »Neues Wohnen« eG (GnR 441)
 Rudolf-Renner-Straße 32, 01159 Dresden
 Leo52 eG (GnR 471)
 Rudolf-Leonhard-Straße 52, 01099 Dresden
 Dresden Wert+Wohnkonzept eingetragene Genossenschaft (GnR 467)
 Gustav-Hartmann-Straße 4, 01279 Dresden
 Wohnungsgenossenschaft Aufbau Dresden eG (GnR 78)
 Henzestraße 14, 01309 Dresden
 Wohnungsbaugenossenschaft An der Dreikönigskirche eG (GnR 16)
 Regerstraße 24, 01309 Dresden
 Wohnungsgenossenschaft Berlin-Wünsdorf eG (GnR 472)
 Böhmertstraße 6, 01099 Dresden
 Wohnungsgenossenschaft Gutes Wohnen eG
 Verwaltungssitz in 82152 Martinsried
 Wohnungsgenossenschaft »Louise 9« eG
 Louisestraße 9, 01099 Dresden

Kreditgenossenschaften

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG (GnR 34)
 Georgenstraße 6, 01097 Dresden
 Landeskirchliche Kredit-Genossenschaft Sachsen eG -LKG- (GnR 181)
 Kreuzstraße 7, 01067 Dresden

Neuerscheinungen zur Dresden-Literatur

Hansjörg Schneider

Die Zeit ist aus den Fugen. Dresdens Schauspiel in den zwanziger Jahren

Verlags- und Publizistikhaus 2007, 120 Seiten, 38 Abb., 19,90 Euro

Dass der Theaterwissenschaftler Hansjörg Schneider seinen beiden Bänden (»Hoffnung zwischen Trümmern. Dresdner Theater nach 1945« und »Spiel war die Lust und Spiel die Gefahr. Dresdner Theater 1933–1945«) nun mit »Die Zeit ist aus den Fugen. Dresdens Schauspiel in den zwanziger Jahren« einen dritten folgen lässt, ermöglicht erstmals eine lückenlose, nahtlos erzählte Rückschau auf rund 40 Jahre Dresdner Theatergeschichte. Erneut hat der Autor einen geschichtsträchtigen Zeitabschnitt gewählt, dessen Widerspiegelung im Theaterleben zu zeigen, eine reizvolle Aufgabe ist. Nicht zuletzt der Einband weckt die Neugierde des Lesers. In expressionistischer Pose präsentiert er den Schauspieler Felix Steinböck in der Rolle des Orest in Goethes »Iphigenie auf Tauris« – der zwischen Wahnsinn und Erleuchtung Schwankende wirkt tatsächlich wie ein Symbol für jene Zeit voller Umbrüche und Verwerfungen, Aufbruchstimmung und tiefer Depression. Krieg, Revolution und Inflation, schließlich die Weltwirtschaftskrise – in diesen Strom der Ereignisse ist auch die Dresdner Theatergeschichte eingebettet.

Was sich damals an Dresdner Theatern abspielte, dafür dienen Schneider wiederum vor allem Spielpläne, Besetzungen und Kritiken. Dass er daraus Tendenzen, Absichten und Reaktionen abzulesen vermag, verdankt er nicht zuletzt seiner exzellenten Kenntnis der Stücke – auch derjenigen, die heute völlig vergessen sind. Deutlich wird dabei die nachhaltige Wirkung der skandalösen Vorgänge bei der Premiere von Tollers »Hinkemann«, die in der Folge – von einigen Versuchen abgesehen – weitere provokant-zeitkritische Experimente am Staatstheater verhinderten; deutlich wird auch das sorgsame Austarieren zwischen bewusster Traditionspflege des

klassischen Repertoires, zeitgenössischer Dramatik und publikumswirksamen Komödien. Dass den privaten Bühnen, die ohne staatliche oder städtische Restriktionen ihre Spielpläne gestalten konnten, gerade in puncto zeitgenössischer Dramatik deshalb eine wichtige ergänzende Rolle zukam, zeigt z. B. die Uraufführung von Marieluise Fleißers »Pioniere in Ingolstadt« an der Komödie (noch vor jener von Brecht inszenierten, für die Autorin unglücklich verlaufenen in Berlin) oder die von Hermine Körner besorgte Inszenierung der »Dreigroschenoper« am Alberttheater. Trotzdem: »Die Kämpfe werden woanders ausgefochten«, bescheinigte Herbert Ihering dem künstlerisch durchaus ambitionierten Dresdner Theaterleben. Und meinte natürlich Berlin.

Ergänzt wird die detaillierte Darstellung durch Porträts, die u. a. Akteure und Entscheidungsträger der Spielplanpolitik vorstellen, darunter Alfred Reucker, Josef Gielen, Georg Kiesau, Paul Wiecke und Hermine Körner (über die drei Letztgenannten schrieb Ingeburg Mätje). Dass die analytisch brillanten Texte des Dramaturgen Karl Wollf sowie des Regisseurs Berthold Viertel am Ende des Buches dem zuvor Beschriebenen aus der unmittelbaren Sicht der Zeitgenossen eine starke Plastizität geben und zugleich größere Zusammenhänge erhellen, sorgt für etliche Aha-Erlebnisse, die man sich beim Lesen allerdings früher gewünscht hätte. Dazu aber hätte Schneider der Wechselwirkung von Zeitgeschehen und ästhetischer Reflexion im Theater – dem Buchtitel samt Abbildung entsprechend – mehr Gewicht geben, Quellen anders werten oder andere Quellen ausschöpfen müssen (die im übrigen leider wieder nicht durchgängig im Anhang zu finden sind). Dies war aber wohl nicht sein primäres Anliegen.

Cynthia Schwab

Gottfried Semper – Dresden und Europa.

Die moderne Renaissance der Künste.

Akten des Internationalen Kolloquiums der Technischen Universität Dresden aus Anlass des 200. Geburtstags von Gottfried Semper.

Herausgegeben von Henrik Karge

Deutscher Kunstverlag München Berlin 2007.

392 Seiten, 36 Tafeln und zahlreiche Abbildungen, 48 Euro

Vor drei Jahrzehnten gab die ETH Zürich, die Gottfried Sempers schriftlichen Nachlass verwahrt, den Anstoß zur erneuten wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Architekten, und anlässlich seines 100. Todestages präsentierte Dresden 1979 mit einer von den Staatlichen Kunstsammlungen und dem Institut für Denkmalpflege getragenen Ausstellung, begleitet von einem Kolloquium der TU, den bislang umfassendsten Überblick über sein Schaffen, das 1996 durch den Amerikaner Harry Francis Mallgrave eine eingehende monographische Darstellung erfuhr. Zum 200. Geburtstag Sempers 2003 veranstalteten München – das Architekturmuseum der TU – und Zürich gemeinsam eine Ausstellung, zu der ein ausführlich kommentiertes Werkverzeichnis erschien. Dresden trug dem Gedenkjahr mit einem von der TU organisierten Kolloquium Rechnung. Es ist die Grundlage der jetzt vorliegenden Publikation. Sie tritt mit einem anspruchsvollen Titel auf, wobei »Dresden und Europa« allein schon durch Sempers Biographie gerechtfertigt, »moderne Renaissance der Künste« dagegen eher eine wohlklingende Phrase ist. Denn erwartungsgemäß geht es hier um Architektur, nicht um eine vermeintliche moderne Wiedergeburt der Künste, allenfalls um eine Renaissance der Renaissancearchitektur.

Die 23 Beiträge sind zu acht Themenkomplexen geordnet. Auf »Einführungen und Überblicke« mit einem überwiegend farbigen Tafelteil folgen »Sempers Weg nach Dresden« mit den für seinen Werdegang wichtigen Stationen Hamburg und Paris und »Das Dresdner Œuvre«. Anhand der städtebaulichen Projekte wird sowohl den vorhandenen Bindungen wie den Entwicklungen in den gestalterischen und ästhetischen Auffassungen Sempers nachgegangen, und anhand der Bauten charakterisiert Gisela Moeller seine Gestaltungsweise sehr klarsichtig als eine Formsynthese von Antike und Renaissance, ohne dabei die Einbeziehung erst später auftretender Gestaltungsmittel zu übersehen. Diese wesentliche Komponente im Schaffen Sem-

pers hat sonst keine Beachtung gefunden, und die weitgehende Fixierung auf das Renaissancehafte des Architekturbildes schenkt auch Baukörper und Raumformen kaum Aufmerksamkeit. Der Komplex »Akademische Wege neben Semper« betrachtet die zeitgenössische Architekturausbildung und zeigt das Spannungsfeld zwischen humanistischer Bildungstradition und zunehmend wissenschaftlich-technischer Ausrichtung auf.

Sehr zu begrüßen ist, dass auch weitere damals in Dresden tätige Architekten wie Thürmer, Bothen und Nicolai in das Blickfeld einbezogen werden. Auseinandersetzungen mit den theoretischen Arbeiten erscheinen unter »Semper und das intellektuelle Umfeld in Dresden«, für das Carl Gustav Carus sowie der Bibliothekar und Kulturhistoriker Gustav Klemm mit seinem kulturgeschichtlichen Modell stehen. Susanne Luttmann kann in ihrem Beitrag auf einen wichtigen neuen Fund zu Sempers »Kunstformenlehre« verweisen. Fragwürdig ist im Abschnitt »Reform von Musik und Theater« der Versuch, aus dem Geist der Musik – so schon in der Überschrift – die Konzeptionen der »Dresdner Semperoper« zu erklären, die es im Plural nie gegeben hat und im Singular auch nur als moderne Bezeichnung. Obwohl Teil des Buchtitels, beschränkt sich der »Dresden und Europa« überschriebene Themenkomplex auf drei Beiträge, wovon einer einem italienischen Berufskollegen Sempers gewidmet ist, der zweite seinen englischen Erfahrungen und der dritte dem Bildprogramm des Zürcher Polytechnikums. Wien existiert hier nicht.

Unbeschadet offener Wünsche und Fragen, die sich bei einer solchen Publikation unweigerlich einstellen, ist sie ein schätzenswerter Beitrag zur Semperforschung. »Nachwirkung und Nachruhm« und ein Epilog spannen schließlich einen Bogen von Semper über die nachfolgenden Architektengenerationen bis in die Gegenwart. »The Fragility of History«, der Titel des Beitrags von Mallgrave, bezeichnet die Wechselfälle, denen die Sichtweise auf Semper ausgesetzt war, eine der »symbolischen Vaterfiguren Dresdens«, wie Jürgen Paul treffend anmerkt. Von diesen Autoren wird zudem die Bedeutung Dresdens und der Ausstellung von 1979 für die Semperforschung hervorgehoben. Im Vorwort wurde diese wissenschaftliche Tradition nicht erwähnt.

Walter May

Erhardt Heinold, Günther Großer (Hrsg.)
Hellerau leuchtete.
Zeitzeugenberichte und Erinnerungen
 Ein Lesebuch. Verlag der Kunst Dresden.
 Husum 2007. Preis 19,95 Euro

Hellerau als kulturgeschichtlicher Ort, als Begegnungsstätte schöpferisch und handwerklich tätiger Menschen aus allen Teilen Deutschlands, Österreich, der Schweiz, England, Frankreich und Russland dokumentiert der eindrucksvoll komponierte Band »Hellerau leuchtete«, für dessen Erarbeitung und Herausgabe Erhardt Heinold und Günther Großer verantwortlich zeichnen.

Der Titel dieser Sammlung von Zeitzeugenberichten und Erinnerungen lehnt sich bewusst an Thomas Manns Eröffnungssatz der 1902 erschienenen Novelle »Gladius dei« an, den der Schriftsteller Hans Brandenburg (1885–1968) in seinen Erinnerungen an die »kleine Siedlung im Norden Dresdens« heraufbeschwört. Brandenburg, um 1914 einer der publizistischen Wegbereiter und emphatischer Begleiter des »neuen Tanzes«, liefert in seinem Text über die Hellerauer Jahre vor dem Ersten Weltkrieg ein nuancenreiches und von Hochachtung geprägtes Porträt eines der beiden Gartenstadtgründer auf der »Heller Au« Wolf Dohrn (1878–1914), mit dessen Unfalltod die wohl fruchtbarste Periode der Hellerauer Historie ein allzu jähes Ende fand. »Der große breite Mann« erinnert sich Brandenburg, »einer der damaligen idealistisch-realistischen, geistig-sozialen Unternehmertypen, ... mit dem weichen dunklen Schnurrbart und den warmen braunen Bubenäugen, in dessen mächtiger Rechten, als er sie mir reichte, die meine wie ein Kinderhändchen verschwand, kümmerte sich als Organisator um alles und jedes. – Doch seinen eigensten und eigentlichsten mazenatischen Großdienst hatte er dem Genfer Émile Jaques-Dalcroze geleistet, indem er ihm die Heim-, Wirkungs- und Schaustätte bereitete«.

In großer und breit angelegter Vielfalt reflektieren die in dieser wunderbar miteinander korrespondierenden Abfolge erstmals abgedruckten Beiträge von Tänzerinnen, Tanzpädagogen und Gymnastikern die durchaus ambivalente Erscheinung und sich nachhaltig dem Gedächtnis einprägenden Eigenarten Jakob Dalkes (1865–1950), der sich Jaques-Dalcroze nennen ließ und dessen »Bildungsanstalt für rhythmische Gymnastik« untrennbar mit dem Ruf des kleinen unscheinbaren Hellerau als »Projekt der frühen Moderne« verbunden ist.

So beschreibt die holländische Tanzlehrerin Marie Adame van Scheltema (1891–1975) in einem Vortrag ihren »strengen Zuchtmeister« auch als pädagogisch einfühlsame und mit Humor begabte Persönlichkeit: »Zu einer Probe fanden sich der Cellist, die Pianistin und Herr Jaques in seinem Haus zusammen. Vor dem Flügel stand ein Armstuhl, und Anna Epping bat um einen kleineren Stuhl ohne Armlehnen, den sie auch erhielt. Dann verschwand der Hausherr, kehrte nach einiger Zeit zurück und stellte ein kleines Kinderspielzeugklavier seines Söhnchens hin. »Wenn du einen kleinen Stuhl verlangst, vielleicht möchtest du dann auch ein kleines Klavier haben!« Nun war die Stimmung für diese Probe gerade richtig.«

Ein halbes Hundert von Zeitzeugen meldet sich mit auch in den Kernaussagen sehr unterschiedlichen, manchmal erfrischend kuriosen, dann wieder vom pathetischen Schmelz der Erinnerung überzuckerten Beiträgen zu Wort; karg und zielstrebig Karl Schmidt (1873–1948), der als einer der »Gartenstadtväter« zu seinem 65. Geburtstag den Ehrennamen Schmidt-Hellerau erhielt – gestenreich ausufernd und mit romantisierender Begeisterung der Dichter Friedrich Schnack (1888–1977), der warmherzig des rastlos tätigen Verlegers Jakob Hegner gedenkt. Dass auch und gerade kritische und distanzierte Betrachtungen oder Polemiken Eingang in die vorliegende Anthologie gefunden haben, so zum Beispiel Oskar Bies hintergründig-ironische Glosse »Die Dalcroziene«, kann in jedem Fall als erfrischende Bereicherung gelten, mag sie auch von eingefleischten »Heidesandrhythmikern« als Gotteslästerung empfunden werden:

»Die Dalcroziene, gläubig in Absurdum, schlendert mit entzückenden, schwebenden Schritten in den Pausen durch die Hallen, Arm in Arm mit den Freundinnen. Rote japanische Lampions geben ein leichtes, schöngestiges Licht in die blaue Nacht. Man kauft sich für einen rhythmischen Einheitspreis ein allerliebste Abendbrotkästchen, in dem, durch eine Dalcrozeserviette getrennt, auf der einen Seite diverse belegte Brötchen, auf der anderen Konfekt und bastgebundenes Obst liegen – Limonade ad libitum. Mit den Körbchen gehen sie und disputieren. Der Outsider, der den gemimten Bach ablehnt, wird von oben nach unten angeblickt ...«.

Norbert Weiß

Christian Kunath
**Ritter- und Adelsgeschlechter im Schönfelder
 Hochland, Geschichte und Geschichten**
 Der Gute Hirte Verlag Dresden, 2006, 328 S.,
 24 Euro

Gewiss gehört regionale Adelsgeschichte bis heute zu den eher vernachlässigten Feldern historischer Forschung. Neben die wichtigen universitären Studien etwa von Josef Matzerath ist in den letzten Jahren wenig Vergleichbares getreten. Das mag damit zu tun haben, dass der einen ideologischen Einseitigkeit zu DDR-Zeiten eine andere, freilich harmlosere, gefolgt ist, die Wettinischen Eigenlobs. Tabufreie Beschäftigung mit Adelsgeschlechtern und ihrer besonderen Sozialisierung will deshalb aus vielen Gründen besonders gelernt sein.

Basis der vorliegenden kleinen Regionalgeschichte ist solide Recherche. Erzählt werden die Geschlechterfolgen der Grundherrschaften von Schönfeld, Helfenberg, Gönnsdorf, Eschdorf und Weißig, die über Jahrhunderte die eigentliche Prägung dieser Hochlandregion abgegeben haben. Das wird unpräzise chronikalisch dargeboten, beachtlich kenntnisreich und durchaus mit Sinn für individuelle Brechungen von dem »bösen« von Loß über der »ruhlosen« von Friesen bis zu dem wortgewaltigen Lutheraner Hoe von Hoenegg – drei Beispiele, die zugleich für die Ranghöhe vieler Grundherren der Region wie die enge Bindung zum Dresdner Hof stehen. Die Geschichte des Julius Heinrich von Friesen z. B., Besitzer der Herrschaft Schönfeld, die er zeitweise von Amsterdam aus steuerte, liest sich auch auf zehn Seiten wie ein europäisch grundierter Lebensroman. Ein gutes Stück sächsische Geschichte wird mit all dem transportiert, gelegentlich auch das der Bauten und Passionen, weniger das des prosaischen Alltages. Die beigegebenen Illustrationen setzen zu den Texten schöne optische Merkmale.

Der als Heimatforscher apostrophierte Autor (Redakteur des Hochland-Kuriers) jedenfalls hat der reizvollen Schönfelder Kulturlandschaft mit seiner Zusammenschau ein wichtiges Stück Herkunftsgeschichte zurückgegeben. Nur die »Wiederfindung hoher Traditionen als anerkannte Triebkraft der Weiterentwicklung« deuten zu wollen (Nachwort), ist eine überflüssige Verbeugung. Künftig wird man jedenfalls mit anderem Blick im Schönfelder Hochland wandern können, und das ist schon etwas.

H.-P. Lühr

Sieghart Pietzsch
Chronik von Hosterwitz (1406–2006)
 Herausgegeben vom Ortsverein Pillnitz e.V.,
 Elbhang-Kurier-Verlag 2006, 536 S., 21,90 Euro

Das Verblüffende dieser Chronik von Hosterwitz, des kleinen Ortes kurz vor Pillnitz mit weiland 1830 ganzen 170 Seelen, ist zuerst ihr Umfang. Stolze 530 Seiten werden hier gefüllt, und man bestaunt den Wagemut des Verlages. Chronik im eigentlichen Sinne bietet die erste Hälfte des Buches. Da wird solide von der Entwicklung des kleinen Elbortes, seinen Gewerken zwischen Fischerei und Weinbau, feudalen Herrschaftsverhältnissen, von Bedrängnissen des Dreißigjährigen Krieges wie der großen Elbefluten berichtet. Natürlich hatte auch Hosterwitz berühmte Bewohner. Lorenzo Matielli, der Dresdner Hofbildhauer bewirtschaftete hier ab 1745 ein Anwesen, das später von Graf Brühl für eine glücklose Tabakfabrikation übernommen wurde. Graf Marcolini erwarb 1774 ein offenbar stattliches Weingut. Vier Jahrzehnte später wählte Carl-Maria von Weber den Ort für seine Sommeraufenthalte. Das sind klangvolle Namen, aber welche Kultur damit verbunden war, das hätte genauer erzählt werden müssen, und vor allem, welche Anbindung Hosterwitz an das benachbarte Schloss Pillnitz hatte. So bleibt die Chronik eher ein redlicher Sachbericht, aber wenig übergreifend inspirierend.

Der zweite Teil des Buches durchkämmt dann die Geschichte noch einmal aufwendig nach Fachgebieten: Landwirtschaft, Handwerk, »Gesellschaftliches Leben«, Fremdenverkehr. Für Nicht-Hosterwitzer wird das bisweilen anstrengend; 20 Gärtnereien mit Vor- und Nachbesitzer, der Pillnitzer Mandolinerverein und der Schießverein »Tell«. Dabei gäbe es natürlich auch hier kulturgeschichtlich aufschlussreiche Funde zu machen bis hin zum, bitte sehr, realen Leben der Waschfrauen im 19. Jahrhundert – nur wurde zu wenig ausgewählt und bewusst geordnet. Ein Vorwurf, der noch stärker für das Kapitel »Bedeutende Persönlichkeiten« zutrifft, das in seinen Zufälligkeiten und Verbeugungen etwas Kurios-Naives hat. Aber immerhin tauchen dadurch im Buch der Glaskünstler Blaschka und die legendäre Sauf-Mathilde (welche Eigenschaft der Chronist freilich wie so vieles Menschliche ängstlich verschweigt) auf. Ist aufgeschrieben gut geschrieben? Bei aller Liebe zum »Hang«, ein bisschen strenger hätten Autor und Verlag mit der Stofffülle umgehen sollen.

H.-P. Lühr

Gesamtverzeichnis Dresdner Hefte

- | | |
|--|---|
| 1 (1983)* Dresden im 19. Jahrhundert | 21 (1990)* Zur Festkultur des Dresdner Hofes |
| 2 (1983)* Ehrenfried Walther von Tschirnhaus
1651–1708 | 22 (1990)* Rudolf Mauersberger 1889–1971
Protokoll der wissenschaftlichen
Konferenz zum 100. Geburtstag |
| 3 (1984)* Absolutismus in Sachsen | 23 (1990)* Auf der Suche nach Zukunft –
Das Beispiel Pieschen |
| 4 (1984)* Langfristige Orientierung –
kulturelles Erbe und revolutionäre
Traditionen im Bezirk Dresden | 24 (1990)* Die Residenz des sächsischen
Königreiches in der bürgerlichen
Umwälzung von 1830 bis 1871 |
| 5 (1985)* Das kulturhistorische Dresden
von 1830 bis 1871 | 25 (1991)* Die zwanziger Jahre –
Stadtkultur in Dresden |
| 6 (1985)* Sozialentwicklung in Dresden
nach 1830 | 26 (1991) »Dem Mute aller Sachsen anvertraut«
– Landesverfassung und Reformen in
Sachsen nach 1831 |
| 7 (1985)* Heinrich Schütz | 27 (1991)* Repräsentation und Historismus –
Dresden am Ende des 19. Jahrhunderts |
| 8 (1985)* Vom kulturellen Anfang im Raum
Dresden nach der Befreiung vom
Hitlerfaschismus | 28 (1991)* Wiederaufbau und Dogma –
Dresden in den fünfziger Jahren
(erw. Nachdruck 1995) |
| 9 (1986)* Von Gottes gnaden Augustus –
Hertzog zu Sachssen, Churf. | 29 (1992)* Um die Vormacht im Reich –
Christian I., Sächsischer Kurfürst
1586–1591 |
| 10 (1986)* Wirken und Wirkung –
zur Kunstentwicklung im Dresden
der 50er Jahre (20. Jh.) | 30 (1992)* Schola crucis, schola lucis? –
Tradition und Neubestimmung
von Kreuzschule und Kreuzchor |
| 11 (1987)* Zur Kunstentwicklung in Dresden im
zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts | 31 (1992)* Die knisternde Idylle –
Dresden in den sechziger Jahren |
| 12 (1987)* Beiträge zur sächsischen Schul-
geschichte | 32 (1992)* Die Dresdner Frauenkirche.
Geschichte – Zerstörung –
Rekonstruktion |
| 13 (1987)* Johann Gottlob von Quandt
und die kulturelle Emanzipation
des Dresdner Bürgertums | 33 (1993)* Johann Georg II. und sein Hof –
Sachsen nach dem Dreißigjährigen
Krieg |
| 14 (1988)* Expressionismus in Dresden im
ersten Viertel unseres Jahrhunderts | 34 (1993)* Die Loschwitz-Pillnitzer Kultur-
landschaft |
| 15 (1988)* Sachsen und die Wettiner
(historischer Abriss) | 35 (1993)* Dresden 1933–1945
Zwischen Verblendung und Angst |
| 16 (1988)* Dresdner Kultur im letzten Drittel
des 18. Jahrhunderts (Teil I) | 36 (1993)* Reformdruck und Reformgesinnung –
Dresden vor dem Ersten Weltkrieg |
| 17 (1988)* Dresdner Kultur im letzten Drittel
des 18. Jahrhunderts (Teil II) | 37 (1994)* Dresden in der Napoleonzeit |
| 18 (1989)* Carl Gustav Carus 1789–1869 | 38 (1994)* Das Dresdner Schloss –
Geschichte und Wiederaufbau |
| 19 (1989)* 1789 – Zeichen der Zeit
(Die Wirkung der Französischen Revo-
lution auf Sachsen) | |
| 20 (1989)* Von der Residenz zur Großstadt –
Aspekte kultureller Entwicklung von
1871 bis 1918 | |

- 39 (1994)* Dresden in der Weltwirtschaftskrise
 40 (1994)* Dresden und Italien –
 Kulturelle Verbindungen über
 vier Jahrhunderte
 41 (1995) Dresden – Das Jahr 1945
 42 (1995) Die Moritzburger Kulturlandschaft
 43 (1995)* Der Dresdner Maiaufstand von 1849
 44 (1995)* Der Dresdner Neumarkt – Auf dem
 Weg zu einer städtischen Mitte
 45 (1996) Zwischen Integration und Vernichtung
 – Jüdisches Leben in Dresden im
 19. und 20. Jahrhundert
 46 (1996)* Der stille König –
 August III. zwischen Kunst und Politik
 47 (1996) Großes Ostragehege / Friedrichstadt –
 Geschichte und Entwicklungschancen
 48 (1996)* Böhmen und Sachsen –
 Momente einer Nachbarschaft
 49 (1997) Sammler und Mäzene in Dresden
 50 (1997)* Polen und Sachsen –
 Zwischen Nähe und Distanz
 51 (1997) Gartenstadt Hellerau –
 Der Alltag einer Utopie
 52 (1997) Kurfürst Moritz und die Renaissance
 53 (1998)* Dresden als Garnisonstadt
 54 (1998) Kulturlandschaft Löbnitz–Radebeul
 55 (1998) Geschichten vom Sport in Dresden
 56 (1998) Sachsen im Dreißigjährigen Krieg
 57 (1999) Zwischen Nationalismus und
 »singender Revolution« – Visionen
 des 20. Jahrhunderts in Dresden
 58 (1999) Dresden und die Anfänge der
 Romantik
 59 (1999)* »Wir treten aus unseren Rollen
 heraus« – Die Bürgerbewegung
 1989/90 in Dresden
 60 (1999) Streifzüge durch die Dresdner Justiz
 61 (2000) Industriestadt Dresden?
 Wirtschaftswachstum im Kaiserreich
 62 (2000) Caroline, Berta, Gret und die anderen
 – Frauen und Frauenbewegung
 in Dresden
 63 (2000) Große Ausstellungen um 1900 und
 in den zwanziger Jahren
 64 (2000) Die Verschwörung zum Guten –
 Freimaurerei in Sachsen
 65 (2001) Dresden im Mittelalter
 66 (2001) Johann Gottlieb Naumann –
 Komponist in vorromantischer Zeit
 67 (2001) Von der Natur der Stadt –
 Lebensraum Dresden
 68 (2001) Sachsen und Dresden
 im Siebenjährigen Krieg
 69 (2002) Refugium Schloss – Kulturelle Zirkel
 im Dresdner Umland um 1800
 70 (2002) Großbritannien und Sachsen –
 Erfahrungen gemeinsamer Kultur
 71 (2002) Die Dresdner Frauenkirche –
 Geschichte ihres Wiederaufbaus
 72 (2002) Unruhe über der Stadt –
 Dresden und der Expressionismus
 73 (2003) Das albertinische Sachsen und
 die Reformation
 74 (2003) Russland und Sachsen in der
 Geschichte
 75 (2003) Der Architekt und die Stadt –
 Gottfried Semper zum 200. Geburtstag
 76 (2003) Verlage in Dresden
 77 (2004) Die Ausstellung »Entartete Kunst«
 und der Beginn der NS-Kulturbarbarei
 in Dresden
 78 (2004) Die Schweiz und Sachsen in der
 Geschichte
 79 (2004) Theater in Dresden
 80 (2004) Das »Rote Königreich« und sein
 Monarch
 81 (2005) Großstadt des Sozialismus? –
 Dresden in den siebziger Jahren
 82 (2005) Kinos, Kameras und Filmemacher –
 Filmkultur in Dresden
 83 (2005) Österreich und Sachsen in der
 Geschichte
 84 (2005) Mythos Dresden
 85 (2006) Deutung und Ideologie – Wandlungen
 städtischer Geschichtsbilder
 86 (2006) Dresden – Stadt der Wissenschaften
 87 (2006) Rückkehr der Kunst
 88 (2006) Dresden – der Blick von außen
 89 (2007) Armut in der reichen Stadt
 90 (2007) In Wanderkluft und Uniform –
 Jugendbewegung in Sachsen

Sonderausgaben

- 1990* Sachsen und die Wettiner – Chancen und Realitäten
- 1992* Dresden und seine berühmten Besucher · Aus Schriften des »Vereins für Geschichte Dresdens«
- 1995* Victor Klemperer – Zwiespältiger denn je – Dresdner Tagebuch 1945, Juni bis Dezember
- 1996 Curt Querner, Tag der starken Farben – Aus den Tagebüchern 1937–1976
- 1997 Gesamtverzeichnis 1 bis 50
- 1999* Fritz Löffler, »Gemütlichkeit und Dämonie« – Dresdner Malerei in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
- 2004 Die Dresdner Kunstsammlungen in fünf Jahrhunderten

* vergriffen.
Die Hefte 1 bis 25 sind als Kopie über die Redaktion erhältlich.
Preis 5 Euro.



Dresdner Hefte 51
**Gartenstadt Hellerau –
Der Alltag einer Utopie**

in veränderter Auflage seit
März 2007 wieder verfügbar.
Darin neue Texte zur aktuellen
Situation der Deutschen Werk-
stätten, des Bürgerschaftsvereins
und des Europäischen Zentrums
der Künste.

Autorenverzeichnis

Dr. Barbara Biesold

Dorfstraße 22, 01257 Dresden

Dr. Maike Günther

Stadtmuseum Dresden,
Wilsdruffer Straße 2, 01067 Dresden

Prof. Dr. Markus Hanisch

Institut für Genossenschaftswesen,
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Dieter Hofer

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG
Georgenstraße 6/Villa Eschebach,
01097 Dresden

Mario Janello

Am Dachsberg 33, 01219 Dresden

Gisela Lincke

Ludwig-Hartmann-Straße 12,
01277 Dresden

Dr. Torsten Lorenz

Forschungsstelle für Wirtschafts- und
Sozialgeschichte Ostmitteleuropas
Europa-Universität Viadrina,
Postfach 1786, 15207 Frankfurt (Oder)

Karl-Heinz Löwel

Lange Zeile 7, 01277 Dresden

Werner Orbanz

Wiesenweg 3, 01776 Hermsdorf

Günter Schmiechen

Siedlung 4, 01936 Schmorkau

Quellen

Fotonachweis

Archiv Bäko Ost eG Seite 71, 73

Archiv Fleigeno Seite 68, 74

Archiv der Wohnungsgenossenschaften Dresden
Seite 77–81

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

Titel Sonderdruck, Seite 24, 26, 27, 30

Genossenschaftshistorisches Informationszentrum

Berlin Seite 5, 9, 11, 13, Rückseite Umschlag

Konsum Dresden Seite 42, 43, 45, 48

Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Univer-
sitätsbibliothek Dresden, Abt. Deutsche Fotothek

Seite 7, 19, 51, 55, 58

Bildnachweis

Archiv Janello Innentitel

Stadtmuseum Dresden Seite 15, 17

Bei fehlenden Quellenangaben liegen die Rechte
bei den Autoren

Titelbild

Eckbebauung Hülßestraße, Tornaer Straße der
Wohnungsbaugenossenschaft »Glückauf« Süd
nach der Sanierung 2006, Foto Löwel

Titelbild für den Sonderdruck:

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank, Villa Esche-
bach am Albertplatz, Foto S. Dittrich, 1998

Foto Rückseite

Der Delitzscher Vorschussverein von 1850,
die erste Kreditgenossenschaft in Deutschland,
mit Hermann Schulze-Delitzsch (sitzend, 2. v.l.),
geb. am 29.8.1808

Impressum

Herausgeber

Dresdner Geschichtsverein e.V.
Wilsdruffer Straße 2, 01067 Dresden
Telefon und Fax (03 51) 495 60 74
info@dresdner-hefte.de
www.dresdner-hefte.de

Redaktionelle Mitarbeit

Helga Wehner,
Siegfried Blütchen (ehrenamtlich)

Redaktionsbeirat

Prof. Dr. Matthias Herrmann, Prof. Dr. Günter
Jäckel, Prof. Dr. Hans John, Prof. Dr. Harald Marx,
Prof. Dr. Winfried Müller, Hans Jürgen Sarfert,
Prof. Dr. Jürgen Paul, Dr. Mike Schmeitzner

Redaktionsschluss

15. August 2007

Bezug

Abonnements sind bei der Redaktion anzumel-
den. Direktbezug im Dresdner Buchhandel und
über das Internet.

Herstellung

Michel Sandstein, Grafischer Betrieb und
Verlagsgesellschaft mbH, Dresden

Die DRESDNER HEFTE erscheinen quartalsweise.
Sie werden unterstützt vom Kulturamt der Landes-
hauptstadt Dresden.

Dieses Heft wurde gefördert von:



Wohnungsgenossenschaft
»Glückauf« Süd Dresden



WGJ Wohnungsgenossenschaft
Johannstadt eG



 Dresdner Volksbank
Raiffeisenbank eG

Werden Sie Mitglied im Dresdner Geschichtsverein!

Mit etwa 15 Veranstaltungen im Jahr (Führungen, Kolloquien, Exkursionen usw.) bietet er seinen Mitgliedern eine breite Palette kulturgeschichtlicher Informationen zur Region; Arbeitsgruppen ermöglichen zusätzliche Spezialangebote.

Alle Mitglieder erhalten unentgeltlich die Dresdner Hefte. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 40 € pro Jahr, ermäßigt 25 €.

Nähere Informationen und Unterlagen erhalten Sie über unsere Geschäftsstelle (seit Februar 2007 wieder im Stadtmuseum).

www.dresdner-geschichtsverein.de

DRESDNER HEFTE im Jahresabonnement

Die DRESDNER HEFTE – Beiträge zur Kulturgeschichte der Region – werden herausgegeben vom Dresdner Geschichtsverein e.V. Sie erscheinen vierteljährlich mit einem Umfang von 80 bis 104 Seiten, sw-illustriert und klebegebunden.

Das Einzelheft kostet 4 €, das Jahresabonnement 15 €. Die Zahlung erfolgt jährlich im 2. Quartal. Kündigung ist vierteljährlich möglich. Ein Bestellformular schicken wir Ihnen gern zu.

www.dresdner-hefte.de

Dresdner Hefte

ISBN 978-3-910055-87-7

ISSN 0863-2138

Postvertriebsnummer: F 11378



4 €



9 783910 055872